

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: Pro Nummer 1 Pfennig.
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 einschließlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Anstalt für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Centrum und Wahlrecht.

I.

Um eines Gesetzes willen, das einer geringen Minderheit die ungeheuerlichsten Wucherprofite in den Schoß wirft, während es die große Mehrheit des Volkes an den zum Leben nötigsten Dingen bestiehlt, hat man alle Begriffe von Sittlichkeit und Recht mit Füßen getreten, hat man das parlamentarische Hausgesetz in Trümmer geschlagen, hat man selbst den Ruf nach Veränderung des Reichstags-Wahlrechts erhoben. Und nun mit einem Male wieder spielen Konserervative und Nationalliberale die unschuldsvollen Lämmer, bezieht sich das Centrum im Reichstage erklären zu lassen, daß trotz der tollsten von ihm verübten Attentate auf Sitte, Recht und Gesetz alle Gutgläubigen es nach wie vor als den Sport der Volksfreiheiten berechnen dürfen, kommt zweifelsohne unter dem Druck und Einfluß der ausschlaggebenden Partei die Regierung mit einem unerwarteten Zugeständnis, einer Art politischen Geschenk, das bei der Ausübung des Wahlrechts den geheimen Charakter der Wahl besser als bisher wahren und sicherstellen soll. Konserervative und Nationalliberale kennt man; ihre bernsteinen Wortführer haben sich in günstig geglaubten Augenblicken deutlich genug ausgelassen, so daß auch der beste Wille ihre wahren Absichten nicht mehr mißdeuten kann. Das Centrum ist vorsichtiger und läßt sich nicht so leicht hinter die Karten sehen. Es gab sogar eine Zeit, wo es im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen stellte. Ein tieferer Einblick in die Psychologie des Centrums lehrt jedoch, daß seine zur Schau getragene Freundschaft für das Reichstags-Wahlrecht nur eine Maske ist, daß es diese Maske an dem Tage von sich werfen wird, wo das bestehende Reichstags-Wahlrecht infolge des fortschreitenden Abfalls der katholischen Arbeitermassen seiner parlamentarischen Machtstellung gefährlich wird. Gerade in diesen Tagen hat auch das Centrum unzweideutig seine Segnerschaft gegen das Wahlrecht bekundet. Sein Widerspruch gegen die „mechanische Gleichheit“ in der Wahlkreis-Einteilung bedeutet die Verneinung des ersten Grundprinzips des Reichstags-Wahlrechts: der Gleichheit, die man nicht dadurch verdächtigt, daß man sie „mechanisch“ schafft. Entweder Gleichheit oder Ungleichheit — ein Drittes giebt es nicht.

Das Centrum steht in der That dem Reichstags-Wahlrecht in seiner jetzigen Gestalt principiell ablehnend gegenüber. Man wird zunächst entgegenhalten, es habe ja in allen bisherigen Wahlaufsätzen und Parteikundgebungen sich zur Wahrung und Aufrechterhaltung der sogenannten bürgerlichen Garantien, insbesondere des beschränkten Reichstags-Wahlrechts in bündiger Weise verpflichtet. Das ist richtig. Aber der Meritalkismus fordert heute aus Nützlichkeitsgründen eine ganze Reihe sehr schöner Dinge, die er principiell verwirft, so z. B. die Kulte, die Rede-, die Pressfreiheit, die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Alle diese Freiheiten, die gesamten sogenannten bürgerlichen Garantien der Gegenwart sind nach Meritalkischer Auffassung nur unter gewissen Bedingungen und Verhältnissen zulässig und zu fordern, „nicht als ob diese Freiheiten an und für sich etwas Gutes wären“, wie der Jesuit Sec. Franco in seinem vielgelesenen Handbuch populärer Antworten auf die wichtigsten Einwürfe gegen die Religion es ausdrückt, „sondern weil es in jenen Ländern, wo der Unrecht, das Wort, die Presse in den Händen der Andersgläubigen und im Dienste des Irrtums sich befinden, schon etwas Gutes ist, wenn man nur einen Strahl der Wahrheit durchscheinen lassen kann“. Diese Freiheiten bedeuten vielmehr nach demselben Gewährsmann einen Kriegszustand, den der Meritalkismus benutzen müsse, um das Uebergewicht zu gewinnen und durch einen entscheidenden Sieg jenen Freiheiten ein Ende zu bereiten. Zu jenen principiell verwerflichen Freiheiten aber zählen: die Pressfreiheit, die Redefreiheit, die Gedankenfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit des Fortschritts, die Freiheit des Unterrichts, die politische Freiheit, die Gewissensfreiheit, überhaupt jede Freiheit, sogar die des Gottesdienstes, die man doch, soweit der Meritalkismus selber in Betracht kommt, als das natürlichste, unüberwundlichste und unverbrüchlichste Menschenrecht auszugeben pflegt. „Sagen“, so läßt sich unser Gewährsmann aus, „die gesellschaftliche Autorität habe nicht die Pflicht, die Einheit des Kultus zu garantieren, heißt ebenso viel als sagen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingeführte Autorität habe nicht die Pflicht, sie aufrecht zu erhalten. . . . Nur in einem Falle ist diese Nebenart erträglich, nämlich dann, wenn eine Gesellschaft unglücklichweise in sich selbst gespalten ist und zugleich mit denen, welche die Wahrheit bekennen, eine große Anzahl von Verirrten in sich begreift; dann kann der Fall eintreten, daß zur Vermeidung eines größeren Uebels die Toleranz nötig wird; aber jeder steht, daß in einem solchen Falle die Toleranz kein gesunder und gedeihlicher Zustand, sondern vielmehr ein Uebel ist, welches man annimmt und erträgt.“ Zur Befestigung des Abscheues, den man vor der Pressfreiheit haben müßte, trug auch bei, daß man sie in gewissen Ländern auch von Katholiken anrufen hörte; aber man darf daraus keinen falschen Schluß ziehen, denn sie wurde dort nicht als etwas an sich Gutes, sondern nur mit Rücksicht auf die Umstände angerufen. Sie lebten in Ländern, welche der Herrerei unterworfen waren und

wo die Freiheit ein Mangel des Irrtums war; und dort die Freiheit anrufen hieß darum daselbe, als wenn man sagte, man solle der Wahrheit wenigstens ein Zugloch öffnen, da man ihr nicht freie Bahn lasse. Es sieht daher ein jeder, daß das, was ein ganz besonderer Fall ist, nicht das gewöhnliche Gesetz werden kann.“ Der „Irrtum“ jedoch — und Irrtum ist nicht nur die ganze geistige und politische Bewegung der Gegenwart, sondern in erster Linie auch die moderne Gesellschaftslehre, der Socialismus — der Irrtum jedoch hat kein Recht auf irgend welche wie immer geartete Freiheit, weil er überhaupt kein Recht zu existieren hat; „nur die Wahrheit hat das Recht frei zu sein, und dieses Recht kann in Zweifel nicht dem Irrtum zustehen“; um aber den Irrtum zu dulden, „nuß man kein Mensch sein oder zur Gese der Menschheit gehören“.

Wir haben mit Absicht unter allen uns bekannt gewordenen Meritalken Autoren demjenigen das Wort erteilt, der die Konsequenzen des Meritalkismus am unverblümtesten und unerbittlichsten ausspricht, und diese schätzenswerte Deutlichkeit wird dem Gewicht seiner Worte gewiß keinen Eintrag thun. Ohne die Musterproben häufen zu wollen, erkennt man auch aus den wenigen angeführten Belegstellen bereits die Richtigkeit unserer Behauptung, daß der Meritalkismus den modernen bürgerlichen Garantien principiell ablehnend gegenübersteht, daß er sie lediglich aus Gründen der Nützlichkeit zeitweise acceptiert, und daß die Dauer dieser zeitweisen Annahme nur bestimmt wird durch das Interesse des Meritalkismus selbst, der hier jedenfalls seine Mittel durch den Zweck, wenn nicht „heiliger“, so doch völlig beherrschend läßt. Auch der Meritalkismus kann heute, wenn er unbedungen urteilen will, nicht mehr in Abrede stellen, daß der Nutzen, welchen die sogenannten bürgerlichen Freiheiten im Gefolge haben, größer ist, als der Schaden, den sie jemals stiften könnten. Nichtsdestoweniger wird der principielle Standpunkt — man denke nur an die Streitigkeiten, die sich an den Sphabus geknüpft haben — hartnäckig festgehalten. Die Vorteile der „Freiheit“ genießt man ja sowieso, und das Princip kann eines Tages eine willkommene Rückendeckung oder gar Waffe werden. So hat das Centrum z. B. zur Zeit für die Aufhebung des Socialistengesetzes gestimmt. Windthorst hat auf dem Parteitage der rheinischen Centrumsfraktion am 3. Februar 1890 diese Stellungnahme wie folgt begründet: „Wir sind die geborene Minorität; die sämtlichen Katholiken Deutschlands bilden immer die Minorität, und wenn die ändern sich zu einem Kartell zusammenschließen, so können sie alle denkbaren Gesetze uns auf den Hals dekretieren. Nachdem wir nun mit den Kaiserlichen diese Erfahrung gemacht haben, wird man es uns nicht übernehmen können, wenn wir sagen: wir haben nur in dem allgemeinen Rechte Schuß. . . . Wenn Sie sich auf das Gebiet der Ausnahmegesetze begeben, haben Sie alle und jede Stütze verloren. Meine Herren, das ist auch wesentlich der Grund gewesen, weshalb die Centrumsfraktion gegen das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokraten war. Wir hatten ja für unsre Priester und Bischöfe ein ähnliches Gesetz, schlimmer als das gegen die Socialdemokraten; wie konnte man da von uns erwarten, daß wir das gegen einen andern Teil unsrer Mitbürger vorgeschlagene Gesetz gebilligt hätten.“ Also auch hier keine Ablehnung des Socialistengesetzes aus Princip, weil dasselbe ein Unrecht war, sondern aus Gründen der Opportunität! Im Gegenteil, grundsätzlich war das Centrum für das Socialistengesetz aus denselben Motiven, aus denen seine Autoren noch heute für die Berechtigung der Inquisition eintreten. Der Zusammenbruch des alten Kartells aber hat ein parlamentarisches Interregnum geschaffen, das der Bildung eines neuen Kartells mit Einschluß des Centrums zudrängt. Wie weit sich das letztere auf diesem Wege aus denselben Opportunitätsgründen, die ihn einst die Opposition angezeigt erscheinen ließen, wird treiben lassen, ist eine Frage der Zukunft, auf welche die Vorgänge der letzten Monate allerdings deutlich genug Antwort gegeben haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Reichstag.

Die allgemeine politische Debatte, die Dienstag so munter beim Etat des Reichskanzlers eingeleitet hatte, verlief heute recht matt und öde. Die Rede des Herrn Hertel, der den Anfang machte, bot wirklich keine Ueberraschung. Daß die Konservativen mit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes einverstanden sind, ist bekannt, und bekannt ist auch, daß ihnen die Abänderung des Wahlreglements schwer im Magen liegt. Herr Hertel, dem doch gelegentlich eine humoristische Wendung zur Verfügung steht, sollte seine saden Scherze über den Mofettantrag endlich aufgeben, sie gewinnen durch die ewige Wiederholung nicht. Viel besser als diese abgestandene Weisheit waren seine boshaften Bemerkungen über die zarten Beziehungen zwischen dem Grafen Bülow und Herrn August Scherl. Der „Vokal-Anzeiger“ ist das Sprachrohr dieses Kanzlers, das muß wohl den Konkurrenzneid des Redakteurs der „Deutschen Tageszeitung“ sehr erregen. Natürlich wandte sich Herr Hertel gegen den Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise. Das Uebergewicht der ländlichen Wahlkreise über die städtischen liegt im Interesse der Konservativen, und da kommt es nicht darauf an, daß die Behauptung von der

bodenständigen Bevölkerung des platten Landes durch die Landstucht fliegen gestraft wird.

Auch das Centrum, für welches Herr Gröber sprach, will von der Neueinteilung der Wahlkreise nichts wissen. Es befindet sich bei dem jetzigen Wahlrecht ganz wohl, und deshalb findet es, wie 1882 schon Windthorst, die jetzigen Zeiten zu unruhig für diese Reform, die die politische Gewalt in eine richtigere Beziehung zu der veränderten ökonomischen Struktur bringen würde.

Somit trat Herr Gröber mit großer Entschiedenheit für die Diäten und die Reform des Wahlreglements ein, an der das Centrum im Kampf mit den Nationalliberalen um die großindustriellen Wahlkreise des Westens stark interessiert ist. In einer Polemik gegen Vollmar suchte der Centrumsredner in den katholischen Wählermassen den Eindruck hervorzurufen, daß durch die Jesuitenkonzession etwas sehr Wesentliches erreicht sei.

Vor ihm hatte der süddeutsche Volksparteiler Hoffmann-Gall eine gutgemeinte Rede gegen die Weltpolitik und für die allgemeine Abrüstung gehalten. Auch eine bessere Sache als die der bürgerlichen Friedenspolitiker, die der Stuttgarter Professor der Tierarzneykunde repräsentierte, kann durch so ungeeignete Vertretung kompromittiert werden. Die Suttnererei ist durch die zweifelhafte Rede des braven Herrn Hoffmann, der monatelang das Material gesammelt hat und das einmal aufgejogene Uhrwerk nun abspinnnen ließ, nicht gefördert worden.

Zum Schluß sprach Herr Dr. Biemer, ein hoher Schwärmer der Richterischen Schule, der die Freisinnigen als bürgerliche Generalkandidaten im Kampfe gegen den Umsturz in empfehlende Erinnerung brachte.

Donnerstag geht die Debatte weiter, an erster Stelle wird Ledebour sprechen.

Traktaten.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch die am Sonntag abgebrochene Debatte über den Traktat-Prozess. In der Diplomatenloge war wieder der durch die öffentliche Meinung bereits gerichtete Landstallmeister v. Dettingen mit seinen Damen erschienen. Es ist eine selbst in Preußen ungewöhnliche Erscheinung, daß ein Beamter, gegen den die Volksvertretung schwere Angriffe richtet, Urlaub erhält, um den Verhandlungen beizuwohnen. Noch ungewöhnlicher aber ist es, daß der höchste Vorgesetzte dieses Beamten ganz offen und freundschaftlich mit ihm verkehrt, ja sogar mit ihm zusammen kniept, wie es der allzeit joviale Herr v. Pöbbeckel thut. Ueberhaupt haben die Reaktionäre des Landtags die ganze Sache zur Parteiache gemacht, ihre Instruktionen sind zurückzuführen auf das Material, das ihnen Herr von Dettingen selbst zur Verfügung gestellt hat, und sie verteidigen ihrer Standesgenossen mit einem Eifer, als wenn es sich um ihre eigene Angelegenheit handelte. Auf die Lehrer hageln die Angriffe der Rechten nur so nieder. Den Lehrer Kidel beschuldigt Herr v. Pöbbeckel (konf.) sogar eines der schwersten Verbrechen, die Verleitung zum Meineid. So etwas darf man sich unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität getrost leisten. Handelt es sich doch nur um einen Lehrer! Aber wehe, wenn ein Abgeordneter der Linken ein kränkelndes Wort gegen Herrn v. Dettingen spricht! Der Abg. Kopych (fr. Rp.), der den Landstallmeister angriff, wurde wegen eines Ausdrucks, der auch nicht entfernt so beleidigend ist wie die gegen den Lehrer Kidel seitens der Herren von der Rechten angewandten, wurde vom Präsidenten v. Kröcher zur Ordnung gerufen. Die Herren Konservativen aber durften unter demselben Präsidenten den Lehrer Kidel nach Herzenslust beschimpfen. Die ganze Debatte beweist die Geringschätzung, die die Lehrer und die Volksschule bei den Herren von rechts genießen. Zutreffend meinte Herr Kopych, der sich überhaupt in kräftiger Weise der gepeinigten und ahnarierten Lehrer annahm, daß in dem Traktat-Prozess die Annahmung der durch Geburt und Weisheit Verdorungen so recht zu Tage trat. Noch mehr aber trat die Annahmung in den Reden der Herren v. Pöbbeckel (!) und Didenburg (!) zu Tage. Und welche Geringschätzung die Regierung selbst dem Schulwesen entgegenbringt, zeigt die Thatsache, daß auch nicht ein einziger Vertreter des Kultusministers der Sitzung beiwohnte; sie überließ das Feld Herr v. Pöbbeckel, dem geeignetsten Vertreter des Volksschulwesens.

Ein praktisches Ergebnis dürfte die Debatte kaum zeitigen. Zwar übermies das Haus einen Antrag Jedy (fr.), die Regierung aufzufordern, die Volksschulen für das Hauptgestüt Traktaten baldigst in öffentliche Volksschulen umzuwandeln, der Unterrichts-Kommission. Aber dort wird der Antrag wohl begraben werden, und es wird alles beim alten bleiben.

Nach Erledigung des Etats der Geflügelverwaltung genehmigte das Haus noch ohne Debatte den Etat des Instituts der Seehandlung.

Am Donnerstag beginnt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. —

Der Rückzug der Venezuela-Mächte.

Das Reutersche Bureau erzählt: Der Haltung der verbündeten Mächte bezüglich der sogenannten vorzugswaisen Behandlung ihrer Forderungen ist eine falsche Auslegung gegeben worden. Sie besetzen nicht darauf, daß ihre Ansprüche vor den übrigen bevorzugt werden sollen, sondern nur darauf, daß sie von den übrigen getrennt und direkt zwischen den Verbündeten und Venezuela geregelt werden. Die verbündeten Mächte haben nichts dagegen, daß Venezuela seine Schulden gegenüber den andern Mächten regelt, sie verlangen

edoch, daß Venezuela eine besondere Abmachung über ihre Ansprüche trifft, ohne ihre Forderungen mit denen der anderen Mächte zusammen zu werfen. Die Verbündeten werden die Abmachung fortsetzen, bis sie in diesen Punkten zufriedengestellt sind; sie wollen Venezuela aber durchaus nicht binden weder hinsichtlich der Höhe der regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen noch der Zeit, innerhalb welcher die Schulden abgezahlt sein müssen und überlassen es der venezolanischen Regierung, diese Fragen mit Rücksicht auf ihre Hilfsquellen zu ordnen.

Eine fernere Neuter-Meldung besagt: Der deutsche Geschäftsträger Freiherr Sped von Sternberg und der englische Botschafter Herbert hatten am Dienstagvormittag mit dem Gesandten Bowen in dessen Wohnung eine kurze Unterredung. Nachmittags fand in der englischen Botschaft eine weitere Zusammenkunft der drei Vertreter statt. Es verlautet, daß weitere Versuche gemacht worden sind, ein Kompromiß zu Stande zu bringen. Während bisher erklärt worden war, Bowen widersehe sich überhaupt einer vorzugsweisen Behandlung, heißt es heute, daß er grundsätzlich nur die Zulässigkeit einer vorzugsweisen Behandlung der blockierenden Mächte in ungerechtem Verhältnis ablehne, und daß, wenn es unmöglich sein sollte, in diesem Punkte ein vollkommenes Kompromiß zu erzielen, er in den Stand gesetzt sei, eine Barsumme zu zahlen, welche die verbündeten Mächte anzunehmen sich bereit erklären würden als Einleitung für die Unterbreitung der Streitfrage an das Haager Schiedsgericht.

Auch diese Meldung bestätigt den Mächtig der Exekutionsmächte. Bestätigen sich diese Nachrichten, so stünde die Thatsache fest, daß die Exekutionsmächte durch ihr gewalthätiges Vorgehen absolut nichts erreicht haben, was nicht auch durch eine besondere diplomatische Aktion sämtlicher Gläubiger Venezuelas erreicht worden wäre. Der ganze Venezuela-Kreuzzug hätte nur den Erfolg gehabt, Deutschland und England bedeutende Exekutionskosten aufzubürden und das Prestige dieser Mächte in Amerika in der bedenklichsten Weise zu gefährden.

Die Zahl der Gläubiger Venezuelas vermehrt sich von Tag zu Tag. Zu all den anderen Mächten ist jetzt auch Mexiko getreten. Nach einer Washingtoner Meldung hat der mexikanische Botschafter Szpiroz an Bowen die Mitteilung gelangen lassen, daß er die Forderungen der mexikanischen Unterthanen an Venezuela gleichzeitig auf etwa 18000 Pfund Sterling berechne.

Der Betrag der jährlichen Abschlagszahlungen an Deutschland und England reduziert sich also abermals!

Paris, 4. Februar. Die „Agence Havas“ meldet aus Caracas, daß die Truppen des Aufständischenführers Matos unter Duhamme eine neue Niederlage erlitten haben, bei der 200 Aufständische, darunter 50 Offiziere, in Gefangenschaft geraten sind.

Caracas, 3. Februar. Die Niederlage des Aufständischen-Generals Matos Duhamme hat bei Camatagua stattgefunden. Die Regierungstruppen waren von General Alcantara beschlagen. Durch seinen Sieg gibt die von Matos geleitete revolutionäre Bewegung als endgültig unterdrückt.

Deutsches Reich.

Centrum und Nationalliberale

Haben sich zur Einbringung des folgenden Antrages zum Etat des Reichsamts des Innern vereint:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Titel VII der Gewerbe-Ordnung wie folgt abgeändert wird:

1. Der § 135 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden.

2. Der § 137 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 18 Jahren darf die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten.

3. Hinter den § 137 wird eingefügt: § 137a. Jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.

4. Dem § 139a Absatz 1 wird hinzugefügt: 5. für bestimmte Industriezweige Ausnahmen von den Bestimmungen des § 137a zuzulassen.

5. Im § 140 Absatz 1 Ziffer 2 werden die Worte „§§ 135 bis 137“ ersetzt durch die Worte: „§§ 135 bis 137a“.

Gerade die Einbringung dieser Anträge zeigt eindringlich, wie sehr Centrum und Nationalliberale fortwährend ihre socialpolitischen Pflichten vergessen. Jahrelang thalen diese Parteien nichts Ernstliches für den Schutz der Arbeiterklasse, jetzt — kurz vor den Wahlen! — und da eine Verantwortlichkeit in der laufenden Gesetzgebungs-Periode doch nicht mehr zu erwarten ist! — will man sich den Schein socialpolitischer Eifers erwerbten.

Die Socialdemokratie wird dafür sorgen, daß den Einzelheiten des nationalliberalen Centrums-Antrages durch die Forderung ernsthaften Arbeiterschutzes geantwortet wird.

Des Rätsels Lösung. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß eine Reihe preussischer Städte die Wahl-Bezirkseinteilung für die kommenden Landtagswahlen bereits fertig gestellt haben, so Breslau, Hannover und unsere Nachbarstädte Charlottenburg und Schöneberg, daß dagegen der Berliner Magistrat in unbegreiflicher Weise zaudert. Wir sind nunmehr in der Lage, den Grund dieses Jöggers anzugeben: Es ist die Erwägung der Schwierigkeiten, die die Beteiligung der Socialdemokratie und die dadurch bedingte gewaltige Steigerung der Abstimmenden dem vorläufigen Vorschlag der Wahlhandlung unter dem elendesten Wahlsystem entgegenstellen. Wir geben gern zu, daß diese Schwierigkeiten chutren werden, da das System auf Ausschluß der breiten Massen berechnet ist, behaupten aber, daß sie nur durch eine gründliche Aenderung der bestehenden Vorschriften, und zwar nicht nur der dem Reglement vorbehaltenen, gehoben werden können; wir verlangen dementsprechend, daß der Magistrat schleunigst seine Entscheidung treffe, die Bezirkseinteilung veranlasst und veröffentlicht, die Verantwortung aber für das, was kommt, unumwunden der Regierung zuweist. Die Erwägungen des Magistrats beziehen sich auf die Frage, welche von zwei Möglichkeiten die weniger schlimme ist. Nach dem Gesetzesvorschriften sind die Wahlbezirke im wesentlichen so abzugrenzen, daß die Zahl der in ihnen zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist, d. h. im Zusammenhang mit anderen Bestimmungen, daß die Wahlbezirke im allgemeinen entweder 750—1000 oder 1500—1750 Einwohner haben sollen, daß also im Durchschnitt auf entweder 875 oder auf 1625 Einwohner ein Wahlbezirk zu bilden ist. Bisher war in Berlin die letztere Art der Einteilung üblich. Danach wären entsprechend der 1900 festgestellten Zahl von 1 888 326 Einwohnern ca. 1160 Wahlbezirke zu bilden. Nun hat man aber erkannt, daß die in den einzelnen Wahlbezirken gelegenen Lokale zum weitest größten Teil für den Andrang der Wähler nicht ausreichenden Raum gewähren werden. Bei der Reichstagswahl und der Stadterordnetenwahl kann man selbst für bedeutend größere Bezirke mit den gleichen Lokalen aus-

kommen, weil die Wähler den ganzen Tag ein- und ausgehen können; so gab es 1898 in Berlin nur 683 Bezirke für die Reichstagswahl. Bei den Urwahlen zum Landtag aber müssen sich ja alle Wähler zur gleichen Stunde versammeln, um beim Namensaufruf ihre Abstimmung zu Protokoll zu geben; verläßt man sich auf die Unterbringung auch in Nebenräumen, so ist die Gefahr des Ueberhörens eine sehr große, namentlich wird aber die Wahlhandlung in bedenklicher Weise in die Länge gezogen, wenn der einzelne Wähler sich erst aus dem Nebenraum zum Wahllokal durcharbeiten muß.

Bevorzugt man deshalb die andre Einteilung, so verringert sich zwar die Zahl der Wähler im einzelnen Lokal bedeutend, aber statt 1160 Lokale braucht man nunmehr ca. 2150, die obendrein wieder innerhalb engerer Bezirke ausgewählt werden müssen, so daß es fraglich ist, ob sie überall auch nur in der für die geringere Wählerzahl zulänglichen Größe zu haben sind.

Dazu kommt aber eine weitere Schwierigkeit. Für jeden Wahlbezirk hat der Magistrat einen Wahlleiter und dessen Stellvertreter zu ernennen, die ihrerseits aus dem betreffenden Bezirk noch 3—5 Weisiger zu wählen haben. Weisigen wie bei der Zahl von nur 3 Weisigern, so wären in diesem Fall mindestens 10 750 offizielle Persönlichkeiten innerhalb der vorgeschriebenen Begrenzung aufzuführen!

Wir glauben übrigens versichern zu dürfen, daß unsere politischen Organisationen gern bereit sein werden, über diese Schwierigkeit dadurch fortzuhelfen, daß sie auf Wunsch zuverlässige Kandidaten für den Wahlvorstand vorschlagen.

Man sieht, durch Jöggers ist aus der misslichen Lage nicht herauszukommen. Wir wiederholen: Mag sich der Magistrat endgültig für die eine oder die andre Art der Einteilung entscheiden oder die eine in diesem, die andre in jedem der vier Landtags-Wahlkreise zu Grunde legen, wir verlangen, in Uebereinstimmung mit der andern in Berlin starken Partei, die sofortige Inangriffnahme der Arbeit und der Veröffentlichung ihres Ergebnisses!

Unstre Genossen aber werden dafür Sorge tragen, daß ähnliche Schwierigkeiten wenigstens in Zukunft dem Magistrat erspart bleiben, indem sie durch energische Wahlbeteiligung die Unhaltbarkeit des elendesten aller Wahlsysteme der laufenden Welt in einer Weise vor Augen führen, die sein Fortbestehen selbst im rückständigen Preußen ausschließt.

Die Ausbreitung der Wurmkrankheit.

Die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ hat einen energischen Kampf gegen die Verseuchung der Ruhrgruben durch die Wurmkrankheit begonnen, über deren erschreckende Zunahme sie kühnen Mittelteilungen macht. Von 10 000 Aufsteigern wurden als wurmkrank ermittelt:

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
6,4	6,2	4,9	4,4	11,7	40,6	52,9

Am 12. März 1900 hat die Bergbehörde Vorschriften erlassen, um der Ausbreitung der Wurmkrankheit vorzubeugen. Es wurde die Aufstellung von Abortstätten in den Gruben und deren sorgfältige Reinhaltung und Desinfizierung angeordnet, da festgestellt ist, daß der Wurm, der im Verdauungskanal lebt, durch die menschlichen Ausleerungen weiterverbreitet wird. Der Bergarbeiter-Verein hat nun eine sorgfältige Umfrage auf einem Teil der Gruben veranstaltet, aus der hervorgeht, daß in zahlreichen Fällen die Vorschriften der Bergbehörde nicht befolgt werden; daß zum Teil nicht genug Stübel vorhanden sind, diese vielfach so un sauber sind, daß die Bergleute sich scheuen, sie zu benutzen; daß es häufig an Trinkwasser fehlt, so daß die Bergleute oft das ebenfalls wurmverseuchte Betriebswasser trinken, und daß die Waschräume häufig zu klein und sehr un sauber sind. Die Unsauberkeit ist es aber gerade, die die Verbreitung der Seuche zur Folge hat. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ macht aber außerdem darauf aufmerksam, daß die Verordnung der Bergbehörde, selbst wenn sie peinlichst befolgt würde, ungenügend ist, daß viel weitergehende Vorschriften erlassen werden müssen.

Das Uebel ist jetzt so weit gediehen, daß bereits ein besondrer Ausschuss gebildet worden ist, in dem neben den Vertretern der Behörden Aerzte, Arbeiter und Unternehmer sitzen, um Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche zu beraten. Der Wurm macht blutarm und führt allgemeinen Kräfteverfall und vollständiges Siechtum herbei. Auf verschiedenen Stellen reichen die Krankenhäuser nicht mehr aus zur Unterbringung der Kranken und Verdächtigen. Man hat bereits Baracken erbauen müssen zu ihrer Aufnahme. Ganze Betriebsbeile sind schon stillgelegt worden, weil die Arbeiter als wurmkrank ausgehoben wurden. Das ganze Ruhrgebiet ist in Gefahr, zu verfaulen und da leider Tausende von Arbeitern auch in ihren Wohnungen unter den ungünstigsten Verhältnissen leben, so ist auch die Verseuchung der Angehörigen der Bergarbeiter leicht möglich. Ueber die Ausbreitung der Krankheit hat man übrigens durchaus noch keine vollständige Uebersicht, da noch lange nicht alle Gruben untersucht sind. Mit Recht macht die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf den außerordentlich starken Wechsel der Bergarbeiter in der letzten Zeit aufmerksam, der die Verschleppung der Seuche auf alle Gruben zur Folge haben kann.

Neben einer gründlichen Untersuchung und dem Erlaß geeigneter Vorschriften zur Schaffung ausreichender Schutzvorrichtungen ist auch vor allen Dingen eine gründliche dauernde Aufsicht über die Gruben zu fordern, die allein möglich ist durch Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle, aber in einer Form, die diese nicht als bloße Dekoration erscheinen läßt.

Ueber den Fall Willich

veröffentlicht der „Grand. Gefellige“ noch folgende Zuschrift eines „genau Unterrichteten“:

„Inzwischen hatte Herr v. Willich, dessen Reben auf die Dauer dem aufreibenden Kampfe mit den Gegnern nicht gewachsen waren, mehrmals einen Erholungsurlaub nachsuchen müssen und sich bemüht, außerhalb der Ostmark ein seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechendes Amt zu erhalten. Und schließlich sah Herr v. Willich seinen Wunsch erfüllt: seine Ernennung zum landwirtschaftlichen Attaché der Gesandtschaft in Bukarest sollte in den nächsten Tagen erfolgen. Aber eine Bedingung hatte der Herr Landwirtschaftsminister an diese Ernennung geknüpft, nämlich die, daß Herr v. Willich sich zuvor mit seinen Gegnern auszusöhnen habe. Diese hatten inzwischen Herrn v. Willich gesellschaftlich völlig boykottiert. Er war endlich vollständig „marbe“ geworden und gab auf die liebevollen Vorstellungen seines bei ihm weilenden Bruders, des Rittmeisters v. Willich, diesem die Erlaubnis, mit seinem Gegner über eine etwaige Aussöhnung zu verhandeln. Während Rittmeister v. Willich zu Herrn v. Unruh nach Klein-Münche gefahren war, ist Herr v. Willich wohl das Demütigende dieser Versöhnung zum Bewußtsein gekommen. Vom Frühstündlich, aus dem Streife seiner geliebten jungen Gattin und seiner blühenden Kinder hinweg begab sich der unglückliche Mann in sein Arbeitszimmer und erschloß sich! Ein reitender Vot überbrachte dem in Klein-Münche verhandelnden Bruder die Trauerbotschaft und machte den Verhandlungen ein Ende für immer!“

In welcher Weise Willich von seinen agrarischen Gegnern boykottiert und gehänselt wurde, schildert die „Voss. Zig.“ folgendermaßen:

„Offener Boykott bei allen Zusammenkünften und auf der Eisenbahn, Ehrenentstellungen für Endell in der „Deutschen Tagesztg.“: Wir machen keine Sache zu der unfriegen.“ Begrüßen des Willich'schen Stuhles in der Landwirtschaftskammer vor Beginn der Sitzung, Schuldigungs-Telegramm des landwirtschaftlichen Kreisvereins, dessen Mitglied v. Willich war, an Endell in folgenden, sinnigen Versen: Dem Königstreuen, wadern Mann, Dem niemand an den Wagen kann, Ihm bringen wir ein domernd Hoch! O, mög' er viele Jahre noch Zu Ruh und frommen unrer Sagen froh leben und uns Freude maden! — Einladung zu den Jagden im Birnhammer Kreise und Lösung des Endell'schen Jagdheimes auf dem Landratsamt in Birnbaum.

Und dazu die immerwährende Mahnung von **OBEN**: „Bertragen Sie sich mit Herrn v. Unruh!“ Kein Wunder, daß ein feinführender und obendrein nervös erregter Mann den ihm zugeleiteten Notau nicht überleben mochte.

Eine Beamtenaufregelung in der Petitionskommission.

Der Post-Unterbeamt Pseifer in Hamburg hat durch den Abgeordneten Förster-Ruch eine Petition überreichen lassen, in der er um Befassung bezw. Wiedereinstellung in den Postdienst bittet. Er ist aus dem Postdienst entlassen worden, weil er, einer „Verwarnung“ der Postverwaltung entgegen, auf das Fachblatt der Postunterbeamten „Der Postbote“ abonniert und für dieses Blatt einen Artikel geschrieben hat, welcher in durchaus sachlicher Weise auf einige Mängel in der Postverwaltung hingewiesen hatte, unter denen die Postunterbeamten seiner Ansicht nach zu leiden haben. Als Verfasser des Artikels ist er von seiner Frau, mit der er in einem Ehecheidungs-Prozess lag, denunziert worden. Petent war 16 Jahre lang im Postdienst thätig.

Der Regierungskommissar, Postrat Lenzke, suchte in der Mittwoch-Sitzung der Petitionskommission die Entlassung des Pseifer zu rechtfertigen, da dieser sich durch Nichtbeachtung der Warnung der Postverwaltung vor der Unterfertigung des „Postboten“ eines groben Ungehorsams schuldig gemacht habe. „Das genannte Organ sei bestrebt, durch Verbreitung von Thatsachen die Unterbeamten zu verheizen.“

Die Abgg. Lenzmann (fr.) und Thiele und Albrecht (Soz.) bestritten der Postverwaltung das Recht, solche Warnungen vor dem Abonnement auf Preherzeugnisse zu erlassen. Die Verwaltung habe nur darauf zu achten, daß die Beamten dienstlich ihre Schuldigkeit thun. Die betreffende Zeitung sei nicht verboten und die Beamten hätten das Recht, sich ihre Lektüre selbst zu wählen.

Die Abgg. Dr. Semler (natl.), Hegelmayer (L.) und Sittard (C.) traten diesen Ausführungen entgegen. Die Postverwaltung habe im Interesse des Publikums und der Disziplin das Recht, Beamte zu entlassen, welche die Warnungen ihrer Vorgesetzten nicht beachten.

Der Antrag Lenzmann-Thiele, die Petition dem Reichskanzler zur Verlesung zu überweisen, wurde von der Kommission abgelehnt und beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.

Was glaubt man mit solcher Sklavenpolitik zu erreichen? Nichts ist mehr geeignet, die Würde und die Autorität des Beamtenstandes zu schädigen als die Verbreitung der Meinung, daß ein Beamter keinerlei geistige Freiheit haben dürfe.

Eben jetzt wird aus Schleswig folgender Fall gemeldet: Die kaiserliche Disziplinarkammer verhandelte gegen den Postschaffner Hansen aus Hamburg. Hansen wird beschuldigt, seine Pflicht als Beamter dadurch gröblich verletzt zu haben, daß er sich an dem unzulässigen gelegentlich der Kaiserfeier im Vorjahre beteiligte. Hansen bestritt, an der Demonstration aktiv teilgenommen zu haben, will vielmehr nur ca. 12 Minuten neben dem Zuge aus Neugierde hergelaufen und durch die Zuschauer an einer engen Stelle in den Zug gedrängt worden sein. Hansen kann die sonstige Vethätigung einer socialdemokratischen Gesinnung positiv nicht nachgewiesen werden. Der Gerichtshof erachtet es nicht für erwiesen, daß sich der Beschuldigte absichtlich an dem Kaiserfeierumzuge beteiligt hat, hält jedoch ein Vergehen gegen § 10 des Reichs-Beamtengesetzes infomern für erwiesen, als der Angeklagte sich unvorsichtig benommen und dadurch seine Pflicht als Beamter verletzt hat. Das Urteil der Disziplinarkammer lautete auf Erteilung eines Verweises und 10 M. Geldstrafe.

Für die Vermehrung unserer Kavallerie

wird fortgesetzt von unren Militärschriftstellern in der Presse mit einem Eifer eingetreten, der auf mehr als eine subjektive Uebersetzung schließen läßt, der Regierung durch diese journalistische Propaganda einen Dienst zu leisten. So veröffentlicht heute wieder im „Tag“ der Generalleutnant z. D. von Pelet-Karbone einen Artikel, in dem er aus einem Vergleiche der Stärke der Kavallerie des Zwi- und des Dreizehndes die Notwendigkeit ableitet, unsre Kavallerie um ein Drittel oder wenigstens ein Viertel ihrer bisherigen Friedensstärke zu vermehren. Er kommt schließlich zu folgender positiven Forderung:

„Erwägen wir, was geschehen kann, so liegt zunächst klar auf der Hand, daß für uns die Schaffung einer der russischen an Zahl auch nur annähernd gleichen Reiterei ausgeschlossen ist. Man muß sich mit dem Notwendigsten begnügen.“

Hiernach wären erforderlich:

12 Kavallerie-Divisionen,	72 Regimente = 360 Eskadrons
24 Corps-Kavallerie-Brigaden,	48 „ = 240 „
48 Eskadrons Jäger zu Pferde	= 48 „

Darauf sind vorhanden . . . 93 „ = 482 „

Blieben zu errichten . . . 27 Regimente = 186 Eskadrons

Damit würden wir 528 Feldeskadrons besitzen, also immer noch um 236 Eskadrons den Russen in der Friedensformation nachsehen.

Glaubt man auch jene Zahlen nicht aufbringen zu können, so mühte man auf die weitere Organisierung von Jägern zu Pferde verzichten, die vorhandenen 17 Eskadrons in Regimente formieren und sich für die nähere Ausstattung mit den Corps-Kavallerie-Brigaden begnügen, die je eine Eskadron an die Divisionen abzugeben hätten. In diesem Falle würden 27 Regimente und 118 Eskadrons neu zu bilden sein.

Somit militärischen Gesichtspunkt ans scheint eine solche Vermehrung unerlässlich.“

Der Herr Generalleutnant verlangt also im Mindestfalle 118 Eskadrons. Die Friedensstärke einer Eskadron beläuft sich auf 1 Rittmeister, 3—4 Leutenants, 16 Unteroffiziere, 3 Trompeter, 1 Lazarettgehilfen und 116 Gemeine, also insgesamt auf 141 Mann mit 135 Dienstpferden. 118 Eskadrons würden also 16 638 Mann und ca. 16 000 Dienstpferde erfordern. Das ist also die Minimalforderung unrer militärischen Sachverständigen!

Kaisern-Geheimnisse.

Der 22jährige Unteroffizier Paul August Heinrich Groffe vom Trainbataillon Nr. IX in Rendsburg ist wegen fortgesetzter unvorschriftsmäßiger Behandlung und Mißhandlung eines Untergebenen vom Kriegsgericht zu 18 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Er hat dagegen Berufung eingelegt, weshalb das Oberkriegsgericht des IX. Armee-corps sich nochmals mit der Sache zu befassen hatte. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Verhandlungsführer Ausschluß der Öffentlichkeit an, da Dinge zur Sprache kämen, die in der Öffentlichkeit zu erörtern sich nicht züme. Der Verteidiger und der Vertreter der Anklage protestierten jedoch dagegen. Nach längerer Beratung verhandelte der Verhandlungsführer: Es solle öffentlich verhandelt werden, dem über die erste Verhandlung vor dem Kriegsgericht seien unwahre und entstellte Berichte in die Zeitungen gelangt. Es wäre also gut, wenn dieselben an der Hand der neuen Verhandlung berichtigt werden könnten. — Nach dem Urteil des Kriegsgerichts hat Groffe, der aus dem Kreise Wiegitz stammt, drei Jahre bei einem schlesischen Husaren-Regiment gedient und ist dann als Kapitulant beim 9. Trainbataillon eingetreten, wo er bald Unteroffizier wurde und Rekruten auszubilden hatte. Zu seinen Rekruten gehörte der

*) Die Zahlen gestalten sich in der Praxis natürlich etwas anders, da die Wahlbezirke nicht über die Grenzen der Stadtbezirke hinausgreifen sollen — zur Ausgleichung sind Wahlbezirke auch mit 4 und 5 Wahlmännern zulässig.

Landmannsohn Bröwe aus Mecklenburg, ein geistig äußerst beschränkter Mensch. Derselbe hat bei Gröffe ein furchtbares Martyrium durchgemacht. Er ist von dem Unteroffizier in der brutalsten Weise mißhandelt worden, und zwar mit den Fäusten, mit der Fahrpeitsche, mit der scharfen Säbelklinge und mit der Klopffleischgabel. Nach der Unteroffizier und die letztere, so mußte der Rekrut sich erst händlings über einen Schemel legen. Im Dezember litt Bröwe heftig an Diarrhoe. Bei einer Heilung bat er deshalb, austreten zu dürfen. Der Unteroffizier Gröffe schlug ihm seine Bitte ab. Und nun mußte der arme Kerl seine Notdurft in die Hofe gehen lassen. Gröffe befahl ihm darauf, die Hofe zu reinigen. Bröwe that das nicht gleich, sondern hing die Hofe in das Spind. Als der Unteroffizier später dahinter kam, beschuldete er dem P., die Hofe herzuholen. Dann stellte er sich mit drohend hoherhebenender Klopffleischgabel neben P. und befahl ihm, nun die Hofe mit dem Munde und den Zähnen zu reinigen und den Kot hinterherzuwürgen. In seiner entsetzlichen Angst vor seinem Peiniger that P., wie ihm befohlen war, doch spuckte er den Kot aus. Eine Viertelstunde dauerte die entsetzliche Prozedur. Mehrere Unteroffiziere und Mannschaften beobachteten dieselbe, wandten sich aber von Ekel ergriffen ab. Keiner hatte den Mut, gegen den unmenschlichen Vorgesetzten einzuschreiten, obwohl der Anblick des zitternden, im Gesicht über und über mit Kot bedeckten Rekruten ein wahrhaft Grauen erweckender gewesen sein muß.

Der Angeklagte stellt die Sache natürlich anders dar. Danach soll Bröwe aus reiner Faulheit, als er beim Korridor liegen gewesen sei, die Hofe beschmutzt und dieselbe auf ein Scherzwort von ihm mit dem Munde gereinigt haben. Er will über dieses ekelhafte Verfahren ganz verdußt gewesen sein und sich voll Widerwillen abgewandt haben. Der Zeuge Bröwe und mehrere andere Augenszeugen schilderten den Vorgang aber so, wie ihn das Kriegsgericht festgesetzt hat. Bezüglich des Zeugen Bröwe sagt der Compagniechef, daß derselbe auf seine Veranlassung aus dem Militärdienst wieder entlassen sei, weil derselbe ein geistig beschränkter, körperlich ungewandter und unsauberer Mensch sei, daß P. andererseits aber auch wieder ein sehr gutmütiger Mensch sei, der sich die größte Mühe gegeben habe, den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Das Ober-Kriegsgericht hielt die Verurteilung des Angeklagten für völlig unbegründet, bedauerte vielmehr, daß der Kriegsherr nicht auch Verurteilung eingeleitet habe, damit es auf eine höhere Strafe, die der Angeklagte ganz ohne Frage verdient habe, hätte erkennen können. Aus formellen Gründen wurden zwei Fälle der Mißhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen, im übrigen auf ein Jahr fünf Monate Gefängnis und Degradation erkannt.

Flüchtige adlige Offiziere. Das Gericht der 10. Division in Trier erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, wonach der Lieutenant Georg Heinrich Ernst Ulrich von Thiele im 9. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 100 wegen Fahnenflucht für fahnenflüchtig erklärt wird. Ferner teilt das Gericht der 10. Division in Posen mit, daß in der Untersuchungssache gegen den Major Arnold Freiherr von Fuchs-Rordhoff im lombardischen Jäger-Regiment zu Pferde dieser wegen Fahnenflucht auf Grund des Militär-Strafgesetzbuchs fahnenflüchtig erklärt und sein im Deutschen Reich befindliches Vermögen mit Beschlagnahme belegt wird.

Der sächsische Hofzwist.

Aus noch unbekanntem Grund hat die Kronprinzessin Luise plötzlich in Begleitung von Sixon ihren letzten Aufenthaltsort Mentone wieder verlassen. Beide sind nach Genf zurückgekehrt. Hier erwartete sie der frühere Erzherzog Leopold Ferdinand, jetzt Leopold Wölfling. Alle nahmen Wohnung im Hotel Suisse. Es scheint, als betreibe man eine schimpfliche Heze gegen die gefährdete Prinzessin.

Ueber die Frage der sächsischen Thronfolge wird in der Chemnitzer „Allg. Ztg.“, deren Chefredakteur Richter seiner Zeit in Genf mit der Kronprinzessin Luise mehrere Unterredungen hatte, noch bekannt gegeben: Die Kronprinzessin habe im Zusammenhang mit der Venerlichkeit, das Temperament ihres Gatten sei besonders nach der bei einem Jagdunfall erlittenen Gehirnerschütterung ein sehr erregtes geworden, schwere Besorgnis für die Zukunft, namentlich in Bezug auf die Thronfolge, geäußert.

Husland.

Der Streik der holländischen Transportarbeiter ist zwar infolge des energischen Eingreifens der Eisenbahnen mit Erfolg beendet, aber die Lohnbewegungen anderer Verurtheilte, die im Anschluß an den Transportarbeiter-Streik entstanden, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Stützer der Amsterdamer Fabrikanten-Gesellschaft, die seiner Zeit zu Gunsten der Transportarbeiter die Arbeit einstellen, befinden sich noch im Streik. Sie fordern jetzt außer Wiedereinstellung der Genossenschaft und voller Anerkennung des Vereinigungsrechts auch Lohnhöhung und andre Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen und haben beschloffen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen als ihre Forderungen bewilligt sind.

Auch die Arbeiter der städtischen Betriebe in Amsterdam stehen in einer Lohnbewegung. Am Dienstagabend fand in der Großen Börse eine Versammlung von 4000 Arbeitern statt, welche im Dienst der Stadtgemeinde stehen und 17 verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes angehören. Die Versammlung beschloß, dem Bürgermeister die Forderungen der verschiedenen Kategorien der Arbeiter zu überreichen und eine Deputation derselben vor dem nächsten Montag zu verlangen. Sollten die Forderungen abgelehnt werden, so soll am Montagabend in einer neuen Versammlung in der Börse über den Eintritt in den Generalstreik beraten werden.

Marokko.

Der Sieg der Regierungstruppen bestätigt sich, doch fehlen immer noch Einzelheiten. Wie berichtet wird, ist es dem Präsidenten doch gelungen, mit dem größten Teil seiner Truppen zu entkommen. Andererseits wird erklärt, daß der Sieg der Regierungstruppen bedeutend ausgebaut worden ist. Bis jetzt sind nur 30 Kämpfe und 85 Gefangene nach Fez gebracht worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß mit diesem Siege der Kampf beendet sein wird. — Eine andre Meldung besagt dagegen:

Der spanische Gesandte empfing einen Besondern in der vergangenen Nacht eingetroffenen Voten, welcher die Nachricht von der Gefangennahme des Präsidenten bestätigte. Mulay Arafat hat Tanger verlassen und sich mit seinen Truppen nach dem Rif begeben.

Desireich-Ungarn.

Der Wehrausschuß verhandelte am Dienstag über die Wehrvorlage. Im Laufe der Debatte erklärte der Landesverteidigungs-Minister Graf Wessersheim, die Armeeverwaltung sei beschränkt, den vorgebrachten Wünschen möglichst nachzukommen. Mit dem Antrag betreffend die Streichung des auf die Heraushebung der Ersatzreserve bezüglichen Passus der Vorlage erklärte sich der Minister einverstanden. Eine Verringerung der Militäraufgaben sei, solange alle Staaten ihre Wehrmacht vergrößern, unmöglich. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit sei verwickelt; er, der Minister, habe sich bei der ersten Lesung weder für noch gegen dieselbe ausgesprochen. Gegenüber den Protesten gegen ungarische Sonderforderungen berief sich der Minister auf seine jüngst über die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Armee abgegebene Erklärung.

Ungarischer Hofantritt. Das Gesandtenmengenrat in Warschau sprach den Abgeordneten Ludwiga

Korodi, den Advokaten Julius Drendi und den Advokatur-Concipienten Franz Vich wegen eines in der „Kronstädter Zeitung“ erschienenen Artikels der Aufreizung gegen die Nation schuldig, worauf der Gerichtshof Korodi zu einem Jahr Gefängnis und 2000 Kronen Geldstrafe und die beiden andern Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis und zu je 1000 Kronen Geldstrafe verurteilte.

Frankreich.

Die Wiederaufnahme der Dreyfus-Affaire. Der „Frankf. Ztg.“ wird vom Dienstag aus Paris telegraphiert: In der „Petite République“ ergreift heute Groult-Richard, in der „Aurore“ Pressensé das Wort, um die Wiederaufnahme der Dreyfus-Affaire anzukündigen und die politische Notwendigkeit dieser Wiederaufnahme zu begründen. Die Nationalisten, so führen die beiden sozialistischen Abgeordneten aus, greifen bei jeder Gelegenheit auf die Dreyfus-Affaire zurück. Eine solche Annäherung von Seiten der Nationalisten sei nicht mehr zu ertragen. Diesem zweideutigen Zustande nähmen die republikanischen Parteien ein Ende machen, indem sie die Wahrheit schnell und vollständig zum Siege führen.

Diese beiden Artikel bestätigen die von Jaurès bereits in öffentlichen Versammlungen am Donnerstag in Paris und am letzten Sonnabend in Vierzon angekündigte Absicht, die Dreyfus-Affaire wieder aufzunehmen. Nach dem Bericht der „Agence Havas“ soll Jaurès in Vierzon erklärt haben, er werde die Ende Februar bevorstehende Debatte über die Wahl Syvetons als Vorwand nehmen, um die Dreyfus-Affaire auf der Kammertribüne zu verhandeln. Syveton antwortete darauf am Sonntag in einer Versammlung, er sei stolz, mit seiner Person die Sache der Gegner des Dreyfus zu vertreten. Syveton provozierte damit die beiden Erklärungen der „Petite République“ und der „Aurore“. Jaurès erwähnte den bekannten Brief des Generals Galliffet, der bei den letzten Wahlen von den Nationalisten ausgebeutet wurde und dessen wirtlicher Inhalt bei Gelegenheit der Verhandlung über die Wahl Syvetons ans Licht gezogen werden müsse. „Wenn aber“, so schloß Jaurès wörtlich, „die Enthüllungen einmal beginnen, so werden wir Fälschungen und Verbrechen bloßlegen, denen gegenüber die Verbrechen des Obersten Henry nur Kinder spiel sind.“

Italien.

Der Fall Krupp und die „Propaganda“. Man wird sich erinnern, daß infolge seiner Enthüllungen zum Fall Krupp gegen das sozialistische Organ von Neapel „La Propaganda“ das Verfahren wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit eingeleitet worden war. Dieser Tage sollte der Prozeß stattfinden. Wie dem „Avanti“ von Neapel gemeldet wird, ist jedoch die Verhandlung in letzter Stunde vertagt.

Spanien.

Ballabollid, 4. Februar. (B. Z. V.) Etwa tausend beschäftigungslose Personen zogen heute vormittag durch die Straßen der Stadt, suchten die Erdarbeiter und Mauerer zur Einstellung der Arbeit zu bewegen und verlangten Brot und Arbeit. Die Teilnehmer an der Kundgebung bemächtigten sich eines mit Brot gefüllten Wagens; die Gendarmen schritt ein; es wurden mehrere Schüsse gewechselt; mehrere Personen wurden verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

England.

Auswanderende Boeren. Die „Reynolds News“ mitteilt, werden gegen 900 Boerenfamilien nach Neu-Mexiko und Texas auswandern, wo sie ca. 1 Million Acker Land angekauft haben. Amerikanische Finanziers sollen durch Zeichnung großer Summen den Boeren dabei behilflich gewesen sein.

Partei-Nachrichten.

Der gefährliche „Vorwärts“. Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtet von dort:

„Das hiesige Café National, Breitenweg, legte seit einiger Zeit den „Vorwärts“ aus, welcher dort viel gelesen wurde. Da erschien eines Tages dort ein höherer Polizeibeamter und erklärte dem Wirt, die Beamten würden sein Café nicht mehr besuchen, wenn der „Vorwärts“ nicht aus den geistlichen Räumen verschwände.“

Wir haben ja keinen allzu fühlbaren Schaden davon, wenn die Polizeibeamten in Magdeburg den „Vorwärts“ nicht lesen mögen; viel größer dürfte der Schaden auf Seiten der Polizeibeamten sein. Aber daß auch die in dem Café National verkehrenden Gäste deswegen auf den „Vorwärts“ verzichten sollen, das ist doch eine Rücksichtslosigkeit gegen die Gäste und gegen das Lokal, deren sich Beamte nicht schuldig machen sollten. Der „Vorwärts“ bleibt doch nicht!

Unser Parteigenosse Agler, der Reichstags-Abgeordnete für Pforzheim, welcher bereits vor zwei Jahren eine Nervenleiden anfallen mußte, ist nun neuer an schwere Nervenleiden erkrankt und infolgedessen in der psychiatrischen Abteilung der hiesigen Charité untergebracht worden. Unser der Wirkung religiöser Barmherzigkeiten hat er versucht, sich zu erholen, der Versuch blieb jedoch glücklicherweise vollständig erfolglos. Seine Freunde sorgten dann dafür, daß er in ärztliche Obhut kam.

Die Parteibewegung in Baden hat im Laufe der letzten Monate unter dem Eindruck der großen innerpolitischen Ereignisse allenthalben einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen. Ein anschauliches Bild gab hiervon u. a. die in verfloßener Woche abgehaltene Jahresversammlung des sozialdemokratischen Vereins, der in kurzer Zeit einen Zuwachs von über 300 Mitgliedern zu verzeichnen hatte und auch auf finanziellen Gebiet eine erhebliche Erhöhung der Leistungen aufwies. Ebenso hat der Abonnementstand unseres Mannheimer Partei-Organs, der „Volksstimme“, im Laufe der letzten Monate eine sehr erfreuliche Steigerung erfahren. — Rechnliche Nachrichten kommen auch aus den Parteibereinen der übrigen Landesstellen. So ist zum Beispiel die Mitgliederzahl des Freiburger sozialdemokratischen Vereins in verfloßener Jahre um nahezu 100, die dortige Abonnementzahl des in Karlsruhe erscheinenden „Volksfreund“ um mehr als 100 gestiegen. Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg, Heidelberg melden ähnlich erfreuliche Ergebnisse; in der letzteren Stadt hat sich der Abonnementstand der „Volksstimme“ seit den Volksdebatten im Reichstage nahezu verdoppelt. Allenthalben zeigt sich auch eine gegen früher stark gesteigerte Teilnahme an den Partei- und öffentlichen Versammlungen, kurz: wir haben in Baden allen Grund, den kommenden Reichs- und Landtagswahlen mit Zuversicht entgegenzusehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung des Gemeindefinanzverwalters in Nieder-Zepersdorf wurde Genosse Kauf als ehemaliger Redakteur der „Volksmacht“ in Breslau zu 30 W. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kartellbildung in der Eisenindustrie. Einen recht interessanten Beitrag zur Beurteilung des Einflusses der Preispolitik der Stahl- und Halbleistungsindustrie im Eisenverwerk auf die Produktion eiserner Fertigwaren liefert eine vom bergischen Fabrikantenverein als Vertreter der deutschen Eisenindustrie angenommene Denkschrift, in der es nach Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ heißt:

Die bergische Eisenindustrie ist zum guten Teil auf den Export angewiesen, dieser wird aber schwerer, da die in Betracht kommende Rohstoffindustrie ihr Rohmaterial in dem Maße verteuert, als die Syndrate ihre durch Fracht und Zoll geschaffene Monopolstellung ausnützen. Die Kartelle nehmen nun diese ihre Monopolstellung insofern einseitig wahr, als sie ohne Rücksicht auf die weiter-

verarbeitende Industrie des Inlandes die Preise festsetzen, was die Weiterverarbeitungs-Industrie ihrerseits nur wieder ausgleichen kann durch eine Verminderung des unternehmergewinnes oder Lohnreduktionen, größere Anforderungen an die Qualität des Arbeitermaterials oder Einführung vollkommen zweckdienlicher maschineller Einrichtungen. Bedeutet dies schon eine Erschwerung der Exporte, so wird die Erschwerung aber zu einer direkten Schädigung, wenn dem Auslande die Rohstoffe billiger und unter besseren Bedingungen geliefert werden. Daraus kann man ja den Syndikaten an sich keinen Vorwurf machen, da hierzu wohl jeder Unternehmer genötigt sein dürfte, aber es muß als eine Schädigung vaterländischer Interessen bezeichnet werden, wenn dem inländischen Unternehmer gegenüber die Preise für Rohstoffe künstlich hochgehalten werden, so die Weiterverarbeitung verteuert und die Exportfähigkeit der fertigen Waren in Frage gestellt wird.

Noch ernstere Bedenken aber muß nach dem Inhalt der Denkschrift eine andre Maßnahme der Kartelle, wenigstens jener der Roh-eisen- und Kohlenkartelle, wahren. Diese Verbände zwingen nämlich ihre inländischen Abnehmer, bei Bezug eines gewissen Quantums von Rohstoffen neben vollwertigem Material auch eine entsprechende Menge minderwertigen Materials mit in den Kauf zu nehmen. Sollten sich diesen Modus auch noch andre als die beiden vorbezeichneten Rohstoff-Syndikate zu eigen machen, so müßte dies als eine ganz unerhörte Fesselung der Weiterverarbeitungs-Industrie bezeichnet werden, da minderwertiges Rohmaterial natürlich eine Qualitätsverschlechterung der Fertigware zur Folge haben muß, wodurch diese letztere auf dem Weltmarkt, im In- wie im Auslande, ins Hintertreffen gegenüber den ausländischen Artikeln kommen würde.

Die von den Syndikaten nun als Äquivalent für die vorbezeichneten Schädigungen gewährte sogenannte Ausfuhrvergütung kann, wenn vielleicht auch für andre Industrien, so doch nicht für die bergische Eisenindustrie in Betracht kommen, da die von den Kartellen für diesen Fall gestellte Bedingung, daß sich die Abnehmer zwecks Ermöglichung der Abrechnung zu einem Verbandszuschließen, undurchführbar ist. Denn die Zahl der hier in Betracht kommenden Betriebe ist außerordentlich groß, ihre wirtschaftliche Lage in den meisten Fällen grundverschieden. Die Gründung eines Verbandes, wie er nun notwendig wäre, könnte aber nur auf der Basis erfolgen, daß der einzelne Unternehmer, soweit gleichartige Produkte in Frage kommen, seine Konkurrenz ohne Einwirkung der ebenfalls dem Verbands angehörenden Konkurrenten vornimmt. Das müßte aber naturgemäß zu einer Minderleistung führen, die der bergischen Eisenindustrie außerordentlich nachteilig würde. Denn der einzelne Unternehmer muß völlig freie Hand haben, um der ausländischen Konkurrenz, namentlich der amerikanischen, gewachsen zu bleiben. Das bedingt zuvörderst eine weitergehende Spezialisierung der Erzeugnisse und die allmähliche Heranziehung von maschinellen Einrichtungen an Stelle des Handbetriebes.

Eine Besätigung finden diese Klagen des bergischen Fabrikantenvereins über die Erschwerung ihres Exports durch die Zahlen der Ausfuhrstatistik. Diese beweisen nämlich, daß, während die Roh-eisen- und Halbleistungsindustrie im Jahre 1902 ihre Ausfuhr im Vergleich zum Jahre 1900 verdoppelt und verdreifacht hat, der Export von Rohmaterial der Eisenindustrie trotz aller Anstrengungen auf dem alten Niveau stehen geblieben ist und der Export von Maschinen sich sogar beträchtlich verringert hat. Es ist deshalb dem bergischen Fabrikantenverein nicht zu verdenken, wenn er energischen Einspruch gegen die Preispolitik der Roh- und Halbleistungs-Kartelle erhebt; allerdings begnügt er sich damit nicht, sondern fordert überdies „ausreichenden“, d. h. natürlich recht hohen Zollsatz. In diesem Punkt sind die Fabrikantenverbände durchweg einander gleich. Sie alle möchten die Materialien, die sie verarbeiten, recht billig kaufen, und würden deshalb diese gerne von Jöllern und von den Extra-Preis-ausschlägen der Kartelle befreit sehen; ihre eignen Produkte aber möchten sie recht hoch im Preise halten und frei von nach hohen Schutzzöllen, um sich an den hohen Inlandspreisen für die schmalen Gewinne bei ihren Exporten schadlos halten zu können.

Der Berliner Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin stellte sich im Januar die Zahl der eingeschriebenen arbeitsfindenden Personen auf 3370. Verlangt wurden an Arbeitskräften 2101 Personen. Arbeit fanden von den arbeitsfindenden 3370 Personen 1638, also beinahe die Hälfte. Am schwersten fanden Klempner und Schlosser Arbeit, am leichtesten weibliche Personen und ungelernete Arbeiter.

Der rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt wird der „Voss. Ztg.“ von ihrem sachverständigen Berichterstatter gemeldet: Zu den Absatzstörungen in Magdeburg haben sich nunmehr auch noch solche in Gosslamtsleben gesellt, so daß die an der Erzeugung solcher bestellten Jochen ihre Förderung durch Feierschichten ganz erheblich einschränken müssen. Der Grund hierfür dürfte in der Abnahme der Ausfuhrsendungen zu suchen sein, welche bisher zur Belegung des Verbands sehr viel beitrugen. ... Der Abfall in Gosslamtsleben ist noch unverändert. Auch auf den Fettkohlen-Jochen sind die Absatzstörungen weniger zu veriphen, zumal Coalkohlen flott abgehen. Nur Stückkohlen und grobkörnige Fettkohle sind schwach gefragt, deshalb zu befürchten ist, daß in diesen sich größere Vorräte ansammeln werden. Die Lagerbestände des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats sind überhaupt in der letzten Zeit wieder bedeutend angewachsen und eine Erhöhung der Einschränkung ist in nächster Zeit wahrscheinlich. Die anderweitige Behauptung, die rheinisch-westfälische Eisenindustrie habe zur Zeit wieder einen größeren Bedarf an Kohlen, trifft nicht zu. Nur in Hoch- und Giebereikohle ist ein stärkerer Verbrauch zu veriphen, wobei indes zu berücksichtigen ist, daß die meisten großen Werke ihren Bedarf auf den eignen Jochen bezugs. Kolereien zu decken in der Lage sind. Die Ausfuhr in Coals ist noch immer recht lebhaft, ebenso in Steinohlenbriquetts. Viele Betriebsleiter von Jochen geben der Besichtigung Ausdruck, daß im Laufe dieses Monats die Zahl der Feierschichten noch zunehmen werde. Bis jetzt kommen sie noch mit einer Feierschicht die Woche aus.

Patentprozeß. Die hiesige Aktiengesellschaft Stobwasser bringt seit einiger Zeit einen Petroleum-Glühlichtbrenner in den Handel, gegen dessen Vertrieb die Firma „Petroleum-Glühlicht-Oria“ eine Klage eingereicht hat, da sie durch den Verkauf dieses Brenners ihr Patent 118454 verletzt wähnt. Darauf hat jetzt das Landgericht I zu Berlin eine Verfügung erlassen, die der Firma Stobwasser unter Androhung einer Strafe von 500 M. für jeden Fall des Zuwiderhandelns untersagt, die von ihr hergestellte Petroleum-Glühlichtlampe in den Verkehr zu bringen. Der von der Aktiengesellschaft Stobwasser gegen diese Verfügung erhobene Einspruch ist zurückgewiesen worden.

Sociales.

Zum Kellnerstreik.

In Erfurt waren mehrere Wirte, deren Angestellte keinen Gebrauch von den ihnen zustehenden Ruhepausen gemacht hatten, vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil dasselbe annahm, der Wirt habe seine Pflicht erfüllt, wenn er es in das Betreiben seiner Geschäfte stelle, von dem Recht der Pausen Gebrauch zu machen oder nicht. Andre Wirte waren freigesprochen, weil das Gericht Wiffenters, die das Bier auf Rechnung verschickten, als selbständige Gewerbetreibende betrachtete, auf welche die fraglichen Bestimmungen nicht anwendbar sind. Gegen diese Urteile hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Erfurter Wirtvereinsung hatte die Sache ihrer angeklagten Mitglieder zur ihrigen gemacht und diesen einen Rechtsanwalt zur Seite gestellt.

Die Berufungskammer hob im Princip die erstinstanzlichen Urteile auf. Sie nahm an, daß die Bestimmungen der Bekanntmachung des Bundesrats öffentlichen Rechts sei und nicht der freiwilligen Abänderung unterliegen. Ein Berufung auf die Pausen sei nicht zulässig. Nach dem Urteil des Reichsgerichts in gleichartigen Fällen sei anzunehmen, der Gehilfe soll die Pausen haben, nicht er kann sie haben. Auch die Stellung der Wiffenters sei nicht die eines selbständigen Gewerbetreibenden. Der

Wirt habe die Konzession und über das Gewerbe aus. Die geringere oder größere Freiheit, die dem Wirt überlassen werde, sei nicht im Stande, dies Verhältnis zu verändern. Die Wirt wurden zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Diese Auffassung entspricht vollkommen den Absichten des Bundesrats und dem ganzen Sinn unserer Arbeiterschaft. Die Verhandlung im Reichstage ist das zweite erste vom Vertreter der Reichsregierung unter Zustimmung des ganzen Reichstags ausgesprochen worden. Man kann neugierig sein, ob die Berliner Gerichte und das schlesische Oberlandesgericht sich zu dieser einzig zulässigen Auffassung bekennen werden oder ob für diese Gebiete das Ausnahmerecht bestehen bleiben soll.

Gegen die Konsumvereine.

Der hiesige „Bund der Handel- und Gewerbetreibenden“ will wieder einmal Sturm laufen gegen die Konsumvereine. Er will an Bundesrat, Reichstag und Regierung eine Eingabe richten auf Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Konsumvereine und Rabattvereine sollen nur als Wirtschaftsgenossenschaften zulässig sein und somit in das Genossenschaftsregister eingetragen werden, ferner soll den Konsumvereinen eine Dividendenauszahlung nicht gestattet, sondern nur der Verkauf zum Einkaufspreis zulässig sein. Die Rabattvereine sollen zu allen staatlichen und kommunalen Steuern herangezogen und die Verhaftung der Ausgabe von Rabattmarken von denjenigen Bestimmungen abhängig gemacht werden, denen das Sparwesen unterliegt. Die Rückzahlung der angekauften Sparmarken in Waren statt in barem Gelde soll ferner gesetzlich verboten, auch die Errichtung von Rabattvereinen von der Konzessionierung abhängig gemacht werden.

Die Rabattvereine haben keineswegs unsere Sympathien, aber die vorgezeichneten Maßregeln halten wir für tödlich. Das Verlangen, daß Konsumvereine nur zum Einkaufspreis sollen verkaufen dürfen, ist ebenso unsinnig und würde überdies, wenn durchführbar, höchstens den Kleinhandlern selber schaden.

Wahrscheinliches Krankenversicherungswesen.

Der Stadtamtsrat Nürnberg will alle Besitzer der größeren Industrie-Unternehmungen zur Errichtung von Betriebskrankenversicherungen zwingen, um das immer größer werdende Defizit der Gemeindekrankenkasse zu verringern. 17 solcher Fabriken bestehen bereits, ferner eine Ortskrankenkasse für die polygraphischen Gewerbe. Dieser gewaltige und kostspielige Apparat soll nun noch durch eine ganze Anzahl neuer Gründungen bereichert werden. Man hätte es in der Hand, das Defizit mit einem Schlage zu beseitigen, wenn man die Gemeindekrankenkasse überhaupt abschaffen und eine allgemeine Ortskrankenkasse errichten würde, die von den Nürnberger Arbeitern seit 10 Jahren vergeblich gefordert wird. Der Rathaus-Präsident will diese Versicherungsform deshalb nicht, weil in einer Ortskasse die Arbeiter maßgebend würden.

Bayern ist bekanntlich überhaupt in der Organisation des Krankenversicherungswesens von allen Bundesstaaten am rückständigsten. Hat es doch 4127 Gemeindekrankenversicherungen, fast die Hälfte der Gemeindekrankenversicherungen des ganzen Reiches. Organisierte Klassen hat Bayern nur 705, worunter allein 602 Betriebsklassen. Von Bayern soll auch der hauptsächlichste Widerstand gegen die gesetzliche Beseitigung der Gemeindekrankenversicherung ausgehen.

Zu der Frage der Unterbringung Tuberkulöser in Deutsch-Südwest-Afrika, worüber wir in unserer Nr. 28 berichteten, teilt uns Herr Dr. med. Nag mit, daß der Plan ganz allein von ihm ausgeht und daß ihn dabei lediglich Rücksichten auf die Heilung Lungentruher leiten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Centralverband der Handel-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Ortsverwaltung Berlin I des genannten Verbandes hat seinen Jahresbericht für 1902 in Form einer kleinen Broschüre erscheinen lassen. Der Bericht sagt unter anderem, daß nachdem im Jahre 1901 die Mitgliederzahl von 8610 auf 6001 zurückgegangen war, die Organisation ausgebaut wurde, damit eine wirksame Agitation entfaltet werden konnte. Das hat denn auch den erfreulichen Erfolg gehabt, daß nicht nur ein weiterer Rückgang vermieden, sondern auch ein kleiner Zuwachs von Mitgliedern erreicht wurde. Am Schlusse des Jahres zählte die Verwaltung 1148 Hausdiener und Pader, 135 Kellner, 90 Fahrstuhlführer, 52 Parkhallenarbeiter, 447 Kollenfänger, 290 Bierfahrer, 879 sonstige Kutscher, 438 Kostensarbeiter, 21 Leitergerüstbauer, 60 Mineralwasserarbeiter, 433 sonstige Arbeiter, 524 Expeditions- und Möbeltransportarbeiter, 14 ohne Berufsangabe, 108 weibliche, zusammen 5800 Mitglieder. Da aus der Ortsverwaltung Berlin I die 630 Straßenbahner am 1. April abgefordert und zu einer eigenen Verwaltung Berlin III vereinigt worden sind, so hat Berlin I am Jahresstillschluß einen Zuwachs von 455 Mitgliedern zu verzeichnen. — Welch rege agitatorische Tätigkeit die Verwaltung entfaltet hat, ist daraus ersichtlich, daß im Laufe des Jahres außer den ordentlichen Mitgliederversammlungen 68 größere Versammlungen, 294 Betriebsbesprechungen, 64 Bezirksversammlungen und 53 Sitzungen verschiedener Kommissionen abgehalten wurden.

Im Arbeitsnachweis der Organisation wurden 1502 Arbeitssuchende eingetragen. Die Zahl der gemeldeten Stellen betrug 2154. Davon wurden besetzt 1109, nämlich 609 feste und 500 Anstellstellen. Bei den besetzten Stellen betrug der durchschnittliche Wochenlohn für Hausdiener und Pader 20,21 M., Kutscher 21,78 M., Expeditions-, Expeditions-, Kellner- und Kollenfänger 21,16 M., Mineralwasserarbeiter 21,28 M., Fahrstuhlführer 18,85 M., Burschen 12,81 M.

Die Jahresrechnung betrug 74.443,33 M., die Ausgabe 67.435,73 M., der Kassenbestand 7007,60 M. An die Hauptkasse wurden 33.309,27 M. abgeliefert. Von den übrigen Einnahmen sind für Unterhaltungszwecke verwandt in Krankheitsfällen 8005,85 M., bei Sterbefällen 2490,70 M.

Vom Maßregelungsbureau der Metallindustriellen. Als am 20. Januar die Beauftragten der streikenden Arbeiter der Eisen- und Maschinenfabrik von Jachmann mit dieser Firma verhandelten, wurde ihnen versichert, daß alle Streikenden wieder anfangen können. Der Geschäftsführer Thomas sagte ausdrücklich, er werde dafür sorgen, daß keiner gemahregelt wird. Nachdem jetzt erst die Hälfte der streikenden Former und Gleiserei-Arbeiter und zwei Drittel der Schlosser und Dreher bei der Firma Jachmann wieder beschäftigt sind, erklärt der Geschäftsführer Thomas, daß er diesen und jenen der Streikposten gefunden hat, nicht wieder einstellt. Als einige der ehemals Streikenden nach dem berichtigten „Arbeitsnachweis“ in der Gartenstraße gingen, um sich einen Schein zu holen, sagte der Vorsteher des „Arbeitsnachweises“, Hauptmann a. D. Meißel: „Sie haben doch hier Streikposten gefunden. Na, kommen Sie nur im Mai wieder.“ Alle Einwendungen der Arbeiter und die Berufung auf ihr gutes Recht des Streikpostensichens nutzten nichts. „Das machen wir, wie wir wollen“, wurde ihnen gesagt. — So hält ein Unternehmer Wort, und so achten die Kühnemann die Rechte der Arbeiter. In diesem Fall, der von einer von vielen ähnlichen ist, sieht man wieder, daß der „Arbeitsnachweis“ der Metallindustriellen nichts anderes ist als ein Bureau zur Maßregelung solcher Arbeiter, die sich durch die Ausübung ihres Rechtes mißlieblich gemacht haben.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der 500 Arbeiter des Bremer Vulkan in Begegnung soll eine volle Woche, nämlich bis zum Montag, den 9. Februar, dauern. Der Verfordere, an dessen Beerdigung den Arbeitern die Beteiligung untersagt wurde, war ein Schiffszimmerer, der auf der Werk des Vulkan bei der Arbeit stürzte und sofort starb. Hiernach

erscheint sowohl das Verbot der Teilnahme an der Beerdigung des verunglückten Kameraden, als auch insbesondere die brutale Aussperrung als eine Maßnahme, die aller Menschlichkeit Hohn spricht.

Die Polizei in Kottbus bemüht sich fortgesetzt, den Arbeiterorganisationen mit heillosen Maßnahmen zu Leibe zu gehen. Kürzlich wurden wieder mehrere derartige Fälle vor dem Schöffengericht verhandelt. In einem Falle hatte die Polizei den Vorsitzenden der Kottbuser Filiale des Maurerverbandes mit einem Strafmandat bedacht, weil er in dem eingereichten Mitgliederverzeichnis nicht die Vornamen sämtlicher 300 Mitglieder angegeben hatte, weil er sie nämlich selber nicht kannte. Das Gericht hielt dagegen das Mitgliederverzeichnis auch ohne Vornamen für ausreichend und sprach den Frevler wider die heilige bürokratische Ordnung frei. — Gleichzeitig waren fünf Vorstandsmitglieder der Filiale des Textilarbeiter-Verbandes und zwei frühere Vorstandsmitglieder des Handlungsgesellen-Verbandes wegen angeblich verpöhlender Abmahnung von Mitgliedern mit Strafmandaten bedacht. Diese Angelegenheiten vertagte das Gericht, um noch weitere Beweise zu erheben. — In einer anderen Sache hatte die Polizei den Erfolg, daß zwei Angestellte zu je drei Tagen Gefängnis aus § 153 der Gewerbeordnung verurteilt wurden. Ein Referent in einer Brauerverammlung hatte seinen Vortrag mit den Worten geschlossen: Wer der Organisation nicht beitrete, sei ein Verräter an sich selbst, seiner Familie und der Arbeiterschaft. Ein anderer Redner hatte gesagt, wer sich nach diesem Vortrage nicht aufnehmen ließe, für den habe er nur ein Pschl! Dies rednerische Pöbeln mußten die beiden Angeklagten mit der oben angegebenen Strafe büßen. Welche Strafe würde das Kottbuser Schöffengericht wohl den Arbeitern zukommen lassen, wenn sie sich in der bilderreichen Sprache des Grafen Bismarck ausdrücken könnten.

Ein Situationsbild aus dem ruffähigen Osten. Am verflochtenen Sonntag fand in Schönlanke, Provinz Posen, ein von gegen 300 Personen besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt, in der Dupont, der Vorsitzende des Bildhauerverbandes, referierte. Veranlassung zu dieser Versammlung gab der zur Zeit in Schönlanke säuwende Streik der Holzbildhauer in drei Fabriken für Maschinenartikel, Schnitzereien für Möbel der gewöhnlichsten Art. Trotz des erbärmlichen Verdienstes — es wurde nur in Accord gearbeitet bei 12—18 M. per Woche — sollten weitere Reduzierungen vorgenommen werden. In einem dieser Betriebe (Wank u. Co.) sind als Societäre mehrere Gutbesitzer aus der Umgegend, darunter ein Hauptmann a. D. und ein Lieutenant, an einem andern (Revy u. Co.) ein Hotelbesitzer, ein Weinhändler und der Inhaber eines Kolonialwarengeschäfts vom Orte beteiligt. Es heuten also Juden und arische Kolonialtagelöhner Arbeiter, die zu einem Hungerlohn ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, in gleichem Maße aus. Aber nicht nur dies, auch die jugendliche Arbeitskraft ist ihnen gut genug dazu. In dem in Betracht kommenden Betriebe waren bei Ausbruch des Streiks 38 Bildhauergehilfen und 30 Lehrlinge. Ein ähnliches Verhältnis ist bei den Drechslern. Vor zwei Jahren war es noch krasser: in zwei Betrieben 20 Gehilfen und 33 Lehrlinge. Infolge des Eingreifens des Bürgermeisters, veranlaßt durch die Leitung des Bildhauerverbandes, ist bei der Firma Wank u. Co. die Lehrlingszahl von 23 bei 5 Gehilfen auf 11 bei 13 Gehilfen reduziert worden. Es soll nochmals dagegen vorgegangen werden. In erwähnter Versammlung machte der Inhaber dieser Firma, Herr Wank, das interessante Geständnis, daß das Ansehen der in Essen und Breslau gehaltenen Reden des deutschen Kaisers in den Werkstätten auf eine Anordnung des Landrats zurückzuführen sei. (!) Referent hatte das Ansehen dieser Reden — noch dazu zu einer Zeit, wo man sich mit dem Plan einer Lohnreduzierung trug — scharf geißelt und das geflügelte Wort „der schlichte Mann in der Werkstatt“ auf seinen wahren Wert zurückgeführt. Die Stimmung der Versammlung war eine ausgezeichnete, der Beifall nach dem Schlußwort des Referenten, auf all diese Propositionen bei den kommenden Reichstagswahlen durch die Wahl eines Socialdemokraten die gebührende Antwort zu geben, ein stürmischer. Die gewerkschaftliche Bewegung in Schönlanke läßt noch viel zu wünschen übrig; nicht einmal ein Gewerkschaftsartikel ist vorhanden. In allernächster Zeit soll ein solches ins Leben gerufen werden. Der socialdemokratische Wahlverein, der erfreulicherweise besteht, wird infolge der Demonstration am Sonntag an Mitgliederzahl zunehmen.

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionshändler.

Die Tarifverhandlungen mit den Detailkonfektionären sind zum Wohlstand gekommen. Die Anerkennung der Gehilfenforderungen durch die Städtemeister scheint nach den vorliegenden Nachrichten jetzt ziemlich allgemein durchgeführt zu sein. Damit sind die Vorbedingungen für ein erfolgreiches Ende des Streiks gegeben. Es handelt sich nun nur noch darum, die Erzeugnisse zu besetzen, und wenn das, wie nicht zu bezweifeln ist, in der nächsten Zeit gelingt, dann werden sich die streikenden Schneidergelassen eines großen, ja für die ganze Konfektionsbranche vorbildlichen Sieges erfreuen können. Vorläufig wird der Streik noch fortgesetzt, denn die formalen Beschlüsse ohne die materiellen Wirkungen ihrer Einhaltung genügen selbstverständlich den Streikenden nicht. Im Streik stehen gegenwärtig nur noch etwa 600 bis 700 Gehilfen, darunter befinden sich auch noch die in der Uniformkonfektion beschäftigten Schneider, bezüglich deren es überhaupt noch nicht zu entscheidenden Verhandlungen gekommen ist. Man erwartet, daß in den nächsten Tagen alle Detailkonfektionäre ihre Unterschrift und die ehrenwörtliche Erklärung geben werden.

Der Buchbinderstreik in Göteborg ist beendet. Durch Vermittelung des Landeshauptmanns ist ein Uebereinkommen getroffen worden, das bis zum 1. Juli 1903 gilt. Die Gehilfen haben auf die geforderte Lohnerhöhung verzichtet, die Minimallohne der Arbeiterinnen und der Lehrlinge wurden dagegen bedeutend erhöht. Von den 190 Streikenden konnten 110 schon am Montag wieder in Arbeit treten, die übrigen sollen bis zum 1. April wieder eingestellt werden.

Der Streik der Konfektionshändler in Groningen ist erfolgreich beendet. Etwa 2000 Streikenden sind von ihren Forderungen nachlassen; aber für die meisten Artikel wurden die Arbeitspreise um 7 1/2 Prozent über die bisher höchsten Preise erhöht.

Versammlungen.

Der Verband der Schneider hielt am Dienstag in den Arminkassen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Ritter gab zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartal 1902. Einnahmen und Ausgaben der Centralkasse balancieren in der Summe von 6703,62 Mark. Die Einnahmen der Lokalstelle bezifferten sich auf 12.845,91 Mark, denen eine Ausgabe von 8339,83 M. gegenübersteht, es verbleibt somit ein Bestand von 9506,08 M. In Mitgliedern hat die Berliner Verbandsfiliale gegenwärtig 2725 männliche und 275 weibliche, zusammen 3000. Nach der einstimmigen Dechargeerteilung berichtete Ritter über die Jahresfähigkeit der Gewerkschaftskommission. Mit Interesse vernahm die Anwesenden die Mitteilung, daß der Parteivorstand kürzlich ein Anschreiben an die hiesige Vertretung der Centralverbände wie auch an die Lokalorganisationen gerichtet hat, um eine Einigung beider Richtungen in die Wege zu leiten. Verschwört wurde sodann, der jebigen Durchschnitthöhe der Filiale entsprechend, künftig vier Delegierte anstatt der bisherigen zwei in die Gewerkschaftskommission zu entsenden und fiel die Wahl auf Ritter, Schulz, Trappel und Fraulein Grünberg. Zu der am 8. Februar stattfindenden Konferenz der Mitgliedschneider wurden Danzig und Zeplaff als Delegierte gewählt. Ferner machte sich die Wahl von zwei Revisoren notwendig; die Mehrheit der Stimmen erzielten

Mohr für die Hauptklasse und Koblhoff für die Filiale. Als Mitglieder der Kommission für die Kostümande bestellte die Versammlung den Kollegen Mertens. Nach längerer Debatte gelangte alsdann ein Antrag der Ortsverwaltung zur Annahme, laut dessen den Mitgliedschneidern der einzelnen Branchenkommissionen für jede offizielle Sitzung eine Entschädigung von 50 Pf. zu gewährt ist.

Charlottenburg. Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielten am 29. Januar im Volkshaus ihre Generalversammlung ab. Die bisherigen Verbandsfunktionäre erstatteten die einzelnen Berichte und ergab die gesamte Neuwahl folgendes Resultat: Erster Bevollmächtigter Förster; zweiter Bevollmächtigter Koppig; erster Kassierer Heitmann; zweiter Kassierer Prill; Schriftführer Vollenhain; Revisoren Geldberg und Schuffelhauer. Delegierter für die Gewerkschaftskommission wurde Bergmann. In die Parteikommission des Volkshauses wurde Kapernick gewählt. Als Vertreter für Halensee Starke. Hiernach schilderte Förster die Verhältnisse bei dem Jahrgesamt Fride, welches das städtische Straßenabfuhrwesen seiner Zeit im Submissionsverfahren als Mindestbietender bekam. Sonntagsruhe scheinen dort böhmische Dörfer zu sein. Als an einem vergangenen Sonntag einige Kollegen diesen Betrieb besuchten, da hörten sie schon von weitem, daß in der Schmiebe gearbeitet wurde. Der Inspektor selbst erzählte seinen Kollegen, daß er sich lange gewundert habe, daß seine Kutscher noch von keinem Schupmann notiert worden seien. Er ersuchte, nur noch eine Weile zu warten, dann könnten wir sehen, wie immer ein Kutscher nach dem andern anlämt. Dann mühte noch abgeladen werden, und dann so gegen 2 Uhr begannen auch auf ein paar Stunden der Sonntag. Der Inspektor meinte auch nichts thun zu können, sondern wälzte alle Schuld auf die Charlottenburger Stadtverwaltung. Es scheint das aber nicht zu stimmen, denn der frühere Unternehmer (Wehl) ließ seine Leute während der Kirchengasse seinen Schupmann abfahren. Der Verband hat diese Angelegenheit der Polizeibehörde unterbreitet und wird diese zu befinden haben, ob die Sonntagsruhe für den Betrieb Fride auch existiert oder nicht.

Der Schmargendorfer Wahlverein nahm in seiner Generalversammlung den Bericht des Vorstehenden entgegen. Nach demselben wurde im 4. Quartal die öffentliche Agitation durch eine Flugblattverteilung und eine öffentliche Versammlung gefördert. Der Massenbericht wurde wegen Behinderung des Kassierers verlagert und Genosse Red als Kassierer neugewählt. Gewählt wurden als Bezirksführer Wille, Weide, Red, Kaminski, Biecher, Lärm, und als Obmann der Lokalkommission Radly. Am Sonntag, den 15. d. M., abends, soll eine öffentliche Versammlung mit Frauen stattfinden zur Förderung der Genossenschaftsbestrebungen. Aufgefordert wurde noch zur strikten Beachtung der Lokalfiliale, damit durch die behördliche Konzessionsverweigerung für zwei Versammlungslokale der Arbeiter nicht das Versammlungsrecht am Orte während der Reichstagswahlperiode verloren geht. Das einzige freie Verkehrslokal ist das Volkshaus Schmargendorf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Geschäftsordnung des österreichischen Parlaments.

Wien, 4. Februar. (B. T. V.) Abgeordnetenhause. Das Haus geht hierauf zur Tagesordnung, Verhandlung über die auf Abänderung der Geschäftsordnung abzielenden Anträge, über. Sämtliche Antragsteller betonen, sie hätten keinerlei politische Hintergedanken; die Anträge richteten sich gegen keine Partei, sie bezweckten lediglich die Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. In der Debatte beteiligten sich Redner verschiedener Parteirichtungen; sämtliche, ausgenommen der radikal-republikanische Abgeordnete Jazovska, welcher gegen die Aenderung der gegenwärtigen Geschäftsordnung sich ausspricht, erkennen die Notwendigkeit einer Aenderung der Geschäftsordnung an, wobei die Vertreter der Italiener, Rumänen und Socialdemokraten den Vorbehalt machen, daß sie sich gegen jede Einschränkung der Redefreiheit zur Wehr setzen würden. Auch Abg. Verschatta im Namen der deutschen Volkspartei, sowie Abg. Groß im Namen der deutschen Fortschrittspartei heben hervor, daß die Aenderung nicht dazu benutzt werden dürfe, die Minorität vollständig rechtlos oder mundtot zu machen. Die meisten Redner treten für Mittel zur Vermeidung von unwilliger Obstruktion sowie für die Erweiterung der Disziplinarergreifung des Präsidenten ein. Der christlich-socialdemokratische Cattaui warnt vor dem Verbot fremdsprachlicher Reden, wodurch die unzufolge Sprachenfrage mit der Abänderung der Geschäftsordnung in Verbindung gebracht werden würde. Abg. Fro macht die Mitwirkung der albanischen Partei an der Reform der Geschäftsordnung von der Festsetzung der deutschen Sprache als Geschäftssprache des Hauses abhängig. Sodann wird die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag.

Auslandsnachrichten aus Spanien.

Madrid, 4. Februar. (B. T. V.) Die Besitzer von Transportfuhrgeschäften haben, um gegen die Munizipalabgaben zu protestieren, ihre Tätigkeit eingestellt. Die gesamte Transportindustrie leidet. Die Haltung der Auslandsigen ist friedlich.

Barcelona, 4. Februar. (B. T. V.) Die Arbeiter der Städte Monistrol, Manresa und Solera haben sich zusammen mit den Arbeitern der umliegenden Ortsgaeten dem in Reus ausgebrochenen Ausstand angeschlossen. Die Arbeiter in Barcelona erklärten es für notwendig, für nächsten Montag die allgemeine Arbeitseinstellung zu beschließen.

Marokko.

Frankfurt a. M., 4. Februar. (B. T. V.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Tanger erscheint die Gefangennahme Du Hamars jetzt als erwiesen. Vespasiano Führer übten Verrat. Die Rebellen versuchten Du Hamara zu befreien; sie brachten den Truppen des Sultans einen Verlust von 1000 Mann bei, erreichten jedoch ihren Zweck nicht, da das Gros des Sultansheeres den Gefangenen in die Mitte nahm und in rasendem Galopp nach Fez zu ritt.

Venezuela.

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. Februar telegraphisch: Castros Siegesberichte sind irreführend, da in Caracas amtliche Vorbereitungen für eine Belagerung getroffen werden. Die Revolutionäre haben schon fast alle Nachzugszüge abgeschnitten.

Schiffsunfälle.

Paris, 4. Februar. (B. T. V.) Der Marineminister erhielt ein Telegramm, welches über Unfälle berichtet, die den beiden Torpedojägern „Espingole“ und „Gallebarde“ in der Nähe des Cap Lardier zugefallen sind. „Espingole“ ist vollständig gesunken, „Gallebarde“ befindet sich in schwächerer Lage. Man hofft „Espingole“ mit den abgegangenen Hilfsmitteln noch zu bergen, zumal wenn das Wetter gut bleibt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu befürchten.

Kiel, 4. Februar. (B. T. V.) Heute ist von einem Neubau an der Ecke von der Lantstraße und Königsweg die hintere Hälfte eingeleitet. Nach den vorläufigen Feststellungen ist niemand zu Schaden gekommen. Die Arbeiten an dem Neubau sind eingestellt, da man ein weiteres Nachstürzen der Baumassen fürchtet.

Brüssel, 4. Februar. (B. T. V.) Das Schöffengericht von Brabant verurteilte Vandermeylen, den Urheber des Bombenattentats gegen die Wohnung des katholischen Abgeordneten Carton de Wiart, zu zehn Jahren Zuchthaus; gegen den Mitthäuflichen Cammaerts wird ein neues Verfahren eingeleitet.

New York, 4. Februar. (B. T. V.) Seit gestern nach herrscht hier ein heftiger Schneesturm, der sich in der Richtung nach Osten fortbewegt. Die Verbindung mit Chicago ist unterbrochen.

Reichstag.

250. Sitzung. Mittwoch, den 4. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers wird fortgesetzt in Verbindung mit dem Antrag Barth (fr. Sp.) auf Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Die Ankündigung der Aufhebung des § 2 des sogenannten Jesuitengesetzes hat uns nicht überrascht. Unsere Stellung dazu ergibt sich daraus, daß die Mehrheit meiner Freunde stets dem Antrage des Grafen Bülow-Sturum zugestimmt hat, der diese Aufhebung will. — Zur Abänderung des Wahlreglements habe ich mich bereits bei der ersten Lesung geäußert. Man hat den Ausdruck „Klostergeist“ geschmacklos gefunden. Ich meine, die Abfassung, daß der Wähler sich zur Ausübung seines vornehmsten Rechts in einen Isolierraum zurückziehen muß, ist auch wenig geschmackvoll. Entsetzt sind wir nicht gerade über diese Neuregelung gewesen, nur etwas erstaunt, weil wir uns an das nil admirari noch nicht genug gewöhnt haben. Wir wissen nicht, was die Stellung der Regierung innerhalb eines Jahres so verändert hat. Graf Posadowsky sprach von der Erfüllung einer sittlichen Pflicht. Ich weiß nicht, warum die Regierung erst im Laufe des Jahres 1902 sich dieser sittlichen Pflicht so bewußt geworden ist, daß sie am Ende einer Legislaturperiode mit dieser Veränderung kommt. Grundtätig haben wir gegen eine Sicherung des Wahlgeheimnisses nichts einzuwenden. Es fragt sich nur, ob der vorgezeichnete Weg gangbar ist. Wünschenswert wäre es, wenn der Herr Reichskanzler etwas Näheres über die Neuregelung sagen würde, damit wir nicht auf allerlei unkontrollierbare Meinungen angewiesen sind, die wir durch das Sprachrohr des Herrn August Scherl erfahren. — Eng damit zusammen hängt der Antrag Barth auf Neueinteilung der Wahlkreise. Ich habe mich gewundert, daß der Antrag nicht die Unterschrift des Herrn Richter trägt. Herr Richter hat sich auch nicht dazu geäußert, das wird jedenfalls heute Herr Wiener nachholen. (Heiterkeit.) Vom Standpunkt der Herren von der Linken ist der Antrag ja durchaus konsequent. Wenn es eine fittliche Pflicht ist, das Wahlgeheimnis so zu sichern, wie es möglich ist, so können die Herren mit einer beinahe unansehnlichen Logik sagen, es ist ebenso fittliche Pflicht, die gleiche Wahl dadurch zu sichern, daß jede Stimme im Deutschen Reich möglichst daselbe Gewicht hat. Aber auch gegen diesen Antrag sprechen durchschlagende Gründe der Zweckmäßigkeit. Wenn irgendwo so paßt hier das Wort Bismarcks: quies non movere. Wenn wir die Änderungen jetzt vornehmen, so müssen wir sie mindestens nach jeder Volkszählung wiederholen und kommen aus der Unruhe nicht heraus. Uebrigens muß ich sagen, wenn die jehhafte, bodenständige Bevölkerung wirklich bei den Wahlen ein etwas größeres Gewicht bekommen sollte, als die kultivierende großstädtische, die sich in den Industriezentren zusammengedrängt, so würde das mindestens kein Fehler sein. Deshalb lehnen meine politischen Freunde den Antrag Barth zur Zeit vollkommen ab. Mein Standpunkt zur Diätenfrage ist bekannt. Ein Teil meiner Freunde erklärt sich mit mir für Diäten. Ich würde es auch nicht für richtig halten, dieselben mit Kompensationen irgend welcher Art in Zusammenhang zu bringen. Nach meiner Ansicht folgt übrigens aus dem allgemeinen Wahlrecht logisch auch die Diätengewährung. Ich glaube übrigens, daß der Herr Reichskanzler seinen zustimmenden Standpunkt zur Diätenfrage nicht so offen ausgesprochen hätte, wenn er nicht die Hoffnung hätte, den Bundesrat nächstens auf seine Seite zu bringen. Redner wünscht weiter vom Reichskanzler Auskunft, wie es mit der Statistik über die Herkunft der Rekruten steht. In seinen Schlussworten hat Herr Barth darüber gesagt, daß die schugöllnerische Justizial liberal erregt würden und meinte, wir hätten damit angefangen. Wie kam Herr Barth das sagen, nachdem wir den MacKinley- und den Dingley-Tarif erlebt haben. Es ist gesagt worden, daß, wenn der Rolltarif geachtet wäre, die verbündeten Regierungen wohl oder übel mit dem alten Tarif hätten arbeiten müssen. Nachdem der russische und österreichische Rolltarif veröffentlicht ist, ist es sonnenklar, daß die Regierung mit dem alten Tarif keine Handelsverträge zu Stande gebracht hätte.

Abg. Dr. Barth schloß sodann mit einem Loblied auf die Caprivischen Handelsverträge, sie hätten sich ein Jahrzehnt lang gut bewährt. Gewiß, für den Großhandel haben sie sich gut bewährt! Haben sie sich aber auch für Industrie und Handwerk gut bewährt? Und Herr Präside, haben sie sich gut bewährt in Bezug auf die Landwirtschaft? (Abgeordneter Präside: Ja!) Nun, Ihrem Urteil steht das Urteil von Tausenden und Aberlausenden von Landwirten gegenüber. Der frühere Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein-Boitzen, auf dessen Autorität die Herren vom Freisinn viel gegeben haben, hat gesagt: „Nur über die Leihen der Landwirtschaft könne eine Erneuerung der Caprivischen Handelspolitik stattfinden.“ (Sehr richtig! rechts.) Wenn die nächsten Handelsverträge das Gegenteil der Caprivischen Handelspolitik bedeuten würden, dann würde ich der erste sein, der gegenüber dem Reichskanzler ein pater peccavi in optima forma bekennen würde, der sagen würde, mein Mißtrauen war unbegründet, und ich würde den Gehalt noch viel lieber bewilligen als ich es heute schon tue. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann-Hall (libd. Sp.):

Die Weltpolitik hat uns Deutsche in Marineausgaben gestützt, wie sie bis jetzt noch kein zweites Volk aufzubringen hatte. Bei den letzten Untersuchungen der deutschen Marine ist das Völkerrecht oft nur mangelhaft beachtet worden. Die Friedenspolitik darf nicht nur in Worten verfaßt sein, sie muß endlich auch in die That umgesetzt werden. Entstehende Zwistigkeiten müssen dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden. Redner geht auf die Geschichte der Abrüstungsbestrebungen ein und beurteilt den Militarismus als im Widerspruch stehend mit der christlichen Liebeslehre. Der Krieg ist ein erbarmungsloses, schwebelndes Ungeheuer. Man sollte alles daran setzen, daß Recht und Gerechtigkeit an die Stelle dieses Ungeheures treten! Trotzdem giebt es Lobredner des Krieges. Weil alle Länder zum Kriege rüsten, sollen auch wir zum Kriege rüsten! Man sagt, der Krieg sei ein Mittel zur Erziehung der Völker und gegen Erschlaffung. Das ist aber ein völliger Irrtum. Leider findet die Friedensidee gerade bei hohen katholischen Geistlichen oft keine Unterstützung. Der Krieg ist niemals Selbstzweck gewesen, sondern immer nur das Mittel, um irgend einen bestimmten Zweck zu erreichen. Wir müssen zunächst dahin streben, daß der Krieg als ein Verbrechen anerkannt wird. Ja, noch mehr, er ist nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Wahnsinn! Sogar Molke hat gesagt, auch ein glücklicher Krieg ist ein nationales Unglück. Man darf doch nicht den Krieg predigen und lehren, damit Einzelne die Möglichkeit haben, sich den Geldentzug zu geben! Bündet man etwa ein Haus an, damit die Feuerwehrgesellschaft habe, ihre Tätigkeit beim Löschen zu erproben? Nüchtern man Armut, nur um Darmherzlichkeit üben zu können? Verbreitet man Pest- oder Cholerabazillen, damit die Kunst der Ärzte sich erweisen könne? (Heiterkeit rechts.) Sind etwa die Schwitzer, Holländer und Belgier gekommen, weil sie als neutrale Staaten keine Kriege zu führen haben? Weder für Sieger noch für Besiegte hat der Krieg je Vorteile gebracht. Der

Krieg erzeugt Unfittlichkeit, Unordnung, wildes Jagen nach Gewinn — kurz jeden moralischen Niedergang. Der Krieg ist nach göttlichem und menschlichem Recht verboten. Krieg und Kultur sind Gegensätze. Der Krieg bringt Mazzias, Brandschattungen, Eroberungen, um hohen Tribut zu machen! Man muß den Krieg töten und vernichten, um den Frieden an seine Stelle zu setzen. (Große Heiterkeit.)

Präs. Graf Vellestem: Mein Herr Abgeordneter, ich kann ja nicht leugnen, daß die Fragen der Abrüstung und in Verbindung damit die Frage des Krieges und des Haager Schiedsgerichts zum Ressort des Reichskanzlers gehören. Ich möchte Sie aber doch bitten, Ihren Vortrag vielleicht etwas abzukürzen und die Zeit des Hauses nicht gar zu lange in Anspruch zu nehmen.

Abg. Hoffmann-Hall (fortfahrend):

Herr Präsident, ich habe hier noch ein paar ganz interessante Stücke. (Stürmische Heiterkeit.) Sie lachen meine Herren! (Erneute Heiterkeit.) Damit Sie nicht mehr lachen (Schallende Heiterkeit), will ich Ihnen nur mitteilen, was alles darinnen enthalten ist. (Erneute schallende Heiterkeit.) Redner giebt eine kurze Uebersicht seines Materials. Herr Präsident, ich würde mich freuen, wenn Sie auch einmal dieses Material, das ich so schön vorbereitet habe (Stürmische Heiterkeit), einsehen möchten. (Erneute Heiterkeit.)

Ich komme jetzt auf ein anderes Gebiet. Ich schloß vorhin mit den Worten: „Ich habe den Krieg getötet und habe ihn vernichtet und will den Frieden an seine Stelle setzen.“ Hoffentlich werden trotz der Unterbrechung diese Worte eine gewisse Wirkung ausüben. (Große Heiterkeit.) Ich komme auf ein Gebiet, das Ihnen jedenfalls sympathischer klingen wird, und bitte den Herrn Präsidenten, sich doch noch einige Minuten zu gedulden (Große Heiterkeit); er kann sich darauf verlassen, daß ich keine acht Stunden rede und keine Obstruktion treiben werde. (Große Heiterkeit.) Die schönsten Schilderungen des ewigen Friedens finden sich schon in der Bibel und diese Idee ist niemals ganz verschwunden. In der neueren Zeit bricht sich der Gedanke wieder Bahn. Ich erinnere nur an den Weisen von Königsberg. Wie hat Kant die Friedensidee behandelt. (Große Unruhe.) Es scheint, daß ich Ihnen über Kant und seine Friedensidee doch noch etwas vorzutragen muß. (Heiterkeit und Unruhe.) Redner verbreitet sich des weiteren über Kants Stellung zum ewigen Frieden. Nach einiger Zeit macht Redner eine längere Pause. Vicepräsident Graf Stolberg erhebt sich, greift an die Glocke und scheidet den Redner unterbrechen zu wollen. Endlich fährt Redner fort: Im Mittelalter — (Schallende Heiterkeit und große Unruhe.) Redner verbreitet sich über die Geschichte der Schiedsgerichte. Seit der Monarchie des absolutistischen Reiches Aufstand, der Jar Nicolau, sich an die Spitze der Friedensbewegung gestellt hat, weht ein anderer Wind. Ich habe mir die Mühe gegeben, auch sämtliche Äußerungen Kaiser Wilhelms II. über die Friedensfrage zusammenzustellen. Es sind ungefähr 28. (Große Unruhe.) Ich werde sie Ihnen nicht alle vorlesen. (Heiterkeit.)

Vicepräsident Graf Stolberg: Ich möchte den Herrn Redner doch bitten, sich kürzer zu fassen.

Abg. Hoffmann-Hall (fortfahrend):

Da der Herr Präsident mich in dem Augenblicke unterbricht, in dem ich die Reden Kaiser Wilhelms zur Friedensidee vortragen will, was doch sicher nicht zum Schaden seines Ansehens gewesen wäre, so werde ich dieses ganze Kapitel zur Seite legen und zum 6. Paket übergehen. (Große Heiterkeit.) Die Reden empfehle ich den Herren zum Selbststudium. (Erneute Heiterkeit.)

Die Diplomatie bestand früher im Verschweigen der Wahrheit. Der Meister dieser alten Schule war Talleyrand. Heute führt nur noch die größte Offenheit zum Ziele. Das gilt auch für die deutsche Diplomatie, der gegenüber ein Kompliment eine Großthat wäre. Die Freunde der Kriegsidee berufen sich auf den Patriotismus. Warum soll ein deutscher Patriotismus nicht ein europäischer Patriotismus sein? Ein Berliner wird sich in Paris, Mailand, Rom, oder wo er sonst hingehen will (Große Heiterkeit rechts), viel wohler fühlen als in irgend einer deutschen Kleinstadt. (Heiterkeit.) Was hindert uns daran, das Sympathiegefühl, das wir für unsere Bundesgenossen, die Desterreicher und Italiener haben, auch auszudehnen auf die Franzosen und Russen? Patriotisch mag die Selbstherrlichkeit des eignen Staates scheinen, aber diesen schönen patriotischen Eigenshaften gegenüber steht der Chauvinismus, der nur das eigne Land liebt und alle andern haßt und verachtet. Die Chauvinisten stehen auf der tiefsten Stufe der Kultur. Als Redner hierauf einige neue Pakete seines Materials vornimmt, ertönt im Hause von neuem schallende Heiterkeit. Redner fährt fort: Auch der Präsident hat Urteile, die Meinung zu bekommen, daß Sie das, was ich vortragen will und was doch thatsächlich schade wäre, wenn ich es nicht vorträge (Stürmische Heiterkeit), interessiert. Uebrigens werde ich um so schneller fertig, je weniger Sie lachen. (Heiterkeit.) Ich muß jetzt eine kleine Einschubung machen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Vicepräsident Graf Stolberg: Sie haben zweifellos das Recht, über das Haager Schiedsgericht zu sprechen. Ich möchte Sie aber doch bitten, diese historischen Rückblicke nicht zu weit auszudehnen.

Abg. Hoffmann-Hall (fortfahrend):

Dies Thema läßt sich natürlich nicht kurz erledigen. (Heiterkeit.) Ich habe monatelang das Material studiert und zusammengestellt und werde hier nur das Wichtigste vorbringen. Humanitätsbestrebungen im Kriege haben kein Resultat gezeitigt, weil man die Kriege nicht humanisieren kann. Im Haager Schiedsgericht ist endlich ein Anfang gemacht worden zur Befestigung der Regeln des Völkerrechts. Es wäre sehr schön gewesen, wenn Deutschland in der Venezuela-Angelegenheit mit gutem Beispiel vorangegangen und diese Frage an das Haager Schiedsgericht überwiesen hätte. (Sehr richtig! links.) — Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Die Idee der friedlichen Verständigung der Völker bereitet sich langsam vor, aber sie wird plöylich in die Erscheinung treten. (Bravo! links.)

Abg. Gräber (L.):

Auf die Ausführungen des Herrn Vorredners werde ich nicht eingehen, sie waren trotz des reichen Materials kaum geeignet, eine weitere Debatte herbeizuführen.

Der Herr Abg. v. Bollmar meinte gestern, die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes hätte keine praktische Bedeutung, da in den letzten Jahren keine Ausweisungen mehr vorgekommen seien. Da befindet er sich im Irrtum. Redner führt eine Anzahl von Fällen an, in denen Jesuiten in den letzten Jahren ausgewiesen wurden. In einem Falle wurde einem Jesuitenpater verboten sich „unter freiem Himmel“ sowohl während des Tages als während der Nacht in Deutschland aufzuhalten. Herr v. Bollmar hat sich auf die grundsätzliche Haltung der Sozialdemokratie zu Ausnahmefällen berufen. Diese Haltung ist doch nicht überall die gleiche. Sie ist eine andre da, wo die Sozialdemokratie in der Wehrheit und da, wo sie in der Wehrheit ist. Sehen Sie doch hinüber nach Frankreich. Während Sie sonst hier sagen, Religion ist Privatsache, das Kultusbudget muß aufgehoben werden, verweigern die Sozialisten dort die Aufhebung des Konkordats, um die Kirche noch mehr verewaltigen zu können. Hier führen Sie mit Recht Beschwerde darüber, daß den Polen der Gebrauch der Muttersprache beeinträchtigt wird, in Frankreich treten Ihre Parteigenossen dafür ein, daß die bretonische Sprache im Religionsunterricht verboten wird. (Hört!

Hört! im Centrum.) Herr v. Bollmar meinte, die nicht böllige Verfestigung des Jesuitengesetzes bedeute für uns ein gutes Agitationsmittel. Und auch bei anderen Parteien spielt das Jesuitengesetz eine gewisse Rolle bei der Agitation. Besonders von der demokratischen Partei in Württemberg sind mir solche Fälle bekannt. Die Jesuitenämnelei ist jetzt so groß geworden, daß sie etwas ganz Krankhaftes hat und bei Gelegenheiten erscheint, wo es geradezu vollendeter Wahnwitz ist. Hat man doch im sonst hellen Sachsen (Heiterkeit links) Gespensster zu sehen geglaubt, wo wirklich nicht an solche zu denken war, und ich bin Herrn Dertel sehr dankbar, daß er in seinem Blatt einige kräftige Worte darüber geschrieben hat. Herr Gasse stand ja auf einem andren Standpunkt. Er hat nicht zu den Sachsen gehört. (Hufe links: In den hellen! Große Heiterkeit.) Aber Sie greifen mir ja vor. Ich wollte sagen, er hat nicht zu den Sachsen gehört, die nicht an der Jesuitenangst beteiligt waren. (Heiterkeit.) Als ein Mitglied der alldeutschen Bewegung möchte er es geradezu begrüßen, wenn im Jesuitenorden gute deutsche Männer mitarbeiten für das Wohl des Volkes und für die Wissenschaft.

Die Vorlage zur Durchführung des Wahlgeheimnisses begrüßen wir mit Freuden. Der Einwand Dr. Dertels, daß man eine solche Vorlage „am Ende einer belasteten Legislaturperiode“ nicht gut erledigen könne, ist wohl nur ein Vorwand für die Abneigung der Konservativen gegen diese Neuerung. (Sehr richtig! links.) In Baden und Württemberg hat sich bei den Landtagswahlen das System der Isolierzimmer durchaus bewährt. Daß die Neuerung notwendig ist, darüber bedarf es für den keiner Worte, der die Berichte der Wahlprüfungs-Kommission seit einer Reihe von Jahren verfolgt hat. Ich habe hier zwei Original-Stimmzettel aus den Akten der Wahlprüfungs-Kommission; sie stammen aus demselben Wahlkreise. Redner zeigt dem Hause die beiden Zettel vor. Der eine hat etwa die Größe einer Jehuflannigmarke (Heiterkeit), der andre hat etwa Quartformat. Es giebt ganz abnorme Formen, Farben und Größen. Auch die Zusammenfassung der Zettel ist oft ganz kompliziert. (Redner hebt Zettel verschiedener Formate empor.) Dieser Zettel hier hat etwa die Gestalt einer Wilschömmähe. Manche Wahlvorschläge verlangten, daß die Zettel mit hoch erhabener Hand übergeben werden sollten. In dem Wunsche nach einer besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses sollten doch alle Parteien einig sein. (Beifällige Zustimmung links und im Centrum.) Es ist notwendig die Einführung von Wahlconverts in Verbindung mit Isolierzimmern. Ohne letztere bieten die Wahlconverts nur erhöhte Gefahren. (Sehr richtig! im Centrum.) Es brauchen diese Räume ja nicht abgetrennte Zimmer zu sein; im Notfall genügt irgend eine Vorrichtung, die ein ungeschicktes Einstecken der Zettel in das Couvert ermöglicht. Auch über die Gestalt der Stimmzettel selbst müssen besondere Vorschriften erlassen werden. Den Wählern muß gestattet werden, das geschlossene Couvert selbst in die Urne fallen zu lassen. Die Zeit der Abstimmung muß etwas verlängert werden.

Der Antrag auf Abänderung der Wahlkreise ist schon zwei Mal, 1882 und 1885, vom Reichstag abgelehnt worden. Im Wahlgesetz ist nur die Rede von der Zahl der Abgeordneten, die jeder einzelne Bundesstaat zu stellen hat. Die Antragsteller wollen nicht eine Vermehrung der Abgeordneten, sondern eine Verneuerung der auf den einzelnen Abgeordneten entfallenden Durchschnittszahl der Wähler. Das bedeutet aber für eine große Zahl von Wahlkreisen eine Schmälerung ihres Wahlrechts. Von der mathematischen Schablone, die Dr. Barth durch seinen Antrag in das Gesetz einführen möchte, weiß das Wahlgesetz selbst nichts. Abg. Dr. Windthorst hat früher auf den gleichen Antrag erklärt: „Ich wünsche nur zu sagen, daß meine politischen Freunde zur Zeit dem Antrage nicht beistimmen können.“ (Abg. Dr. Barth ruft: Zur Zeit!) Das sagen wir auch heute! (Große Heiterkeit.) Dr. Windthorst begründete damals, vor 21 Jahren, seinen Widerspruch mit dem Hinweis auf die vorzüglichen Zeiten. Wollen Sie (nach links) behaupten, daß jetzt ruhigere Zeiten eingetreten sind? Nur aus agitatorischen Gründen bringen Sie jetzt, kurz vor Schluß der Legislaturperiode, diesen Antrag wiederum ein. (Beifälliger Widerspruch links.)

Was die Diätenfrage anlangt, so hoffe ich, daß Dr. Dertel seine Zustimmung zu der Gewährung von Diäten namens einer möglichst großen Zahl seiner konservativen Freunde ausgesprochen hat. Das Wort, daß die Arbeiter den „schlichten Mann aus der Werkstat“ in den Reichstag entsenden sollten, klingt fast wie ein Dohn, wenn die Gewährung von Diäten nicht beabsichtigt war. Ohne Diäten sind wir stets der Rücksichtslosigkeit eines jeden Mitgliedbes ausgelegt, das aus Eigenwilligkeit die Auszahlung des Hauses bei irgend einer Gelegenheit beantragt. Wir verlangen Diäten ohne irgendwelche Kompensationen im Wahlgesetz. Darüber wollen meine Freunde keinen Zweifel lassen. Ein wirklich allgemeines Wahlrecht liegt mir vor, wenn alle Kreise des Reiches gleichmäßig Gelegenheit haben, vertreten zu sein. Fürst Bismarck — er ist nicht im Hause anwesend — (Heiterkeit) fehlt sehr oft, aber wie er sagte, immer entschuldigt. (Heiterkeit.) Daraus kommt es wenig an; die Hauptsache ist, daß man sich an den Arbeiten des Hauses beteiligt. Sollen wir denn immer auf dem Standpunkt bleiben, der bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes als der richtigste galt? Uebrigens verlangt man Fortbildung in Kunst und Wissenschaft, nenerdings selbst bei der Religion, bloß bei den Diäten soll es beim alten bleiben. Jede Zeit aber hat ihre besonderen Bedürfnisse, nicht durch einen Schachzug vor 30 Jahren dürfen wir uns bestimmen lassen, sondern die Gegenwart verlangt ihr Recht. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Daß mein Parteigenosse Richter den Antrag Barth nicht unterschrieben hat — Herr Dertel wunderte sich darüber —, liegt einfach daran, daß er bei der Unterschriftensammlung im Hause nicht anwesend war. Wir unterschreiben selbstverständlich alle diesen Antrag, der einer Forderung unseres Programms entspricht. Das Wort des Herrn Gräber „zur Zeit“ könnte man dem berühmten „seiner Zeit“ bei der Kanalvorlage zur Seite stellen. Wann ist denn die Zeit für die Herren vom Centrum gekommen, etwa nach 10, 20 Jahren? Herr Gräber schloß sehr richtig: „Die gegenwärtigen Bedürfnisse müssen entscheiden.“ Das Wort paßt aber auch gerade für den Antrag Barth. (Sehr richtig! links.) Sein Fraktionsgenosse Dr. Spahn hat erst vor kurzem betont, schon aus Achtung vor der Verfassung könne man sich auf die Dauer der Neueinteilung der Wahlkreise nicht entziehen. (Hört! hört!) Parteiführer dürfen bei dieser Frage keine Rolle spielen, sondern lediglich die Frage des Rechts. (Sehr richtig! links.) Daß nach dem Wahlgesetz Nichtig genommen werden muß auf die steigende Bevölkerungszahl, ist zweifellos. Herr Dr. Dertel hatte sehr recht, daß die Regierung nach ihrer Stellung zur Sicherung des geheimen Wahlrechts mit logischer Konsequenz auch für unseren Antrag eintreten müsse, auch seine Durchführung ist eine fittliche Pflicht. — Was die Abänderung des Wahlreglements anbetrifft, so unterlasse ich die Anregung auf bestimmte Vorschriften über Gewicht und Größe der Wahlzettel. Selbstverständlich muß das Betreten des Isolierzimmers obligatorisch sein. Nach einem Artikel der „Kreuz-Zeitung“ scheint es so, als ob hinter den Kulissen dahin gewirkt werden soll, daß der Isolierraum zwar vorgeschrieben wird, aber das Betreten desselben jedem freistehen soll. Dann hätte die ganze Einrichtung natürlich gar keinen Wert. (Sehr wahr! links.) Ich hoffe, daß die Regierung sich durch solche Quereibereien nicht beeinträchtigen lassen wird. — Herr Dertel hat die Handelspolitik des Herrn Reichskanzlers so scharf verurteilt, daß ich mich wundere, daß er ihn noch das

Gesamt bewilligt. Für die Agitation des Bundes der Landwirte im Lande ist der Ausspruch des Reichsrats v. Wangenheim bezeichnend: Lieber einen Socialdemokraten als einen Freisinnigen. Wir acceptieren das, daß wir von Ihrem Standpunkt aus als das größere Uebel gelten. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Angesichts solcher Meinungen dürfen Sie sich aber nicht sonst immer als Vorläufer gegen den Unfrieden aussprechen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung hat jedenfalls alle Ursache, solche Freunde nicht noch zu protegieren. (Beifall links.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 5¹/₂ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung. Mittwoch, den 4. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Poddieleski.

Die zweite Beratung des Gesüts-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

Ich habe in meiner ersten Rede vermieden, auf Einzelheiten des Trakehner Prozesses einzugehen. Der Minister und Herr v. Oldenburg haben sich diese Beschränkung nicht auferlegt. Der Minister ist in seiner wohl vorbereiteten Rede auf Dinge eingegangen, die ich gar nicht erwähnt hatte. Es war das für mich ein Beweis dafür, daß man von Seiten der Regierung eifrig bestrebt ist, den ungünstigen Eindruck der Trakehner Vorgänge bei der Bevölkerung zu verwischen. Der Minister sprach von einer „Irrführung der öffentlichen Meinung.“ Ich bestreite nicht, daß eine solche Irrführung in anderen Fällen vorgekommen ist, z. B. bei den Septennatwahlen und den begleitenden Nebenumständen. Im Falle Trakehnen ist die öffentliche Meinung nicht irreführt worden, sondern sie ist erregt worden durch die nackte Darstellung der Trakehner Vorgänge. Diese Erregung ist ein erfreuliches Zeichen des Rechtsbewußtseins und der Wertschätzung der Volksschule in unserm Volke. Der Herr Minister und Herr v. Oldenburg haben durchaus unzutreffende Darstellungen der Ursachen des Prozesses gegeben. (Sehr richtig! links.) Herr v. Poddieleski hat gegen Dr. Paalzow schwere Vorwürfe erhoben, die ich auf das Lebhafteste bedauere. Dr. Paalzow kam sich hier nicht verteidigen. Auch die Darstellung des Herrn v. Oldenburg war unrichtig. Die Verweigerung der Führen war nur eine Begleiterscheinung, nicht die Ursache des Prozesses. Herr v. Oldenburg suchte die Lehrer als die Schuldigen hinzustellen. Schon in der alten Fabel sagte ja der Wolf zu dem Schafe, das er freisen wollte: „Du hast mir das Wasser getrübt!“ (Sehr gut! links.) Die ganze Schale seines Hornes hat Abg. v. Oldenburg ergossen auf den Lehrer Ridel in Trakehnen. Er hat unter dem Schutze der Immunität schwere Beschuldigungen gegen den Lehrer Ridel erhoben. Hoffentlich wiederholt Herr v. Oldenburg diese Beschuldigungen ansehnlich des Hauses, damit Ridel den Beweis erbringen kann, daß die Beschuldigungen un wahr sind. Die ganze deutsche Lehrerschaft dankt Herrn Ridel für sein tapferes Vorgehen! (Beifall links, große Unruhe rechts.) Herr Ridel soll die Zeitschriften mit Material versorgt haben. Ob es in den Kämpfen um die Kanalvorlage nicht auch Beamte, Landräte, die die ihnen nahestehenden Zeitungen mit Material versehen haben? Herr v. Oldenburg warf dem Lehrer Ridel vor, daß er den Vorn zu einer solchen Aussage habe verleiten wollen. Ich habe mich telegraphisch an Ridel gewandt, der unter seinem Eide bestreitet, daß diese Darstellung auf Wahrheit beruhe. Ridel giebt unter Versicherung auf mehrere Zeugen eine ausführliche Darstellung der betreffenden Vorgänge. Kebrings ist Vorn in dem Prozeß durch den Verdacht der Untreue nicht unerheblich belästigt. Wie kommt denn Herr von Oldenburg in den Besitz des amtlichen Protokolls? (Hört! hört! links.) Nur durch einen Mißbrauch der Amtsgewalt kann er in den Besitz dieses Protokolls gekommen sein. Sollten in Trakehnen auch in dieser Beziehung besondere Grundzüge herrschen? Herr von Oldenburg sprach immer von den „Trakehner Akten.“ Aber es war ja das Handexemplar des Herrn von Dettingen, auf das sich Herr von Oldenburg berief. Herr von Dettingen ist ja extra nach Berlin gekommen zu diesen Verhandlungen, und von der Diplomatenloge aus schaute er zu, wie Abg. v. Oldenburg nach seinen Grundzügen hier seine Verteidigung führte. (Gr. Unruhe und Gelächter rechts — Landstallmeister v. Dettingen wohnt in der Diplomatenloge der Verhandlung bei.) Unberichtigte Ansprüche der Lehrer werde ich nie verteidigen, aber der Kampf ums Recht, Herr v. Oldenburg, ist die Poesie des Charakters! (Höhnisches, anhaltendes Gelächter rechts.) Ich wünsche wahrhaftig keinem Lehrer einen Schulpatron wie Herrn v. Dettingen oder wie Herrn v. Oldenburg selbst. Diese Lehrer müssen Hunger leiden, wenn sie den Mut haben, ihre Rechte und das Interesse der Schule wahrzunehmen. (Lautes Gelächter rechts.) Hier zeigt sich, in welcher Weise die durch Besitz bezogenen Klassen ihre Macht ausüben.

Was die Gewährung von Führtwert anbetrifft, so sagte Herr v. Poddieleski, man werde den Lehrern einfach das Beneficium entziehen. Nun, dieser Mißbrauch ist der Minister wohl entbunden, denn, sobald ich gehört habe, ist von der Stellung von Führtwert für die Trakehner Lehrer nicht mehr die Rede. Es ist aber durch Gerichtsentscheidungen festgestellt, daß die Lehrer für dienstliche Reisen Führtwert zu verlangen haben. Diese Ansprüche beruhen auf einem voll begründeten Wohnheitsrecht.

Der Herr Minister war so liebenswürdig, uns Bilder der Trakehner Schulgebäude zu übermitteln. Wir würden ihm noch viel dankbarer sein, wenn er uns als Gegenstücke die Bilder der Pferdeställe gezeigt hätte. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Ein Stall für 70 Hengste kostete 120 000 M., ein Gebäude für 70 Schüler nur 20 000 M. (Lebhafte Hört! hört! links.) Herr v. Oldenburg hat behauptet, es sei in dem Prozeß viel gelogen worden. Diese Behauptung ist in keiner Weise bewiesen worden. In dem Prozeß haben die Lehrer und Arbeiter ihre Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben. (Zustimmung links.) Der Minister sagte, er habe sich dem Prozeß gegenüber neutral verhalten. In einer so wichtigen Angelegenheit kann der Minister aber nicht neutral sein, er muß klar Stellung nehmen. (Sehr richtig! links.) Es darf nicht allein der Bericht des Herrn v. Dettingen maßgebend sein, sondern es müssen auch andre Stellen gehört werden, wenn man wirklich Gerechtigkeit üben will.

Das durfte der Herr Minister auf keinen Fall dulden, daß Herr v. Dettingen die Zeugen wegen ihrer Aussagen später zur Rede stellt. Das ist eine unästhetische That, das ist Korruption! (Gr. Unruhe rechts.) Herr v. Dettingen geht aus dem ganzen Prozeß schwer belastet hervor; ich erwarte, daß eine nach beiden Seiten unparteiische Untersuchung vorgenommen wird. Es handelt sich hier darum, ob der Glaube an die Gerechtigkeit in Preußen erschüttert werden soll oder nicht. (Lebhafte Beifall links.)

Landwirtschaftsminister v. Poddieleski:

Ich stehe der ganzen Sache völlig objektiv gegenüber, da der Prozeß in eine Zeit fällt, als ich noch nicht Landwirtschaftsminister war. Ich habe mich bemüht, die Vorgänge völlig objektiv zu beurteilen und sie nicht etwa durch die Brille des dortigen Herrn Landstallmeisters zu sehen. Ich habe ja auch zu meiner persönlichen Information einen Dezymenten meines Ministeriums nach Trakehnen entsandt. Man weist hier immer zwei Sachen durcheinander. In dem Bericht von 1897 wird angegeben, daß die Schulen in Trakehnen nicht mehr ausreichenden Raum boten, um den Kindern ordentlichen Unterricht zu geben, ein Zustand, der ebenso häufig in städtischen Verwaltungen eintritt wie auf dem Lande. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits heißt es in dem Bericht, daß sich die Häuser der sogenannten Scharwerler, der Arbeiter und Gehilfen in einem wenig erfreulichen Zustande befunden hätten. Diese beiden Sachen werden immer durcheinander geworfen. Bei den Schulen handelte es sich nicht um den schlechten Zustand der Gebäude, sondern nur um den ungenügenden Raum. Nachdem jetzt neue Schulen gebaut sind, ist anzureichender Raum vorhanden. Es ist jetzt, mit Ausnahme von Mattischlehen, wo die neue Schule erst am 1. April bezogen wird, überreicher Raum vorhanden. Weiter

sagen die Herren, es seien hohe Summen für Pferdeställe und nur geringe Summen für Schulen und Arbeiterhäuser ausgegeben worden. Es wurden damals zugefordert von der Besitzverwaltung für die genannten Bauten einschließlich der Pferdeställe usw. 1 500 000 M. Davon sind allein für Familienhäuser 772 000 M. ausgegeben; dazu kommen noch die Schulen usw. Also nicht: wenig Geld für Schulen und Arbeiterwohnungen, und viel für Pferdeställe, sondern gerade umgekehrt.

Davon, daß den Lehrern Wagen gewährt werden müssen, steht nichts in ihrer Statuten, und diese allein ist maßgebend. Hier sind doch viele ländliche Vertreter — stellen denn unsere ländlichen Gemeinden den Lehrern Wagen? (Rufe rechts: Nein!) — also die betreffenden Lehrer müssen sich selbst Wagen besorgen. So lange die Lehrer Angestellte des Gesüts sind, haben sie zweifellos das gleiche Recht, wie die Gesütsbeamten. Ich bin sofort mit der preussischen Unterrichtsverwaltung wegen der Umwandlung der Gesütschulen in öffentliche Volksschulen in Verbindung getreten, um diese Frage zu erwägen, zur Zeit ist sie aber meines Erachtens noch nicht spruchreif.

So lange das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, glaube ich, hat die Verwaltung alle Ursache, sich jeder Äußerung zu enthalten. Auch ob ich gegen den Lehrer Ridel vorgehen werde, kann ich jetzt nicht sagen. Zweifellos wäre es das Beste, wenn es möglich wäre, diesen Lehrer Ridel an einer andern Stelle zu verwenden. Dort könnte er dann zeigen, ob er der streitsüchtige Charakter ist, für den er ausgegeben wird, oder nicht.

Präsident v. Kröcher:

Schon während der Rede des Herrn Kopsch hatte ich den Eindruck, daß ich eingreifen mußte. Ich thue das sehr ungern. Nach dem vorliegenden Stenogramm hat Herr Kopsch von etwas, das Herr v. Dettingen gethan hat, gesagt: Das ist eine unästhetische That, das ist Korruption. Darin liegt eine Beleidigung. — Herr Abg. Kopsch, ich rufe Sie dafür zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. v. Loebl (l.):

Herr Kopsch behauptete, er habe sich neulich sehr zurückhaltend geäußert. Davon haben wir nichts gemerkt, er hat vielmehr Herrn v. Dettingen aufs Schwerste angegriffen. Er hat sich allerdings wohl gehalten, Details zu geben, um die schweren Beschuldigungen, die in der Presse gegen Herrn v. Dettingen erhoben waren, zu beweisen. Nach der Bekanntmachung des Urteils konnten diese Beschuldigungen nicht mehr aufrecht erhalten werden, und Herr Kopsch hätte die Pflicht gehabt zu erklären: Wir haben uns geirrt. (Sehr richtig! rechts; lebhafter Widerspruch links.) Der Lehrer Ridel, den Herr Kopsch so warm verteidigt hat, war der erste, der den Anlaß zu einer direkten Gehorsamsverweigerung der Lehrer durch Nichtbeachtung der Unlaubbefragung gab. Die Lehrerschaft hätte allen Anlaß, einen solchen Mann von ihren Hochschätzen abzuschütteln. Es ist zweifellos, daß der Lehrer Ridel es ist, der dem Herrn Abg. Kopsch das Material geliefert hat. Sollte das nicht der Fall sein, so möchte ich Herrn Kopsch doch erfragen, um seinen Gewächtsinn zu neunen, denn es ist für die übrigen Lehrer ein bedrückendes Gefühl, vor dem Lande als Demagogen dazustehen. Herr Kopsch hat den hochinteressanten und poetischen Ausdruck gebraucht: „Der Kampf ums Recht ist die Poesie des Charakters.“ (Große Heiterkeit rechts.) Ich glaube, Herr Kopsch hätte diesen schönen Ausdruck lieber unterlassen sollen. (Sehr richtig! rechts.) Ich danke für einen solchen Charakter. Ob es angemessen war, daß Herr Kopsch behauptete, die Lehrer müßten hungern, wenn sie ihr Recht nicht wahrnahmen, überlasse ich dem Urteil dieses ganzen Hauses. (Sehr gut! rechts.) Redner verliest gegenüber den Ausführungen des Abg. Kopsch mehrere Stellen aus der Urteils-Begründung des Prozesses. Alle Behauptungen Riddels sind als wahrheitswidrig nachgewiesen worden. Herr von Dettingen geht schuldlos aus diesem Prozeß hervor — das wird in der Urteils-Begründung wiederholt ausgesprochen. (Hört! hört! rechts.) Es ist tief bedauerlich, daß wir jetzt im „Zeitalter der Fälsche“ leben. (Sehr gut! rechts.) Jeder unbedeutende Fall wird von der Presse, in Broschüren, Reden sensationell aufgebauht und zu einer unerhörten Angelegenheit gemacht. Wer sich über alle diese Fälle etwa nur aus der socialdemokratischen Presse orientierte, müßte glauben, daß bei uns wirklich unerhörte Zustände bestehen. Wenn wir uns überzeugt hätten, daß thatsächlich Entfremdungen von Lehrern vorliegen, so würde keiner von uns dieser Sache das Wort reden! (Sehr gut! rechts.) Da wir uns aber vom Gegenteil überzeugt haben, so ist es unsere Pflicht, einen Ehrenmann, der von seinen Vorgesetzten hochgeschätzt wird und sich um die preussische Pferdezucht große Verdienste erworben hat, gegen ungerechtfertigte Beleidigungen und Verleumdungen energisch in Schutz zu nehmen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Herr Kopsch hat sich wiederholt auf die „öffentliche Meinung“ berufen. Soweit sind wir aber noch nicht, daß wir bereits einen Volks-Arsenal der öffentlichen Meinung hätten, vor dem über alles Gute und Böse abgeteilt wird. Wenn diese öffentliche Meinung ungetriebene und unbedachte Äußerungen großer Volkstheile wären, so ließe sich darüber reden. Aber wie wird denn die öffentliche Meinung gemacht? Jemand ein Agitator, ein guter Redner, ein gewandter Zeitungsschreiber macht die öffentliche Meinung! Wir können glücklich sein, daß wir in Preußen noch ein machtvolles Königtum, einen hervorragenden Beamtenstand und einen über alles Lob erhabenen Richterstand haben. Das sind die geordneten Vertreter des Volksbewußtseins, die wir anerkennen, nicht aber die sogenannte „öffentliche Meinung.“ Was würde aus unsrer Geschichte geworden sein, wenn der große Kurfürst, Friedrich der Große und der große Kaiser Wilhelm sich immer nach der öffentlichen Meinung gerichtet hätten. Hätten Freiherr von Hardenberg oder Stein oder Fürst Bismarck immer erst die öffentliche Meinung fragen sollen, ehe sie sich zu einer That entschlossen? Wohin das führt, das können Sie an Frankreich sehen. Dort ist die öffentliche Meinung in der That ein Machtfaktor, und sie führt dazu, daß einem und demselben Manne heute „Hofmann!“ und morgen „Kreuziger ihn!“ zugerufen wird. Heute ist er der Held des Volkes, morgen ein Volksverräter!

Abg. Kopsch tabelte es als unerhört, daß der Lehrer Ridel zur Kaiser-Geburtsstagsfeier nicht eingeladen sei. Ridel gehörte der in Trakehnen bestehenden „Reserve“ von Lehrern und Beamten an. Nachdem nun Ridel in einem offiziellen Schreiben an den Lokal-Schulinspektor fast alle Beamten des Gesüts in der größten Weise der Unterschlagung bezichtigt hatte, wünschten die übrigen Mitglieder der Reserve mit diesem Manne nicht mehr zusammen zu sein. (Hört! hört! rechts.) und Lehrer Ridel wurde aus der Reserve ausgeschlossen. (Bravo! rechts.) Auf Grund dieses Vorfalles hat Abg. Kopsch einen schweren Vorwurf gegen den Landstallmeister gerichtet! Eine Verberung der jetzigen Trakehner Schulverhältnisse wünschen auch wir. Wir werden deshalb dafür stimmen, daß der Antrag des Abg. Febr. v. Jeditz, die Trakehner Gesütschulen in öffentliche Volksschulen umzuwandeln, an die Unterrichts-Kommission übertragen werde. Die tendenziöse Prosküre des Lehrers Rosin giebt eine durchaus eigenartige Zusammenstellung des Materials. Man sollte sich die Zuwendung derartigen Materials überhaupt verbitten! (Lebhafte Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar stellt gegenüber dem Abg. Kopsch fest, daß der Kandidat Gihert nicht auf Grund seiner Aussage im Trakehner Prozeß, sondern auf seinen Antrag wegen Krankheit am 1. April 1901 pensioniert worden sei.

Abg. Arendt-Labian (l.) schließt sich den Ausführungen der Abg. v. Oldenburg und v. Loebl an und erklärt, daß Herr v. Dettingen dem Stande der Lehrer in keiner Weise feindlich gegenüberstehe.

Abg. Febr. v. Jeditz (st.)

will auf die Einzelheiten des Trakehner Prozesses nicht eingehen. Es stehe da Behauptung gegen Behauptung und ein klares Bild lasse sich nicht gewinnen, wer der Hauptschuldige ist. Klar sei das eine daß in Trakehnen die Verhältnisse zwischen dem Landstallmeister und den Lehrern ganz unästhetisch sind. Herr von Dettingen mag die Absicht zu skandalisieren nicht gehabt haben, die Lehrer fühlten sich aber skandalisiert. Die Schuld an den Mißlichkeiten liegt weniger an den Personen als an den Einrichtungen, an der Unterstellung der

Lehrer unter die Besitzverwaltung. Die Aufsicht muß auch über die Trakehner Lehrer bei der Schulbehörde liegen. (Sehr richtig! links.) Die Besitzverwaltung muß ungleiche Beamtenkategorien gleich behandeln, und das geht nicht. Die Besitzverwaltung hat den Befähigungsnachweis für die Behandlung der Lehrer nicht erbracht. (Sehr richtig! links.) Angesichts des Aufsehens, den der Fall gemacht hat, ist eine baldige Loslösung der Lehrer von der Besitzverwaltung nötig. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag, die Besitzschulen in öffentliche Volksschulen umzuwandeln, der Unterrichts-Kommission zu überweisen. Principiell besteht wohl über den Inhalt des Antrages keine Meinungsverschiedenheit. (Beifall.)

Abg. Dittrich (l.):

Die Zustände in Trakehnen sind keine idealen. Ein klares Bild wird sich erst gewinnen lassen, wenn die zweite Instanz gesprochen hat. Die Ursache der Mißstände liegt in der Organisation. Es bestehen Unklarheiten über Rechte und Pflichten der Lehrer. Der Antrag v. Jeditz ist sehr angebracht. Er wird in der Unterrichts-Kommission eingehend geprüft werden. Bedenken stehen dem Antrage wegen der Naturalien entgegen, die die Landlehrer in Ostpreußen bekommen. Auch Führtwert müßte ihnen in gewissen Grenzen gewährt werden. Das alles muß in Ruhe überlegt werden. Wir hoffen aber zu einem gangbaren Wege zu gelangen.

Abg. Stargewallner (l.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Es ist wohl in Trakehnen auf beiden Seiten geküßt worden. Hierwießen scheint mir, daß Ridel wirklich die Äußerung gethan hat, die Gesütsbeamten hätten dem Staat Hunderttausende unterschlagen. (Auf rechts: Das ist erwiesen.) Das glaube ich nicht, denn sonst hätte eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden müssen. Die Lehrer haben sich zweifellos auch um Dinge gekümmert, die sie nichts angehen. Ich denke nur an den Saviolen. Die Organisation ist nur an den ganzen Mißlichkeiten schuld. Die landwirtschaftliche Verwaltung ist aber nicht allein schuld, sondern auch die Unterrichtsverwaltung. Es ist hier kein Kommissar des Kultusministers anwesend, der uns genaue Auskunft hätte geben können über die Möglichkeit der Ausführung des Antrages Jeditz. Der Minister hat bei seiner ersten Erwiderung sehr drumrum geredet und viele wichtigen Dinge unbeantwortet gelassen, namentlich die Behauptungen des Herrn Kopsch über nachträgliche Maßregelungen, die doch sehr zu mißbilligen wären. Die öffentliche Meinung ist hier nicht irreführt worden, sie hatte an den Prozeßverhandlungen eine genügende Unterlage. Dem Antrag Jeditz stimmen wir zu, gegen eine Kommissionsberatung haben wir nichts einzuwenden. (Beifall.)

Minister v. Poddieleski

verweist auf das Stenogramm seiner ersten Rede, wo er die vier vom Abg. Kopsch behaupteten Maßregelungen behandelt habe. Ein Disziplinarverfahren habe er bis jetzt nur wegen des schwebenden Prozesses gegen Ridel nicht eingeleitet. Die Behauptung der Veruntreuung ist thatsächlich gegen die Gesütsbeamten von Ridel, und zwar schriftlich erhoben worden. Man solle die Sache ruhen lassen, bis das Urteil rechtskräftig ist. Er werde mit fester Hand durchgreifen gegen Beamte wie gegen die Lehrer. Der Unterricht hat bisher nicht gelitten, es handelt sich um Mißlichkeiten zwischen Lehrern und Verwaltung. Ich erkläre aber nochmals, Herrn v. Dettingen hat es fern gelegen, die Lehrer absichtlich zu skandalisieren.

Abg. v. Oldenburg-Januschau (l.)

volemisiert gegen den Abg. Kopsch. Zu seinen Angriffen gegen Ridel sei er genötigt gewesen infolge der Angriffe des Abg. Kopsch auf Herrn v. Dettingen. Ich überlasse es dem Hause zu urteilen, ob meine Angriffe scharfer waren als die des Herrn Kopsch. Redner geht noch einmal auf die Einzelheiten ein, behauptet, er habe ganz objektiv geurteilt, sich das Material von Herrn v. Dettingen verschafft, aber auch selbst die Verhältnisse in Trakehnen studiert. Von einem hervorragenden Freisinnigen aus Ostpreußen haben er ein Zustimmungsschreiben erhalten. Er habe sehr viel Verständnis und Wohlwollen für die Lehrer. Wenn er einmal gestorben sei, wünsche er, daß neben dem Pfarrer der Lehrer und die Schulkinder hinter dem Sarge hergehen. Den kochrigen Verbrennungsofen schenke ich Ihnen! (Heiterkeit.) Wenn zu mir ein Lehrer käme und sagte mir, der Rektor Kopsch skandalisiert mich, bringen Sie doch das im Abgeordnetenhaus zur Sprache, da würde ich ihm sagen: Halten Sie erst den Instanzenzug ein. Wenn er dann aber sagte: Der Kopsch veruntreut Gelder, er benutzt Schreibpapier zu andern Zwecken (Stänische Heiterkeit), dann würde ich ihm sagen: Machen Sie die Thür von dranhin zu. (Lebhafte Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der beiden konserverativen Parteien abgelehnt.

Abg. Borster (st.) bepricht die Entwicklung der Pferdezucht.

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

Er habe erst die Sache Riddels geküßt, nach dem dieser den Instanzenzug erschöpft hatte. Nach der Darstellung des Herrn v. Oldenburg steht jetzt fest, daß ihm Herr v. Dettingen amtliches Material ausgeliefert hat, wozu er als Beamter nicht berechtigt war. Redner geht noch einmal auf die nach dem Prozeß erfolgten Maßregelungen ein und hält seine Behauptungen aufrecht. Seitens der Redner der Rechten sei die Angelegenheit zur Parteiliche gestempelt worden. Erfreulich sei es, daß einmütig im Hause anerkannt sei, die Schuld an den Mißlichkeiten liege an der unsicheren Rechtslage der Lehrer in Trakehnen.

Nach unwesentlicher weiterer Diskussion wird die Debatte geschlossen. Der Antrag v. Jeditz wird der Unterrichts-Kommission überwiesen.

Der Rest des Gesüts-Etats wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Der Etat der Seehandlung wird debattelos genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Etat des Ministeriums des Innern).

Schluß 4 Uhr.

Brenzische Staatsretterei.

Wegen Beleidigung von Beamten des Berliner Polizeipräsidiums stand gestern der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“, Schloffer Gust. Gladaich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors L a d a m a n n. Die Anklage vertrat Staatsanwalt K a n z o w, die Verteidigung führte Rechtsanwält Victor F r a n k l. Inkriminiert war ein Artikel in Nr. 40 der Zeitung unter der Ueberschrift „Spigelei“. Es wird darin behauptet, daß „Beamte des Berliner Polizeipräsidiums, Abteilung VII, Ressort der Anarchistenüberwachung, spigeln“. Es heißt in dem Artikel unter anderem: „Solange „Neues Leben“ besteht, hat es ständig unter Verpögelung gestanden. Wir wissen auch sehr gut, daß die „Iden und großen Herren“ über die Personen, die nach der Expedition kamen, Erkundigungen bei den andern Mietern einzuziehen versuchten. Zum zweitenmal mußten wir jetzt mit den Expeditionräumen wechseln. Zum zweitenmal wurde uns der Beiseid des Hauswirts, daß er gegen die Personen die am „Neuen Leben“ beschäftigt sind, nichts einzuwenden hätte, aber die auf-fällige Belästigung von Seiten der Polizei, die die andern Mieter geradezu aus dem Hause graulen, veranlaßt den Hauswirt, uns die Räumlichkeiten zu kündigen. So ging es uns in der Dresdenerstraße und jetzt in der Halberstraße.“ Der Artikel erzählt dann, daß am 25. September die „Dreißigkeit der Polizei“ soweit gegangen sei, daß sie bis auf den Hof des Grundstücks gekommen seien, um von dort aus zu spionieren, und es wird dazu gesagt: „Die Spigelei, wie sie von Berliner königlich preussischen Polizeibeamten am Donnerstag betrieben wurde, müssen wir als ebenso un-verächtliche als freche Belästigung bezeichnen.“ — Der Polizeipräsident

hat darauf Strafantrag wegen schwerer Beleidigung der mit der Oberverwaltung des Landes betrauten Polizeibeamten gestellt. — Der Angeklagte behauptete die Wahrheit der in dem Artikel mitgeteilten Thatsachen. Er nenne Spitzeln, wenn jemand unter angeblich harmlosen oder verdächtigen Motiven sich irgendwo einschleicht, dort spioniert und seine Entdeckungen den Behörden mitteilt. Am 25. September habe ihn der Wachtmeister Friedl auf dem Hausflur des Hauses direkt gefragt, ob denn die andern aus der Expedition schon heraus seien; dies habe er für eine ungeheuerliche Dreistigkeit des Wachtmeisters gehalten, der ihn offenbar habe provozieren wollen. Es sei an jenem Tage ein solches Aufgebot von Polizeibeamten vor dem Hause gewesen, daß die Hausbewohner sagten: „Da sind ja mehr „Geheime“, als Leute, die sie kriegen wollen.“ Er selbst sei vielfach von oberverwaltenden Polizeibeamten belästigt worden, habe infolgedessen zwei Arbeitsstellen verloren, ihm sei die Wohnung gekündigt worden. — Der Zeuge Wachtmeister Friedl hat am 25. September die beiden Beamten, die die Expedition in der Raumnachfrage zu observieren hatten, kontrolliert. Er bestreitet entschieden, den Angeklagten in der von diesem behaupteten Weise im Hausflur befragt zu haben. Bei der Observation kam es hauptsächlich darauf an, die Verbreitung des „Neuen Lebens“ und den Druck der Zeitung festzustellen. Mit der Observation seien lediglich die Kriminalbeamten Drostowski und Schneider betraut gewesen. Drostowski bestätigt dies. Auf Anfrage des Verteidigers giebt er zu, daß er im November v. J. einen ihm als Anarchisten bekannten Mann Namens Klose gefragt habe, ob er nicht mit ihm in Verbindung treten wolle. — Der Hausbesitzer Großmann, in dessen Hause früher die Druckerei des Landes war, bezeugt, daß er gekündigt habe, weil es ihm lästig war, so oft des Donnerstags Kriminalbeamte das Haus observierten. — Bei dem Hausbesitzer Matthias ist die Expedition des „Neuen Lebens“ ein Jahr lang gewesen. Auch er hat gekündigt, weil es ihm unangenehm war, daß Donnerstags mehrere Kriminalbeamte das Haus observierten. Manchmal seien acht bis zehn Männer in der Kasse gewesen, die er für Kriminalbeamte hielt. — Major Jacob aus Johannisthal, ein Genosse des Angeklagten, bestätigt, daß der Hauswirt Matthias sich über das Observieren durch

Kriminalbeamte wiederholt beklagt habe. Er selbst, der Zeuge, sei einmal, als er einen Freund aus Magdeburg abgeholt hatte, von Kriminalbeamten, die ihn auf Schritt und Tritt folgten, arg belästigt worden. Schließlich sei der Magdeburger auch ohne weiteres festgenommen, bald aber darauf wieder entlassen worden. — Der Metallarbeiter Paul Pawlowitsch, der in der Expedition des „Neuen Lebens“ am 25. September beschäftigt war, bekundet, daß die verdächtigsten Expeditionssokale fortgesetzt von Nachbarn aus und auf allen möglichen Schleiswegen beobachtet worden seien. Die Drangsalierungen der Expedition des „Neuen Lebens“ seien schließlich auch dem Hauswirt Matthias zu viel gewesen. Am 25. September sei auch ein solches Aufgebot von Beamten in der Nähe des Hauses gewesen, wie man ihm gesagt habe. Er selbst habe nur den Schutzmann Drostowski gesehen, der noch etwas ironisch recht freundlich grüßte. Die Herren seien zu ihm überhaupt manchmal sehr freundlich und rufen ihn im Vorbeigehen seinen Vornamen „Paul“ zu. Der Wachtmeister Friedl habe ihn sogar einmal durch seinen Hauswirt grüßen lassen. Er nehme an, daß durch solche Sachen der Glaube erweckt werden sollte, daß er mit der Polizei in Verbindung stehe. — Die Arbeiterfrau Schmidt war eine Zeit lang Logiswirtin des Angeklagten; sie bekennt, daß Kriminalbeamte zu ihr gekommen seien und sich nach Gladbach erkundigt habe. Letzterer wohnte jetzt bei einem Genossen in der Mathewerstraße. — Nach Schluß der Vernehmung führte Staatsanwalt Kaupowitz aus, daß der Artikel schwere Beleidigungen gegen die Polizeibeamten enthalte. Diese handelten in einem berechtigten höheren Auftrage, sie verfahren sach-, recht- und pflichtgemäß und die Behauptung des Angeklagten, daß er persönlich durch den Wachtmeister Friedl geteilt worden sei, habe sich als unwahr erwiesen. Der Staatsanwalt beantragt 4 Monate Gefängnis und Verhaftung des Angeklagten, denn den Anarchisten müsse klar gemacht werden, daß sie nicht das Recht haben, die Institutionen des Staates in der von ihnen beliebigen Art herabzusetzen. — Rechtsanwält Victor Frankl hat dagegen, lediglich den vorliegenden Artikel abzuwehren. Er bitte zu bedenken, daß die Herausgabe der Wochenchrift „Neues Leben“ keine ungesetzliche und strafbare Handlung sei und daß Leute, die, ohne etwas

Strafbares zu begehen, fortgesetzt in arger Weise durch die Polizei belästigt und zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert werden, schließlich darüber enttäuscht sein müssen. Der Woll müsse sich dadurch steigern, wenn die Leute, wie es im Falle Klose geschehen, sehen, daß ein Polizeibeamter sich an einen Anarchisten herannähert, um ihn zu bewegen, seine Gesinnung zu verkaufen und zum ehrlosen Verräter zu werden. Der Angeklagte verdiene eine erheblich mildere Beurteilung, als der Staatsanwalt beantragt habe. — Der Gerichtshof hielt eine bewußte Ehrenkränkung der Berufsbeamten der Polizeiorgane, die die Anarchistenbewegung zu beobachten haben, für vorliegend. Die Vernehmung sei nicht (!) zu Gunsten des Angeklagten zu verwerfen. Die Beamten hätten ganz korrekt und nicht belästigend gehandelt, die Polizei würde ihre Pflicht verlesen, wenn sie eine Bewegung, die den Umsturz alles Bestehenden zum Ziele hat, nicht sorgfältig beobachtet. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und die üblichen Nebenstrafen. Von einer Verhaftung wurde abgesehen.

Briefkasten der Redaktion.

M. J. In den Gemeindeschulen beträgt das Anfangsgehalt der Lehrer bei einwöchiger Anstellung sowie bei fester Anstellung in den ersten vier Dienstjahren 1392 M., bei fester Anstellung vom fünften Dienstjahre ab 1848 M.; der wissenschaftlichen Lehrpersonen 1432 M.; der Fachlehrern 1200 M.; das Gehalt der Lehrer vom 22. Dienstjahre ab 4248 M.; der wissenschaftlichen Lehrpersonen vom 25. Dienstjahre ab 2732 M.; der Fachlehrern vom 22. Dienstjahre ab 1920 M. Kreisentschädigung ist überall einbezogen. — Unter 2732 Lehrern befinden sich 58 einwöchige, also nicht definitiv angestellte Lehrer.

Juristischer Teil.

Utscher. Jeder Mensch ist verpflichtet, sofern er dazu im Stande ist, seine Eltern lebenslänglich zu alimentieren. — R. 7. 20. Dagegen läßt sich nichts thun. — G. 8. 20. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 12. 21. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 2. 22. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 23. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 24. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 25. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 26. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 27. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 28. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 29. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 30. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 31. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 32. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 33. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 34. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 35. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 36. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 37. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 38. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 39. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 40. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 41. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 42. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 43. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 44. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 45. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 46. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 47. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 48. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 49. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 50. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 51. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 52. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 53. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 54. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 55. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 56. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 57. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 58. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 59. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 60. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 61. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 62. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 63. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 64. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 65. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 66. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 67. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 68. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 69. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 70. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 71. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 72. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 73. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 74. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 75. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 76. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 77. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 78. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 79. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 80. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 81. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 82. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 83. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 84. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 85. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 86. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 87. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 88. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 89. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 90. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 91. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 92. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 93. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 94. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 95. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 96. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 97. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 98. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 99. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 101. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 102. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 103. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 104. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 105. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 106. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 107. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 108. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 109. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 110. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 111. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 112. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 113. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 114. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 115. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 116. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 117. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 118. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 119. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 120. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 121. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 122. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 123. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 124. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 125. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 126. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 127. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 128. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 129. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 130. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 131. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 132. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 133. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 134. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 135. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 136. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 137. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 138. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 139. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 140. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 141. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 142. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 143. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 144. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 145. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 146. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 147. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 148. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 149. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 150. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 151. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 152. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 153. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 154. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 155. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 156. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 157. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 158. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 159. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 160. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 161. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 162. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 163. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 164. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 165. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 166. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 167. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 168. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 169. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 170. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 171. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 172. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 173. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 174. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 175. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 176. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 177. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 178. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 179. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 180. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 181. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 182. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 183. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 184. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 185. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 186. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 187. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 188. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 189. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 190. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 191. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 192. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 193. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 194. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 195. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 196. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 197. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 198. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 199. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 200. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 201. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 202. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 203. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 204. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 205. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 206. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 207. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 208. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 209. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 210. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 211. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 212. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 213. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 214. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 215. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 216. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 217. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 218. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 219. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 220. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 221. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 222. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 223. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 224. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 225. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 226. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 227. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 228. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 229. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 230. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 231. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 232. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 233. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 234. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 235. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 236. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 237. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 238. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 239. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 240. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 241. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 242. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 243. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 244. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 245. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 246. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 247. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 248. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 249. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 250. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 251. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 252. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 253. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 254. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 255. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 256. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 257. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 258. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 259. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 260. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 261. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 262. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 263. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 264. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 265. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 266. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 267. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 268. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 269. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 270. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 271. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 272. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 273. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 274. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 275. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 276. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 277. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 278. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 279. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 280. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 281. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 282. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 283. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 284. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 285. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 286. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 287. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 288. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 289. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 290. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 291. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 292. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 293. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 294. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 295. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 296. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 297. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 298. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 299. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 300. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 301. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 302. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 303. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 304. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 305. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 306. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 307. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 308. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 309. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 310. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 311. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 312. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 313. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 314. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 315. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 316. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 317. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 318. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 319. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 320. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 321. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 322. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 323. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 324. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 325. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 326. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 327. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 328. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 329. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 330. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 331. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 332. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 333. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 334. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 335. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 336. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 337. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 338. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 339. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 340. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 341. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 342. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 343. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 344. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 345. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 346. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 347. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 348. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 349. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 350. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 351. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 352. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 353. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 354. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 355. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 356. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 357. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 358. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 359. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 360. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 361. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 362. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 363. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 364. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 365. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 366. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 367. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 368. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 369. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 370. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 371. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 372. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 373. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 374. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 375. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 376. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 377. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 378. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 379. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 380. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 381. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 382. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 383. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 384. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 385. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 386. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 387. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 388. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 389. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 390. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 391. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 392. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 393. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 394. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 395. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 396. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 397. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 398. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 399. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 400. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 401. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 402. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 403. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 404. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 405. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 406. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 407. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 408. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 409. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 410. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 411. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 412. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 413. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 414. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 415. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 416. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 417. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 418. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 419. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 420. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 421. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 422. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 423. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 424. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 425. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 426. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 427. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 428. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 429. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 430. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 431. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 432. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 433. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 434. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 435. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 436. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 437. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 438. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 439. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 440. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 441. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 442. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 443. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 444. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 445. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 446. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 447. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 448. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 449. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 450. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 451. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 452. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 453. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 454. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 455. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 456. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 457. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 458. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 459. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 460. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 461. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 462. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 463. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 464. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 465. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 466. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 467. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 468. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 469. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 470. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 471. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 472. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 473. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 474. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 475. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 476. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 477. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 478. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 479. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 480. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 481. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 482. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 483. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 484. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 485. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 486. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 487. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 488. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 489. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 490. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 491. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 492. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 493. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 494. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 495. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 496. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 497. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 498. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 499. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 500. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 501. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 502. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 503. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 504. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 505. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 506. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 507. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 508. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 509. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 510. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 511. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 512. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 513. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 514. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 515. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 516. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 517. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 518. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 519. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 520. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 521. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 522. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 523. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 524. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6. 525. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 6

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. Nr. 29 Hamburg).

Sonntag, den 8. Februar 1903, vormittags 10 Uhr

Zwei große Mitglieder-Versammlungen

bei Keller, Koppenstrasse 29 (grosser Saal). Germania-Säle, Chausseestrasse 103.

Tages-Ordnung:

Wie stellen sich die Mitglieder zur Einführung der Kranken-Unterstützung im Metallarbeiter-Verbande und was für Nachteile haben unsere Mitglieder bei einer eventuellen Einführung zu erwarten?

Mitgliedsbuch legitimiert. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht.

Zu diesen Versammlungen sind die Befürworter der Einführung der Kranken-Unterstützung im Verbande, die Kollegen Cohen, Busch und Wiefenthal, hierdurch eingeladen.

Die Ortsverwaltungen Berlins und Umgegend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, den 5. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:

Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung mit sämtlichen Bezirksleitungen und Kommissionen.

In den Räumen von Nitz, Warschauerstr. 74, und Brieschke, Gutfenestr. 29, sowie im Cigarngeschäft von Busse, Mariendorfer, Gutfenestr. 68, sind neue Jubiläen errichtet.

Des Weiteren möchten wir bezüglich der Bibliothek nochmals folgendes betonen: Sonnabend und Montag nachmittags ist die Bibliothek geschlossen. Dienstag und Freitag ist die Bibliothek bis abends 9 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 8. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater. 7./8. Abteilung. L'intruse. Der Kammerjäger. Litteratur.	Lessing-Theater. 1. Abteilung. Dämmerung. Schauspiel in 5 Akten von Ernst Kosmer.
--	---

Die Bühnenhefte No. 6 u. 7 sind in den Zahlstellen erhältlich. Der Theaterzettel wird im Theater unentgeltlich verabfolgt.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Männer-Vortrag

Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, prof. Naturheilkundiger Grundmann erklärt an Lichtbildern die neue Therapie, chronische Gonorrhoe und Syphilis. Der Vortrag ist für Männer sehr wichtig. Eintritt und Broschüre 20 Pf. Naturärztliche Sprechstunden 11-2, 6-8, Sonntags 10-12. Kurort Rönningerstr. 72.

1902^{er} Legehühner
echte Hühner, fleischige Eierleger, liefern franco jeder Bahnstation, garant. leb. Ankunft, 1 Stamm, 13 Stück mit Gahr, 21 R. (Farbe nach Wahl). Schneller, Myslowitz No. 17, O.-S. 60/1

Dr. med. Schaper
Homöop. Arzt u. Spez. Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

Märkischer Hof, Admiralstrasse 18c.

Empfehle meine Säle, 150-500 Personen fassend, und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Der große Saal ist Sonnabend, den 21. u. 28. März frei und unter sonstigen Bedingungen zu vergeben.

Jeden Sonntag: Großer Ball!
bei gut besetztem Orchester. Anfang 8 Uhr.

Gönig! Unerschöpfliche, Deutsche Blumenkorn, best. Qualität, versch. die 10 Pfundboxe zu 7,00 R., 5 Pf. 4,30 R. franco. Garant. Rücknahme.

E. Reil, Nordloh, Bahnhof
Königsgrätzstr. 20.

Orts-Krankenkasse

der **Cigarrenmacher, Sortierer** und deren gewerbliche Hilfsarbeiter.

Ausserordentliche General-Versammlung
am Freitag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstrasse 188, in Rümanss Festsaal.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Bureaubeamten.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand. 19915

Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Berlin und Stralau

Bock-Bier

Victoria-Lagerbier (halb hell) | Victoria-Tafelbier (ganz hell)
Victoria-Saazer-Bräu | Victoria-Exportbier

ganz leicht nach Pilsener Art, sehr aromatisch schmeckend. dunkles Gebräu nach Münchener Art, besonders malzereich.

Ostern und Pfingsten

ist mein Lokal mit Garten noch an Vereine zu Festlichkeiten zu vergeben.

Buss' Salon,
Große Frankfurterstr. 85.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Rehabilitation, billige Miete, umhändelbar für 1200 Mark zu verkaufen. 700 Mark erwerblich. Erlangen, Tübingen, Kleine Androssstrasse 6.

Grüntraumgeschäft mit Stoffe billig, Handreinigung, Bogenstrasse 30. 175*

Grüntraumgeschäft, neu operiert, verkauft Friedrichsbergerstrasse 14. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 197*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Bekleidungs aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zubehören von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstrasse 141, Ecke Friedrichstrasse. *

Vorjährige elegante Herren-Anzüge aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Beckendorfs Germania, Unter den Linden 21, II. 14908*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Westen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstrasse 16, Haupt-Kaufhaus.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 05 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Compagnie, Kaiserstrasse 25A, früher Bernauerstrasse 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichgeschäft Brunn, Dörfelstr. Markt 4, Bahnhof Berlin. 11915*

Teppiche, Winterpaletots, Betten, Anzüge, Steppdecken, Gardinen, Böden, Remontierarbeiten, Kostümhüte, sportlich, Reiterstrasse 6. Teppichgeschäft gefaltet.

Pianino, Revox, Standuhr, Beschloßelien, Spiegel, Stühle, Kaminöfen, sportlich, Reiterstrasse 6. 5716*

Klavier, 65/60, Eisenbau, Garantie, Schein, "Sovaris" - Refer. Rabatt. Turmstrasse 7, parterre. 18756*

Möbelschneide, Brandlente, neue Spindeln 21,00, Bekleidungen mit Wastragen 35,00, Spiegel, Truemeau, Sofa, verschiedenes Ausbühnung, Schenkensaal, Reiche, Reiche, reelle Arbeit. Bekannt billig. Darnow, Dresdenstrasse 124. Nur Keller, kein Laden. 14908*

Pianino, gut erhalten, sofort verlässig, Reiterstrasse 120, I. 5710*

Anfängerhölzer, Möbel-Total-Verkauf zu namengebigen Preisen. Große, Reiterstrasse 120, am Gartenplatz. 14928*

Krankenzubehör für Zimmer und Straße, künstlich und selbstweise in allen Preislagen. Kopp, Gutfenestr. 95. 12817*

Teppiche mit Farbenlehren, feinst, niedrige Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 197*

Fahrräder, erste Qualität, liefert die Berliner Einkaufs-Gesellschaft zu billigen Preisen. Schwandorfer, Reiterstrasse 118, 119, 120.

Zirkelmaschinen, auch Teppichmaschinen. Verebert, Engel-Ufer 20.

Nähmaschinen! Ringstift, Adler, Central-Bohlin, Orion (Rotations-Bohlin), Besta, Lambourier, Clastic, Säulen- und Bienen-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulaanteste Bedingungen. Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Wandbergstrasse. 14998*

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Kaufmann am zweitmäßigsten. Passende Bekleidung von 25 Mark an. Ladend: Ringstift, Bohlin-Schnell, näher, bequemste Teppichmaschinen, leicht und monalisch. Reparaturen billig, nachmaß. Beste, Reparaturen, Nähmaschinen. Spezialgeschäft, Brunnstrasse 119. 14998*

Abfriererbrunnen, neu, 12 Mark an, Gebrauchte billig, Reithöferstr. 113. 18106*

Steppdecken billigst, feinst, Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 197*

Zwei Mark einwertig, Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Darnow, Reiterstrasse 113, 119, 120.

Teppiche, 2 Stände, verkauft sportlich, Reiterstrasse 13, II.

Elektrisches Orchester zu verkaufen, fast neu. Reiterstrasse 29 bei Weitzel. 19935

Edelkation und Restauration, gut gehend, wegen anderweitiger Unternehmung sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Louis, Antonstrasse 9. 19925

Schneidgeschäft verlässlich, 800 erfordlich, Reiterstrasse 35. 128

1000 neue Nähmaschinen, gute auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langstichtigen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Ausbühnung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Wandbergstrasse. Alle Maschinen neu in Zahlung. 15098*

Nähmaschinen, Zahl bis 10 Mark, wer auf Abzahlung eine Nähmaschine kauft oder nachweist. Karte erheben. Drause, Warschauerstrasse 64. 1965b

Betten verkauft sehr billig, Unterstrasse 22a, II. links. 1974b

Restaurant freizustellbar, verlässlich, Gormannstrasse 28, Reiterstrasse 57. 1997b

Städtische Vorortparzellen im gemäßigten Bauwesen, Preis 600 Mark, verkauft Gustav Gierke, Gollnowstrasse 26, vor Siemensberg. 19965

Fahrräder, Nähmaschinen, Bekleidungswaren, 7, Lagerstrasse.

Fahrräder, verfallene, allebekannt günstigste Einkaufspreise, bleibt trotz alledem, Reiterstrasse 11, 119, 120.

Städtische Vorortparzellen im gemäßigten Bauwesen, Preis 600 Mark, verkauft Gustav Gierke, Gollnowstrasse 26, vor Siemensberg. 19965

Rehabilitation, billige Miete, umhändelbar für 1200 Mark zu verkaufen. 700 Mark erwerblich. Erlangen, Tübingen, Kleine Androssstrasse 6.

Ringstiftchen, Bohlin, Schnell, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte, ladefähig, sportlich, Reiterstrasse 60/61, Wandbergstrasse 82 und Brunnenstrasse 97. *

55 Aiten Bauwand, ohne Anzahlung, acht Mark monatliche Abzahlung, am schönen Park gelegen, nur noch kurze Zeit für 300 Mark. Kaufkraft erteilt Gänther, Dunderstrasse 21, abends 8, Sonntags bis 10 Uhr vormittags. 179

Verschiedenes.

Ritterspiel leicht, blüht, Frau Huber, Gollnowstrasse 115. 817b

Patentbureau Danmann, Darnowstrasse 57 (Kochplatz), bis abends neun.

Rechtsbureau Hübner, Gollnowstrasse 57, parterre, 19956*

Rechtsbureau, Prozeßbestand, Eingabengeld, Material, Fall, Brunnenstrasse 197b

Genossen, Kasten verkauft billig, Reiterstrasse 12, 1995b

Broschürenlexikon und alle anderen Bücher, beiliegend, Antiquariat, Reiterstrasse 56, I. Amt VI, 3397. *

Dissektion! Wer sich über die neuesten Erfindungen unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Verlags gegen Dissektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verlagsgesellschaft, Königsgrätzstrasse 108. Um gütigen Rücksendung wird gebeten. 1916*

Den Freunden, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich ein Cigarngeschäft, Gollnowstrasse 9a übernommen habe. Spezialität: Cigarretten, eigenes Fabrikat. Gustav Böme. 1903*

Berliner Saal mit Bühne, Sonntag zu vergeben, Reiterstrasse 7. *

Saal und Vereinszimmer, Sonnabend und Sonntag zu vergeben, Schwandorferstrasse 23. 14918*

Sänger, welche gekommen sind, einem Arbeiter-Verein, beizutreten, können sich Freitagabend, Reiterstrasse 9a melden. 168

Vereinszimmer, großes frei, Simonstrasse 23, III. 14848*

Wäsche wird sauber, ohne Anwendung scharfer Mittel gewaschen. Großer Bezug 0,15, kleiner 0,05, Weißwäsche 0,10, 3 Taschentücher 0,10, 3 Handtücher 0,10. Abholung und Lieferung Sonnabend. Emil Vantrott, Köpenick, Reiterstrasse 40.

Rechtsbureau Burggraf, Reiterstrasse 22, parterre, 1996b

Teppichgeschäft, Aufertigung eleganter Herrenanzüge. Marcus, Reiterstrasse 15/16. 1990b

Maskenanzüge verkauft billig, Reiterstrasse 11, Hof I.

Vereinszimmer, 50 Quadratmeter, täglich frei, Planufer 63, Urbanhofen.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Frau sucht Handarbeit: Kleider und Böden ausbessern, Strümpfe und Socken aller Art werden geflickt. Näharbeit, Notogrammschreiben, Buchbinderei, Beschriftung wird alles eigen gearbeitet. Berlin NO. 55, Gollnowstrasse 20, 2. Hof, 2 Treppen links, Frau Witwe Kalkhof. 994b

Stellenangebote.

Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann, Auszahlung sofort. Herrn. Hoff, Reiterstrasse 11. 1996b

Tüchtige Radigmacher und Barockvergoldner, verlangt, Frau Reiterstrasse 11. 1996b

Firmen- und Zeichner, verlässlich, Reiterstrasse 21, parterre.

Bogenführerinnen für Steinbrud-Schnellpresse werden verlangt. Otto Schaefer u. Scheide, Reiterstrasse 111. 1996b

Musikantinnen, auf Jagendlichen, im und auhrem Hause, und junges Mädchen zur Handarbeit, verlangt, Reiterstrasse 30.

Jugendliche Arbeiterinnen, verlangt, Reiterstrasse 3 III.

Städte Einfassern auf Kinderstube, verlangt, G. Gräber, Reiterstrasse 8, vorn 3 Treppen. 179*

50 Bohnenblätter-Handarbeiterinnen, verlangt, in und auhrem Hause bei hohem Lohn, Reiterstrasse 19.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige 1903*

Aquisiteure
werden für ein ausländisches Bankinstitut zum Verkauf von Staatspapieren gegen monatliche Zahlungen gesucht. Nur gut eingeführte Herren wollen ihre Offerten mit „Sant V. S.“ an die Expedition dieses Blattes senden.

Für eine größere Glasbläserei in Hamburg wird ein tüchtiger **Glasbläser** für Kontingentarbeiten gegen einen Wochenlohn von 30-35 R. gesucht. S. Zossenholm, Hamburg, Gollnowstr. 18.

Ein geschickter, verlässlicher Arbeiter, mit Behandlung von Motoren vertraut, wird bei 21 R. Wochenlohn und freier Wohnung (zwei Zimmer und eine Küche) sofort verlangt; dauernde Stellung. 50/10 Fürstenbrunn 6. m. b. H. Westend.

Achtung, Holzarbeiter!
Geldwert sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Kellerer: Reiterstrasse 9, für Drechsler: Reiterstrasse 32. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Marmorarbeiter!
In der Werkstätte Rudolf Fink, Tempelhofer Ufer 15, sind Lohnbedingungen auszugeben. 172/2 Die Ortsverwaltung.

Ein Kurpfuscher-Prozeß.

Dritter Tag.

Zur heutigen Sitzung ist auch Prof. Dr. K o h m a n n als Sachverständiger erschienen. Gegen seine Vernehmung erhebt Rechtsanwält Dr. Davidsohn Bedenken, da er ihn als Vorsitzenden der Kurpfuscher-Kommission der Ärztekammer, der den Strafantrag unterzeichnet habe, für nicht unbefangenen erachtet. Der Verteidiger zieht seinen Antrag zurück, nachdem Prof. Dr. K o h m a n n erklärt hat, daß er sich durchaus nicht für befangen halte. — Sodann kommt Rechtsanwält Dr. Davidsohn auf die gestern von dem Zeugen Heiser abgegebene ungünstige Aussage zurück. Er behauptet, daß dieser Zeuge gestern vor der Sitzung in die Wohnung Radenkötters gegangen und dort angeblich ihm noch zustehende 30 M. verlangt habe. Er sei mit diesem Verlangen abgewiesen worden und habe dann bald darauf hier die ungünstige Aussage abgegeben. Der Gerichtshof beschließt, Herrn Heiser noch einmal zu vernehmen. Er befreit die Behauptung. Er habe eine rechtmäßige Forderung von 30 M., die er ausgezahlt und einem Manne, der sich mit Inzasso-Geschäften beschäftigt, zur Einziehung übergeben. Er habe wiederholte verbale Aufstreichungen gemacht, Pfändungen bei dem Angeschlagenen vorgenommen, derselbe habe aber stets allerlei Binkelszüge gemacht und ihm unter andrem höhnisch gesprochen, daß er zwei- bis dreimal manifestiert habe. — Präsi. (zum Angell.):

Haben Sie denn manifestiert?

— Angell.: Zweimal, zuletzt 1907. — Präsi.: Und dabei präsen Sie damit, daß Sie 70 000 M. Vermögen haben? — Angell. behauptet, daß der Zeuge Heiser von ihm bedrückt worden sei und nun noch mit einer unbefristeten Forderung komme. — Zeuge Heiser bestritt dies und bestritt ferner entschieden, daß er gestern in der Wohnung Radenkötters gewesen sei. Er habe auch keineswegs etwa dem mit dem Inzasso Betrauten gesagt, daß er nun gerade bei Beginn des Prozesses seine zu erwartende Aussage als Druck gegen Radenkötter ausnutzen solle. — Der Gerichtshof beschließt, zur weiteren Aufklärung der Sache das Dienstbüchlein Radenkötters und außerdem den mit dem Inzasso Betrauten zu laden.

Einige Schwierigkeiten macht die Vernehmung des Zeugen Scharff, Vorstehers bei dem Grafen Solms in Schlesien. Er ist seit mehreren Jahren mangelnd und hat, wie er angeht, verschiedene Ärzte ohne Erfolg konsultiert. Er will dann zufällig aus dem Berliner Adreßbuch, II. Teil, die Adresse Radenkötters erfahren und ihn aufgesucht haben. Dieser und ein Angestellter haben sich mit ihm über seine Krankheit besprochen und er habe dann zweimal Tropfen und zwei Schachteln Pulver erhalten, die nach der Feststellung des Vorsitzenden etwa 5 M. wert waren. Der Zeuge hat für die Kur 80 M. zahlen müssen, behauptet aber, nun von seinem Leiden befreit zu sein. Wie er nun zu Radenkötter gekommen, bleibt trotz aller Anstrengung des Vorsitzenden die Sache aufzuklären, ein Rätsel. Dem Zeugen werden Adreßbücher vom Jahre 1902 und 1903 vorgelegt und ihm aufgegeben, zu zeigen, wie er aus dem zweiten Teile die Adresse des Angeschlagenen erfahren habe. Er ist dazu nicht im Stande. Der Staatsanwalt stellt aus dem ersten Teil des Adreßbuches von 1902 fest, daß dort verzeichnet steht: „Radenkötter, Chemiker“, so daß der Zeuge hieraus die Adresse einer Heilwerkstatt für Magenleidende laun ersehen konnte. — Präsi.: Im Adreßbuch von 1903 steht der Angeschlagene sogar verzeichnet als

„Radenkötter, Bankier

und Direktor des Heilinstituts „Quisiana“. Was ist das wieder für eine Geschichte? Sie nennen sich wohl jedes Jahr anders. Sie sind doch gar kein Bankier! — Angell.: Ich besorge die Wankgeschäfte meiner Schwester und meiner Frau. (Heiterkeit.) — Präsi.: Das ist ja recht heiter! Also darum sind Sie „Bankier“? — Der Zeuge Scharff wird beauftragt, die Rezepte und sonstiges Material zur Stelle zu schaffen.

Zeuge K ü n z b e r g ist längere Zeit als Schreiber, Buchhalter, Expedient, Bader, kurz, als Mann für alles, bei Radenkötter beschäftigt gewesen und hat auch Rezepte ausgeschrieben. Zu seiner Zeit war ein Arzt dort gar nicht thätig und die Rezepte, die zu Messer nach Prißlar geschickt wurden, haben keine ärztliche Unterschrift getragen. Radenkötter habe auch hier große Massen von Medikamenten selbst angefertigt und sie dann nach Prißlar verschickt. — Auf wiederholte dringende Vorhaltung des Präsidenten giebt der Angeschlagene Messer zu, daß anfänglich alles ordnungs- und abrechnungsgemäß abgewidelt worden sei. Später, als die Aufträge ihn überlasteten und er sich nicht anders helfen konnte, habe er auch Rezepte ohne ärztliche Unterschrift ausgeführt und die fertig ihm zugeschickten Medikamente expediert, ohne sie besonders zu kontrollieren. — Zeuge K ü n z b e r g giebt weiter an, daß täglich etwa 90 Briefe eingingen, darunter täglich 7—10 neue Aufträge. — Präsi.: Was wurde denn mit den von den Patienten eingehenden Urinproben gemacht? — Zeuge: Die wurden

einfach weggeworfen!

(Heiterkeit.) Ich hatte im allgemeinen den Auftrag, nachzusehen, ob im Fragebogen „Nierenkrankheit“ verzeichnet stehe, andernfalls aber die Urinprobe wegzuworfen. Man wickelte die Urinproben nur auf, weil man die Reute so dumm waren, die Fragebogen und das Geld dort gleich beizubaden. (Heiterkeit.) Nach der weiteren Bekundung des Zeugen sind viel Dankschreiben bei dem Angeschlagenen eingegangen, aber auch Schreiben entgegengesetzter Art. Letztere wurden gar nicht beantwortet. Der Angeschlagene sagte ganz einfach: „Die Reute hat verdrückt! Was will denn der Gf? — und weg war's!“ (Heiterkeit.) Einmal hat der Angeschlagene dem Zeugen gesagt, er wolle sich einen Arzt annehmen, um sich den Nieren zu beden. Ein anderes Mal sagte er: „Wenn es noch 5 Jahre so weiter geht, dann habe er es geschafft, dann kann er das Geschäft andern überlassen!“ — Der Zeuge ist schließlich im Prozeß vom Angeschlagenen geschieden. — Erster Staatsanwalt Dr. Pelz: Weßhalb denn? — Zeuge: Ich dachte, bei dem Angeschlagenen etwas werden zu können, war aber darin getäuscht. — Staatsanwalt: Sie dachten wohl Oberarzt werden zu können? (Heiterkeit.)

Inzwischen ist der Zeuge Scharff wieder erschienen und legt die Rezepte vor. Wie er zu der Adresse Radenkötters gekommen, kann er auch jetzt nicht aufklären. Dagegen stellt der Präsident durch weiteres Verfragen des Zeugen fest, daß dieser

durchaus nicht vom Angeschlagenen Radenkötter geheilt ist;

er hat nach dessen Medikamenten nach seiner Meinung nur eine größere Besserung erhalten, als nach der Behandlung durch andere Ärzte. Er ist aber bis in die neueste Zeit hinein noch mit seinen „Nachkuren“ mit dem Angeschlagenen in Verbindung geblieben und der Graf hat ihn jetzt zu einem Arzt geschickt. — Bezüglich des Medikaments stellt Sachverständiger Dr. S t ö r m e r fest, daß dasselbe ganz geschickt zusammengestellt ist, um vorübergehend Verkrüppelten und bei Circulationsstörungen überhaupt einige Besserung zu verschaffen. In der Flasche seien 35 Gramm tinct. digitalis, 35 Gramm tinct. Lobelia und 35 Gramm liq. Kali acetici vorhanden. Es sei gewissenslos und unverantwortlich, so große Quantitäten so starker Gifte einem Patienten auf einmal in die Hand zu geben (Pause.)

Apothekenbesitzer Dr. L a u z wird als Zeuge vernommen. Er hat der Hausordnung bei dem Angeschlagenen Radenkötter beigewohnt. Als die Kommission dort erschien, hatten die Angestellten alle Hände voll damit zu thun, Druckschriften und Reklamésätze zum Versand vorzubereiten. Eine Anfertigung oder Verpackung von Medikamenten fand also gerade nicht statt. Es wurden in fünf verschiedenen Räumen Medikamente, darunter viele metallische und pflanzliche, gefunden. In allen Räumen habe die grenzenloseste Unordnung und Unsauberkeit geherrscht, der Zustand der Gefäße widersprach der Behauptung, da die Gefäße erst vor kurzem aus der Droguenhand-

lung angekommen seien und an Ort und Stelle gebracht werden sollten. Stark wirkende Gifte hätten in der Küche zwischen den Wirtschaftsgegenständen gestanden. Die beschlagnahmten Medikamente müßten in einem zweispännigen Möbelwagen fortgeschafft werden. Es wurde u. a. eine große Flasche beschlagnahmt, welche 10 Pfund Liquor Kali arsenicosi enthielt und bis ein Drittel entleert war. Wagen oder andre Utensilien, welche zur Vereitung von kleinen Mengen Arzneien notwendig sind, wurden bei dem Angeschlagenen nicht gefunden.

Der folgende Zeuge, Schreiber Georg R i e m a n n, ist etwa sechs Monate bei dem Angeschlagenen Radenkötter beschäftigt gewesen. Er schildert dessen Geschäftshandhabung in drastischer Weise. Einmal habe Radenkötter einem auswärtigen wohnenden Patienten ein großes Glas Abführpillen geschickt, welche dieser aus Unverstand innerhalb drei Tagen zu sich genommen und dann in einem Schreiben die Wirkung geschildert habe. Der Angeschlagene habe sich hierüber höchlich amüsiert. Auf die Annonce des Angeschlagenen, daß er einen Arzt suche, seien täglich

viele Offerten von Ärzten

eingegangen. Zum Abholen der täglich einkommenden Gelder sei ein großer leinener Beutel bestimmt gewesen, die tägliche Einnahme habe zwischen 700 und 1000 Mark geschwankt.

Der Zeuge S t e g e l, welcher ebenfalls bei Radenkötter bedienstet war, äußert sich in ähnlicher Weise wie der Vorgezogene.

Sodann wird die unverheiratete P i e r w a g e l i vernommen, welche vom 1. Mai bis 1. August 1900 bei Radenkötter Wirtschaftlerin war. Es erregte Sensation, als die Zeugin bekundete, daß die Ehefrau Radenkötter in derselben Dame ihre Reinigungsarbeiten nahm, die dann mit kaltem Wasser ausgespült und wieder zur Herstellung von Medikamenten zu innerem und äußerem Gebrauch benutzt wurde. Die Zeugin erzählt ferner, daß sie ihren Bräutigam Schott überredet habe, ein von Radenkötter verfertigtes Schriftstück zu unterzeichnen, wonach der Vorstand der Medikamente auf Schotts Namen erfolgen solle. Radenkötter habe diese Genehmigung mit 50 M. monatlich vergütet.

Es wird dann der Zeuge H a t t e n b e r g vernommen, ein Herr in reiferen Jahren, der sechs Semester Philosophie und neun Semester Medizin studiert hat, ohne ein Examen gemacht zu haben. Er ist Assistent bei Radenkötter gewesen und hat die Krankheitsberichte beantwortet. Er will auch in etwa zehn Fällen den mißgünstigen Urin untersucht haben, muß aber auf Vorhalt des Physikus Dr. Störmers zugeben, daß seine Untersuchungsmitel sich auf etwas Laemmelpapier und Salpetersäure beschränkten.

Der Präsident vertagt darauf die Sitzung bis Donnerstagsvormittag 9 1/2 Uhr.

Lokales.

Stierter Wahlkreis (Südost). Sonntag, den 8. Februar, findet vom Wahlverein aus in der Urania, Lindenstr. 48/49, eine Vorstellung (Das Land Tirol) statt. Die noch nicht verkauften Billets sind sofort in unserer Expedition, Laufeyerplatz 14/15, abzugeben, wenn sie nicht als verkauft betrachtet werden sollen. Auch sind noch an dieser Stelle Billets zu haben.

Im Dienste der konservativen Partei.

Der Preussische Landes-Kriegerverband wird heute und morgen ein Wahlflugblatt versenden, worin denjenigen Mitgliedern der Kriegervereine, die Socialdemokraten sind, die bekannten schweren Nachteile für den Fall angedroht werden, daß sie frei und offen ihre socialdemokratische Gesinnung bekundeten. Eßt jesuitisch heißt es in dem Wahlflugblatt:

Unsre Kameraden sind vollkommen frei, innerhalb des Rahmens der den bestehenden Staat anerkennenden Parteien ihre Pflichten als Staatsbürger, bei Reichstags-, Landtags- und kommunalen Wahlen, auszuüben, wie sie wollen; sie dürfen aber, wenn sie unsre Mitglieder bleiben wollen, unter keinen Umständen einen Socialdemokraten wählen, auch nicht in der Stichwahl! Der Kamerad, der nachgewiesenermaßen bei einer Reichstags- oder Landtagswahl einem Socialdemokraten seine Stimme gegeben hat, muß aus seinem Vereine ausgeschlossen werden. Weigert sich der Verein, den Ausschluß herbeizuführen, so muß der Verein ausgeschlossen werden.

Was von den Reichstags- und Landtagswahlen gilt, hat auch für die kommunalen Wahlen Geltung, denn die Wahl eines Socialdemokraten in einen städtischen Vertretungskörper bedeutet gleichfalls eine Unterthänigung der Socialdemokratie.

Eigentlich hat diese Androhung, wenn man von den Landtagswahlen abieht, ja nur einzig für die Gemeindevahlen Bedeutung, da diese öffentlich sind und von den Agenten der Kriegervereine ungenügend kontrolliert werden können. Aber der Gewissenszwang der Kriegervereine beschränkt sich längst nicht mehr allein auf die Socialdemokratie! Auch die Pflicht der gewerkschaftlichen Organisation darf das Mitglied eines Kriegervereins nicht ausüben, es sei denn, der Mann organisiert sich in einer lendenlahmen „Gewerkschaft“ staatsverhaltendem Kalibers.

Unsre Kameraden müssen ferner aber auch den socialdemokratisch geleiteten Gewerkschaften fern bleiben. Die Zugehörigkeit zu einer solchen ist auch dann mit der Mitgliedschaft in einem Kriegerverein unvereinbar, wenn der Betreffende nicht selbst Socialdemokrat ist, da er durch die Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge die Zwecke der Socialdemokratie direkt oder indirekt unterstützt.

Und da der Appetit beim Essen kommt, macht der Preussische Landes-Kriegerbund reinen Tisch und droht den Ausschluß gleich allen Anhängern irgend welcher oppositionellen Richtungen an:

Sodann können auch diejenigen nicht Mitglieder unsrer Vereine sein, welche die bestehenden staatlichen Verhältnisse, auf denen das Deutsche Reich in großer Zeit aufgebaut worden ist, nicht anerkennen und diese ihre Gesinnung bei den Wahlen bekundeten.

Diese Stelle, die wohl absichtlich unklar gehalten ist, aber immerhin mit dem ersten von uns abgedruckten Satz aus dem Flugblatt in Widerspruch steht, kann nicht gut anders als dahin verstanden werden, daß die Kriegervereine konservativ wählen sollen, obgleich ja die konservative Partei auch manche der bestehenden Verhältnisse zu allen Teufeln wünscht. Wir erinnern nur an das jawohl auch in „großer Zeit“ geschaffene „Reichstags-Wahlrecht“.

Nun wäre der ganze Wahlausruf, den der trotz allem sich unpolitisch scheltende Kriegerverband in die Welt setzt, ja relativ belanglos, wenn er nicht die oppositionell gesinnten Mitglieder mit schweren Nachteilen bedrohte. Es ist leicht gesagt, daß ein Socialdemokrat sich in einem solchen Verein nicht wohl fühlen kann und daher freiwillig austreten sollte.

Der Socialdemokrat ist, tritt aber selbstverständlich einem Kriegerverein garnicht erst bei, und die Drohung richtet sich daher nur gegen ältere Mitglieder, die früher etwa konservativ gesinnt waren, im Laufe der Zeit sich aber von der Wahrheit der socialdemokratischen Lehren überzeugen mußten. Wenn diese älteren Männer aus dem Verein austreten würden, so bedeutete dies einen beträchtlichen Vermögensverlust für sie, da die Vereinsleitung von den zur Kranken- und Sterbefälle, sowie zu andern Unterstützungszielen Jahre und Jahrzehnte lang gezahlten Beiträgen keinen Pfennig zurückerrstattet. Mit einem Schlags würden die Kriegervereine diese Mitglieder verlieren, wenn sie anständigertweise denen, die sich als Socialdemokraten bekennen,

die eingezahlten Spargroschen wiedergäben. Daran denken diese Stützen von Thron und Altar aber gar nicht.

Giebt's in Berlin noch überfüllte Gemeindefunktionen? Der Magistrat und seine freisinnigen Freunde in der Stadtverordneten-Versammlung antworten hierauf mit einem „Rein“, aber durch die vom Magistrat selber veröffentlichten Frequenzstatistiken werden sie widerlegt. Auch die neueste Statistik, die jetzt der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt worden ist, ist in dieser Beziehung wieder sehr lehrreich. Wir wollen einmal ganz davon absehen, daß schon die von der Schuldeputation für die einzelnen Klassen festgesetzten Höchstfrequenzen (Klasse I—IV: je 50, V: 55, VI: 60, VII: 69, VIII: 69) so hoch sind, daß man mindestens bei den untersten Klassenstufen allgemein von Ueberfüllung sprechen darf. Aber selbst diese „Höchstfrequenzen“ werden bekanntlich vielfach nicht inne gehalten. In zahlreichen Klassen sitzen auch in diesem Winter wieder mehr Kinder, als nach den Bestimmungen der Schuldeputation darin sitzen dürfen. Wir zählen 282 Klassen (von überhaupt 4488), in denen das der Fall ist. Da sind sechs Klassen mit 66, 67, 68 Kindern statt mit 60, fünfte Klassen mit 59, 60, 61 statt mit 55, vierte mit 57, 58, 59 statt mit 50 usw. Sind diese Klassen, in die man bis 18 Proz. mehr hineingesetzt hat, als die eigenen Bestimmungen der Schuldeputation zulassen, vielleicht nicht überfüllt? Der Magistrat spricht in seiner neuesten Frequenzstatistik von „geringen Ueberfüllungen“, die sich nicht immer bemerken lassen. Bis 18 Prozent ist also noch „gering“! Uebrigens wird die benötigende Versicherung hinzugefügt, daß die Kinder trotzdem sämtlich ihren Sitzplatz haben. Zum Beweise dessen ist diesmal in der Statistik für jede einzelne Klasse auch die Zahl der überhaupt vorhandenen Sitzplätze angegeben worden. Man ersieht aus diesen Angaben, daß in den Berliner Gemeindefunktionen anscheinend kein einziges Kind — zu stehen braucht. Das ist doch wenigstens etwas.

Die Hohenzollern und der Große Stern. Es bestätigt sich, wie wir gleich vermuteten, daß die Jagdbilder, die am Großen Stern aufgestellt werden sollen, doch mit der Hohenzollern-Dynastie in Zusammenhang stehen und so den Jued haben, die Bevölkerung in der ja etwas lüdenhaften Liebe zum angekommenen Herrscherhaus zu festigen. Ueber die Idee wird weiter berichtet:

Die Pläne der Gesamtanordnung für die Aufstellung der einzelnen Gruppen sind vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten hergeleitet worden. Wegen der künstlerischen Ausgestaltung hatte sich das Ministerium an den Kaiser gewandt. Die sehr glückliche Idee der Jagdgruppen ist vom Kaiser persönlich gefunden, wie er denn auch die Auswahl der Künstler selbst getroffen hat. Der Große Stern wird ganz und gar von den Kunstwerken anzulegenden Tagesheden abgeschlossen und von den elektrischen Bahnen in den verschiedenen Richtungen umfahren werden; die Wagen werden hinter die hohen Tagesheden geleitet, so daß man sie auf dem freien Plage nicht sieht. Der Kaiser kam zu der künstlerischen Idee durch die Erwägung, daß seine Vorfahren den früher weit ausgebreiteteren Tiergarten als Jagdgebiet benutzt haben, und er hat nach seinen eignen Worten den Wunsch, die Berliner mit frischen, allgemein verständlichen Darstellungen und interessanten scheinenden Motiven aus den verschiedenen Zeitepochen zu erfreuen. Die vier Jagdgruppen werden eine Höhe von etwa 2 1/2 Meter erhalten, sie werden also größer als die Figuren in der Siegessäule. Rechts, östlich vom Hubertusbrunnen, wird die Gruppe aufgestellt, welche Professor Karl Vegas anvertraut ist; sie soll eine Jagd auf Elche aus der Zeit Joachims I. behandeln. Südlich davon hat Prof. Arth Schaper eine Eberjagd darzustellen. Links oder westlich vom Brunnen kommt die Gruppe von Prof. Max Baumhag zu stehen; es wird eine Hasenjagd mit Windhunden aus der Kolofeit. Südlich von diesem Werke wird die vierte Gruppe aufgestellt, welche Bildhauer Wilhelm Haberkamp (nicht Wandschneider, wie anfangs verlautete) zu schaffen hat; es wird eine moderne Fuchsjagd mit einer Reute von Brackenhunden. Nähere Bestimmungen sollen den Künstlern in einer Konferenz beim Minister Budde mitgeteilt werden.

In der Brandkatastrophe in der Michaelskirchstraße wird vom Mittwoch noch berichtet: Das Befinden der bei dem vorgestrigen Brand in der Michaelskirchstr. 23a verletzten Personen ist bis auf die beiden schwer verbrannten Mädchen Mariha Genrich und Alara Landst, die im Krankenhaus Bethanien bedenklich darniederliegen, den Umständen angemessen befriedigend. Ihre baldige Wiederherstellung wird erwartet. Auch den Feuerwehrcamännern, die nach der Charité gebracht werden mußten, geht es heute besser. Heute früh ist auch die Identität des Toten festgestellt worden. Es handelt sich um den am 21. Mai 1888 zu Berlin geborenen, hier in der Götterstr. 69 bei seiner Mutter wohnhaften Arbeiterburschen Ernst Munge. Die Leiche wurde von der bedauernswerten Mutter schon rekonnoziert und dürfte bald freigegeben werden. Wann die Beerdigung erfolgt, steht noch nicht fest.

In der Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn wird demnächst eine Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden. Wie schon kürzlich berichtet, erfolgte die letzte Vorstandswahl seitens der alten Kassendelegierten per Acclamation und nicht geheim, wie es Gesetz und Statut vorschreiben. Da die neuen Delegierten in der Wiederwahl des alten Vorstandes jedoch eine mehr oder minder künstliche Sähebung der Betriebsleitung zur Verhinderung allseitig gewünschter Reformen erblickten, so erhoben sie fast einmütig Protest gegen die Wahl und beantragten bei der Kassendelegierten die Annulierung derselben. Den Bestreuerführern ist hierauf gestern von der Gewerbe-Deputation die Nachricht zugegangen, daß die erwähnte Vorstandswahl beanstandet worden ist und eine Neuwahl anberaumt werden wird.

Die Schießerei auf die Eisenbahnzüge Berlin-Potsdam wird anscheinend von einer Person, welche sich der Tragweite dieser Handlung kaum bewußt sein kann, fortgesetzt. Als der abends 7 Uhr vom Potsdamer Bahnhof in Berlin abgehende Vorortzug am Montag bis in die Nähe von Zehlendorf gekommen war, zerplitterte infolge eines Schusses die Fenster Scheibe eines Abteils dritter Klasse, wodurch ein Herr und eine Dame leicht verletzt wurden. Öffentlich gelingt es bald, diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende zu machen.

Ein Kampf mit dem „Minister-Wilhelm“, einem bereits mit Justizhaus vorbeistrichenen Einbrecher, mußten mehrere Kriminalbeamte in der Nacht zum Mittwoch in der Stallschreiberstr. 48/49 zu bestehen. Am 31. v. Mis. wurde der Schlosser und Einbrecher Max Schenk in der Dresdenerstraße auf frischer That ertappt und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Schenk hatte einen Komplizen, der sich der Ergreifung entzog und von seinem Genossen nur mit dem Epitheton „Minister-Wilhelm“ bezeichnet wurde. Das ist der bekannte Einbrecher Wilhelm Nög, der unter falschem Namen in der Stallschreiberstraße Wohnung genommen hatte. In der wohl richtigen Vermutung, daß die Polizei ihn auf der Spur sei, schrie er an das zufällige Revier, die Polizei möge doch seine Wirtin — die übrigens ganz harmlos und unbedenklich ist, in Ruhe lassen, da er nicht wieder zu ihr zurückkehren werde. Die Polizei ließ sich aber nicht täuschen und sah ihn das Haus betreten. Man wartete, bis der als gewaltthätig bekannte Mensch sich vermtlich zur Ruhe begeben hatte, überraschte ihn im Welt und nahm ihn fest. Den eintretenden Beamten hielt er einen geladenen Revolver entgegen und versuchte zu entkommen. Als man ihm die Waffe entwandte, wehrte er sich mit den Fäusten, wurde aber übermächtig und geknebelt. Auf dem Polizeigefängnis spielte er den Tobfuchtigen, bis ihn der vernehmenden Kommissar in eine Hand und versuchte auch, ihn in die Kasse zu beissen. Der Wüterich mußte daher ohne Vernehmung am Mittwoch dem Untersuchungsrichter zugeführt werden.

Von einem Privatförster erschossen wurde am Sonntag der obige Arbeiter Richard Nabeboldt aus Rathenow, ein 29jähriger Mann, der Vater von vier kleinen Kindern ist. Er hatte eine wackelige Leidenschaft für die Jagd und war am Sonntag mit dem Goldarbeiter Friedrich Kruse in der Forst des Rittergutbesizers v. Stechow zu Koken bei Neuhäusen wildern gegangen, wobei sie einen Rehbock zur Strecke brachten. Als sie das Tier fortbringen wollten, wurden die Wildbiede von dem Privatförster Schwacht ergriffen, der ihnen Halt zurief. Kruse lief davon und entkam mit dem Gewehr, Nabeboldt aber nahm der Förster fest, um ihn das Reh abzuschneiden, das er an seinem Fahrrad befestigte und nun Nabeboldt aufforderte, das Rad bis nach Stechow zu schieben, wo er seine Personalien feststellen wollte. Anfanglich ging der Wilderer auch auf diese Anordnung ein, nahm aber plötzlich das Rad und warf es auf Schwacht, der dadurch zu Falle kam, während Nabeboldt die Flucht ergriff. Der weitere Vorfall bedarf noch der gerichtlichen Aufklärung. Nach der Angabe des Privatförsters will er, als er, nachdem er sich wieder ausgerichtet hatte, den Wildbied verfolgte, gestolpert sein, wodurch sich sein Gewehr entlud und der ganze Postenschuß Nabeboldt in den Rücken und das Genick drang. Nabeboldt lief noch einige Schritte und fiel dann tot um, weil einige Rehbock den Körper glatt durchschlugen hatten. Der Goldarbeiter Kruse ist am Montag in seiner Wohnung, wofolbst Hausdurchsuchung gehalten wurde, verhaftet worden. Das Gewehr hatte er im Walde versteckt.

Wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet wurde der Schriftsteller Turner-Lemke, der vor Jahren als Schauspieler am hiesigen Leffing-Theater wirkte. Der selbigenmännliche wird beschuldigt, sich an einem vierjährigen Mädchen vergangen zu haben. 2. befreit jede Schuld, erklärt die Erzählungen des Kindes als Phantasiegebilde und stellt einen Vorfall, bei dem er beobachtet wurde, als harmlos dar. Jedenfalls wird er noch auf seinen Geisteszustand untersucht werden, da er in der Zeit von 1900-1901, ca. 13 Monate, wegen Deliriums in der Charité verweilt.

Durch die Vertretungen des künftigen Produzenten Kother ist das von ihm vertretene flehnerische Hand Schuhgeschäft unter den Linden 21, das sich 40 Jahre hindurch eines tadellosen Rufes erfreute, zu Grunde gegangen. Der Konkurs wurde gestern mittag vom Amtsgericht I eröffnet.

Ein Einbruch ist in der Nacht zu gestern bei dem Juwelier Hedert in der Oranienstr. 102 verübt worden. Goldsachen im Werte von 20 000 M. fielen den Dieben in die Hände.

Jungen gefaßt. Die Personen, welche in der Nacht zum 5. Oktober, einem Sonntag, vor der Polizeiwache am Stralauer Platz den Vorfall beobachtet haben, der sich zwischen dem Schankwirt Albrecht und einigen Schülern abspielte, werden ersucht, sich bei Albrecht, Köpcke-Str. 190, zu melden. Auslagen werden vergütet.

Passage-Theater. Das Gemüt des Berliner bedarf nun einmal jener zeitweiligen Auflockerung, für die der klassische Fachausdruck „Fees“ sich allgemein in den Kreisen der Gebildeten eingebürgert hat. Die Geschichte braucht nicht immer so baldbrechend auszugehen wie Looping the Loop, das trotz dem schwer geprüften Herrn Mündner ja immer noch Originaligentum des Circus Schumann geblieben ist. Der Fees kann relativ ungefährlich sein wie die berühmten Gefangenen der Mlle. Adamovic, er kann auch durch sinniges Zusammenwirken von Publikum und Acteur entstehen, wie in den Vorstellungen des Grafen Bieder. Die Hauptsache ist die Originalität, denn nur sie verbürgt den Erfolg. Das Passage-Theater versteht sich vortrefflich darauf, das Publikum angenehm zu fesseln und hat auch jetzt in der sich hebenden Jungfrau etwas ganz Neues herangeholt. Das Experiment, das mit dieser Dame angestellt wird, ist in das Vrimborium eines Lustspiels eingeleitet. Die Tochter des Professors der Magie, die auf den frommen Namen Helene hört, legt sich in einen Sessel und wird nun von dem Hexenmeister so „hypnotisiert“, daß sie sich platt liegend aus dem Sessel heraus hebt und eine Weile mitten in der Luft schweben bleibt. Davon, daß die Dame nicht durch seine Drähte horizontal gehalten wird, überzeugt der Professor das Publikum auf das blüdigste, indem er einen eisernen Reifen über sie hinwegzieht. Wie das seltsame Kunststück gemacht wird, bleibt ein Rätsel, auf dessen Lösung die annehmbare Summe von tausend Pfund Sterling ausgelegt ist. Eine andre Sensation, die im Gebiet des Halbesuchens liegt, vollführen die drei Teufel. Sie rajen auf Fahrrädern sowie auf einem Motor in einer aus Laten zusammengefügten Hundbahn kleinsten Kalibers mit stamenswerter Sicherheit herum. Auch im übrigen ist das Programm des Passage-Theaters diesmal sehr reichhaltig. Besonders drollig wirkt das Excentric-Trio Alberto Laszlo.

Aus den Nachbarorten.

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins und Umgegend wird abends 8 Uhr in der Aula des Kaiser Friedrich-Realgymnasiums zu Nizdors „Hygienische Vortragsserie“ veranstalten. Die Vorträge, welche am 5., 12., 19. und 26. Februar, sowie am 5., 12., 19. und 26. März stattfinden, sind völlig unentgeltlich.

Wilmerdorf im Abgeordnetenhaus. Beim Titel „Justizminister“ wurde gestern in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses der Fall des Fräulein v. Wardenleben zur Sprache gebracht, die bei der Anzeige eines Diebstahls auf der Polizeiwache in Wilmerdorf schlecht behandelt und dann wegen Beamtenbeleidigung angeklagt worden ist. Auf die Frage, wie das Verhalten des Staatsanwalts in diesem Fall zu rechtfertigen sei, erklärte der Justizminister, der betreffende Decernent der Staatsanwaltschaft sei ein junger, wenig erfahrener Assessor gewesen. Er sei auf den begangenen Fehler aufmerksam und zu größerer Ueberlegung ermahnt worden. Ebenso sei es zu mibbilligen, daß auch gegen das Dienstmädchen, das Fräulein von Wardenleben begleitet hat, eine Anklage erhoben worden sei. Das Gericht habe in beiden Fällen mit gutem Grund auf Freisprechung erkannt.

Der Fall Wardenleben wird auf eine Anregung der socialdemokratischen Gemeindevertreter hier auch im Ortsparlament zu Wilmerdorf zur Sprache kommen.

Schmargendorf. Der Etatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1903 weist in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 488 160 M. auf, das sind gegen das Vorjahr 130 160 M. mehr. Als laufende Einnahmen und Ausgaben werden 202 000 M. veranschlagt, in denen 122 920 M. Real- und Personalsteuern enthalten sind. Die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben sind auf 286 000 M. berechnet. Es sind das Bau- und Einrichtungskosten des vollendeten Rathauses und Baugebäude für eine Turnhalle nebst Feuerwehrepoel. Die Steigerung der direkten und indirekten Steuern wird von 119 210 M. auf 148 370 M. geschätzt. Die Steuerzuschläge — 150 Proz. für die Gewerbesteuerklassen 1 und 2, 100 Proz. für die Gewerbesteuerklassen 3 und 4, und 100 Proz. für die Einkommensteuer — sollen unverändert bleiben. Die Grundsteuer aber soll von 1,50 M. auf 1,60 M. pro 1000 M. Wert erhöht werden. Die Steuerabgange auf Grund des Steuerprivilegs der in großer Zahl nach hier zuziehenden Beamten und sonstige Ausfälle werden auf 10 000 M. geschätzt gegen 6000 M. im Vorjahr. Für die Kanalisation zahlt die Gemeinde 21 000 M. für die Tilgung und Verzinsung des geliehenen Anlagelapitals und für Unterhaltungskosten usw. 12 390 M., insgesamt 33 390 M. Dieser Betrag müßte dem Kommunalabgaben-Gesetz gemäß von den Hausbesitzern erhoben werden, da diese den finanziellen Vorteil aus der Anlage ziehen. In Kanalisationsgebühren sind aber nur 19 440 M. angesetzt. Dieser Betrag reicht nicht einmal für die Unterhaltungskosten und Verzinsung des Anlagelapitals aus, geschweige denn zur Tilgung des letzteren. Entgegen dem Gesetz zahlen die Hausbesitzer nicht einen Pfennig zur Tilgung der Anleihe. Die fehlenden 13 950 M. werden dem allgemeinen Steuerfädel entnommen. So werden den Hausagariern mehr als 11 1/2 Proz. der direkten Gemeinde- und Amtsverwaltungsfür die Befoldung der Gemeinde- und Amtsverwaltung erfährt durch Renanstellungen, Gehalts- und Wohnungsgeld-

Erhöhungen eine Vermehrung von fast 7300 M. und ist mit 30 775 M. im Etatsentwurf eingestellt. Die Verteilung der Zulagen erfolgt nach der bekannten Verwaltungspraxis, bei der die Erhöhung der niedrigen Einkommen wenig übrig bleibt. Für die eckmäßig entlohten Straßen- und Kanalisationsarbeiter wird wieder eine Lohnzulage nach ein Wohnungsgeldzuschuß beantragt. Den gut gestellten Beamten aber zahlt die Gemeinde Wohnungsgeldzuschuß bis zu 1000 M. Die Gemeindefschule erhält eine neue Klasse und eine Turnhalle. Weitere Verbesserungen, etwa die Anstellung eines Schularztes und Erweiterung des Lehrplans, sind im Etat nicht vorgesehen. Der Armenetat ist um 970 M. auf 6500 M. erhöht. An laufenden Unterweisungen werden jetzt ca. 5300 M. gezahlt. Gefordert wird die Vermehrung der Amtsdienner von 2 auf 5, wogegen die beiden Nachtwächter in Körsik kommen können. Zur Zeit sind in unserem kleinen Ort 2 Amtsdienner, 2 Genbarinnen und 1 Kriminalist stationiert. Trochdem soll nach der Begründung die Polizeiverwaltung den an sie herantrhenden Anforderungen nicht mehr entsprechen können und die Mithstände bestehen, deren eckmäßige Beseitigung erfolgen muß. Da werden wohl die hiesigen Vereine und Versammlungen in Zukunft in verschärfter Weis: überwacht werden. Der beigefügte Schulden- und Vermögensübersicht weist ein Mobiliar- und Immobilienvermögen von 1 097 900 M. auf. Dem stehen 678 510 M. Anleihen gegenüber, so daß ein Gemeinde-Vermögen in Höhe von 419 390 M. verbleibt.

Aus Treptow-Baumschulweg wird uns berichtet: Am 26. Januar hat die Gemeindevertretung, wie gemeldet worden, in öffentlicher Sitzung beschloffen, den Anschluß an die Berliner Kanalisation abzulehnen und ein Rieselfeld zu erwerben. Dieser Beschluß ist der Gemeindevertretung jedoch bald leid geworden, denn in einer gemeinsamen Sitzung, die sie abgehalten hat, wurde mit neun gegen sechs Stimmen der am 26. Januar gefaßte Beschluß aufgehoben und der Anschluß an die Berliner Kanalisation gutgeheißen. Die Ursache für dies auffällige Verhalten ist in einem beiläufigen Umstand zu suchen. Der Besitzer des der Gemeinde zum Kaufe angebotenen Rieselfandes hatte eine Sandgrube, die innerhalb des Geländes liegt und die die Gemeinde mit zu erwerben beabsichtigte, dem Gemeindevorstand nicht in rechtmäßiger Form angezeilt. Als nun der Gemeindevorstand mit dem Besitzer den Kaufvertrag aufsetzte, verweigerte einer der Schöffen ohne Angabe von Gründen seine Unterschrift, während die beiden anderen ebenfalls erklärten, daß sie den Vertrag nicht unterzeichnen würden, und sich dabei auf den vorhin angeordneten Formfehler bezogen. Nun mußte die Gemeindevertretung noch einmal in der Angelegenheit zusammentreten und hierbei machten die Schöffen sehr wichtige Bedenken gegen den Anlauf geltend. Vor allem wurde betont, daß die Abwässer der Anstalt, die dem Gelände zugeführt werden müssen, dessen rationelle Verwertung zu Rieselfeldern anschliefen. Die Folge dieser Einwände war der Beschluß, durch welchen nun doch der Anschluß an die Berliner Kanalisation herbeigeführt werden soll.

Die Gemeindevertretung Groß-Bichtersfelde genehmigte in ihrer letzten Sitzung den Vertrag mit dem Militäriskus wegen Abtheilung der Regenwässer in die von der Gemeinde herzustellende Entwässerungsanlage. Von allgemeinem Interesse war das Referat des Gemeindevorstehers Lengner über den Anlauf der Freyhof und Wellerschen Grundstücke in der Chausseestraße zum Zweck der Errichtung einer Bade-Anstalt durch die Gemeinde. Die beiden Grundstücke grenzen mit dem Hinterland an den Teltower Kanal und haben eine Fläche von 277 Quadratrußen. Nach den Ausführungen des Referenten sind der Gemeinde die Grundstücke, auf welchen sich an der Front der Chausseestraße ein Wohnhaus mit Centralheizung, ferner ein Säpuppen befinden, zum Preise von 106 000 M. von den jetzigen Besitzern angeboten worden. Die Angelegenheit soll in geheimer Sitzung noch einmal durchberaten werden.

In Schlenndorf hatte die Witwe Hinz von dem Amtsvorsteher Milnikowski kürzlich zwei Strafmandate in der Gesamthöhe von 120 M. event. 14 Tagen Haft erhalten, weil sie mehreren Anforderungen, entweder Senggruben für ihre Geflügelzucht anzubringen oder die Tiere abzukaufen, nicht nachkommen war. Diese Summe konnte die Frau jedoch nicht aufbringen, ihre Bitten um Aufschub aber wurden nicht berücksichtigt. Anstatt dessen schickte der Amtsvorsteher am Tage vor Weihnachten einen Polizisten zu ihr mit dem Befehl, die Frau von ihren vier Kindern weg zu verhaften, damit sie die verurteilten 14 Tage Haft abbüße. Das Erscheinen des Polizisten mit dem Haftauftrag verlegte die ohnehin sehr nervenschwache Frau in eine unbefriedigliche Angst. Sie vermochte den Grund ihrer Verhaftung umsoweniger einzusehen, als sie sich keines Verbrechens bewußt war und ihrer Meinung nach der Hauswirt für die verlangten Senggruben verantwortlich war, dessen Vertreter ihr die Viehhaltung überdies ausdrücklich genehmigt hatte. Sie hat, man möge sie doch nicht von ihren Kindern reißen. Der Polizeidiener wandte jedoch Gewalt an. Er riß und zerete die geängstigte und nur notdürftig bekleidete Frau in der Stube hin und her, so daß der Tisch mit allem was darauf war umfiel. Von ihren säubenden Kindern umgeben, schüchelte sie dann auf den Hof, wofolbst sie sich an Gegenstände anklammerte und so passiven Widerstand leistete. Jetzt schien dem Beamten der Zustand der Frau doch bedenklich zu werden, er nahm von der Verhaftung Abstand. Die festen Griffe des Beamten und mehr noch die ausgestandene Angst und Erregung aber hatten die Frau krank gemacht, infolgedessen wurde die Arrretierung der Frau um einige Tage verschoben. Als die Frau aber Beschwerde wegen der ihr zugesägten Behandlung erhoben hatte und sie am 7. Januar in dieser Sache vor dem Amtsvorsteher zu Protokoll vernommen werden sollte, da beauftragte dieser zwei Polizeibeamte und einen Genbarnten, erneut die Verhaftung vorzunehmen. In ihrer Furcht vor dem Gefängnis wollte sich die Frau aber auch diesmal nicht gutwillig abführen lassen, sie klammerte sich krampfhaft an, wo sie nur konnte. Endlich war sie auf die Straße gejerrt. Hier standen ihre Kinder und schrien händeringend nach ihrer Mutter. Dieser Anblick benahm der Frau vollends die Ueberlegung, es entstand ein wildes Ringen zwischen dem Beamten und dem schwachen Weibe, so daß sich die zahlreichen Zuschauer, angeleitet von dem Vorgange, mit Entrüstung abwandten. Endlich ermatete die Frau, und nun wurde sie von den Beamten auf ihren eignen Wagen gelegt, den sie wegen ihres leidenden Zustandes zur Fahrt nach dem Amtsvorsteher benutzte hatte, und dann nach dem im Strigenhause befindlichen Gefängnis geleitet. Hier brachte sie zwei Tage lang zu, worauf sie, weil sie in ärztlicher Behandlung stand, unter der Bedingung entlassen wurde, daß sie die noch nicht abgeleisteten 40 M. bis zum 1. Februar zu bezahlen habe. Die übrigen 80 M. hatte inzwischen schon ein Menschenfreund bereits bei dem Amtsvorsteher deponiert. Nach der Haftentlassung hat die Frau dann ihre Wohnung räumen müssen, und jetzt sieht sie einer Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt entgegen.

Johannisthal. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß der gesamte Landkomplex der v. Trüpfhlerschen Erben von dem zweiten Sachverständigen auf rund 650 000 M. geschätzt sei. Die Vertretung behielt sich die Anerkennung dieser Schätzung bis nach der Prüfung der einzelnen Verrechnungen des Sachverständigen vor, da sie der Ansicht ist, daß auch dieser zweite Sachverständige, trotzdem er mit seinen Berechnungen ein um 200 000 M. höheres Resultat erzielte als der erste, mit seiner Schätzung weit unter dem Wert der Ländereien geblieben sei. Sollte diese Schätzung bestehen bleiben, so erlitt die Gemeinde einen bedeutenden Steuerausfall, welcher sich bei der Aufstellung des nächsten Etats recht empfindlich bemerkbar machen dürfte. Betreffs der Raffierung des Bahnüberganges bei Wude 5 an der Gölziger Bahn beschloß die Vertretung, die längs der Gölziger Bahn geplanten Parallelstraßen nicht als Erlaß für den gesperrten Uebergang anzuerkennen, sondern die Forderung nach einer Unter- oder Oberführung der Gölziger Bahn im Zuge der Köpenickerstraße anrecht zu erhalten. — Der Eingemeindungsantrag mit dem Forstfiskus wurde genehmigt. — Der beschlossene Anlauf eines Grundstückes zur Anlage einer Pumpstation in der Bismarck- und Kaiser Wilhelmstraße zum Preise von 150 M. pro Quadratruße ist vom Kreis-

ausschuß nicht genehmigt worden. Der Kreisausschuß empfahl der Gemeinde die Annahme des Trüpfhlerschen Angebots, welches in seiner jetzigen Fassung nach Begleichung der Forderung auf Steuerermäßigung für die Trüpfhlerschen Erben, für die Gemeinde wohlwollender sei. Zur Prüfung wurde die Angelegenheit einer Kommission, welcher auch der Genosse Mann angehört, überwiesen.

Verfammlungen.

Die Steinseher und Kammer hatten sich auf Einladung des Gefellenauschusses am Dienstag abend sehr zahlreich bei Rümmer eingefunden. Die genannte Arbeiterschaft hat im Juli vorigen Jahres den in Betracht kommenden Innungen einen die Arbeitsverhältnisse bis ins einzelne regelnden Tarifgemeinschafts-Antrag unterbreitet, der, weil er die Verhältnisse bis 1903 regeln sollte, auch einige Lohn-erhöhungen vorgehen sollte. Am 21. Januar haben nun die ersten Verhandlungen des Gefellenauschusses mit der Innung über diesen Antrag stattgefunden, wobei die letztere denselben rundweg ablehnte und dem Gefellenauschuß mitteilte, daß sie denselben ihrerseits einen „Entwurf“ zustellen würde, auf Grund dessen sie bis Mitte Februar einen neuen Antrag des Gefellenauschusses erwarte. Inzwischen hat der Gefellenauschuß den „Entwurf“ der Innung auch schriftlich zugestellt bekommen. Derselbe lautet:

Die Innung kann den Entwurf eines Tarifgemeinschafts-Vertrages zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Steinsehergewerbe Berlins und der Umgegend nicht als einen Vorschlag ansehen, welcher ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen fördern könne.

Die Innung nähert sich vielmehr mit wenigen Ausnahmen dem Standpunkt, wieder zwei Gesellen-Lohnklassen einzuführen und das Jahrgeld im Reichsbilde Berlins wegfällen zu lassen, erwartet daher einen neuen Vorschlag des Gefellenauschusses bis Mitte Februar, um sich dann im Einvernehmen mit den benachbarten Innungen einerseits, mit den Behörden andererseits über den Lohnsatz pro 1903 bis Ende März 1904 schlüssig zu machen.

Die Innung beauftragt den Vorstand mit Ausführung dieses Beschlusses und stellt ihm anheim, zu den Verhandlungen einzelne Kollegen hinzuzuziehen.

- Nicht in Betracht würden kommen:
1. Mittagspausen-Verlängerung.
 2. Verkürzung der Arbeitszeit.
 3. Lohnerhöhung.
 4. Festsetzung der Löhne bis 1908.

Wie der Gefellenauschuß und noch einige andre Redner auf Grund eigener Information weiter berichten konnten, will die Innung aber nicht bloß wieder Klassenlöhne einführen, sondern zugleich soll auch eine ganz bedeutende Lohnherabsetzung — bis zu 10 Pf. pro Stunde — stattfinden, so daß dann der bisherige Minimallohn von 75 Pf. pro Stunde überhaupt wohl bald zu den gewesenen Dingen gehören dürfte. Darüber waren sich alle Redner einig. Es wurde aber auch betont, daß die Innung ein derartiges Aemtal nicht gewagt haben würde, wenn nicht die Zerplitterung und die Vereinspielerei speziell unter den Steinsehern schon ins Groteske schweifte. Es wurde denn auch den Vertretern der verschiedenen „Richtungen“ dies in der gründlichsten Weise vor Augen geführt. Ihre Meinung über das Vorgehen der Innung drückte die Versammlung sodann mit der einstimmigen Annahme einer sehr eingehenden an Knoll begründeten Resolution aus, welche dem Innungsvorstand zugestellt werden soll, und in der unter anderem gesagt wird:

Die Versammlung stellt der Erklärung der Innung, in dem von der Arbeiterschaft angebotenen Tarifgemeinschafts-Vertrag ein Mittel zur Herbeiführung geblühlicher Verhältnisse nicht erblicken zu können, mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß die Berliner Steinseherinnung ein solches Verhältnis nicht will.

Bezüglich der Ablehnung der von der Arbeiterschaft angebotenen Tarifgemeinschaft spricht die Versammlung ihr lebhaftes Bedauern über diesen Beweis socialpolitischer Einfühlungslosigkeit der Berliner Steinseherinnung aus und erklärt unter ehrlischem Bedauern ihrerseits, unter diesen Umständen von ihren diesbezüglichen Anträgen Abstand nehmen zu müssen, da dieselben ihrer Natur nach nicht als Objekte eines Streiks in Frage kommen können.

Die Versammlung geht über die Verschlechteungsanträge der Innung zur Tagesordnung über und beschließt, diesen gegenüber die vollständige Aufrechterhaltung der von der Arbeiterschaft am 1. Juni 1902 beschlossenen Anträge in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit und Jahrgeld.

Im Charlottenburger Volkshaufe tagte am 3. d. M., vormittags 10 Uhr, ein von ca. 300 Personen besuchte Arbeitlosenversammlung. Das Referat hatte Dr. Vordach übernommen. In der Diskussion wurde lebhaft Klage über den häßlichen Arbeitsnadauwel geföhrt, desgleichen über die vielgeprochenen vorgeschenen Notstandsarbeiten. Wuden doch Arbeitslose, die an den Notstandsarbeiten teilnehmen wollten, nachdem dieselben von einer Stelle nach der andren geschickt wurden, abgewiesen, trotzdem die Zahl von 50, die angeblich beschäftigt werden könnten, momentan nicht beschäftigt werden. Die Abgewiesenen wollen sich davon überzeugt haben. Von irgend welchen zu unternehmenden Schritten wurde Abstand genommen.

Eingegangene Druckschriften.

Annalen des Deutschen Reiches. 1903. Heft 2. München, J. Schneider Verlag (Arthur Sellier). Inhalt: Zum fünfzigsten Gebeh über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches. Von B. Thran, Potsdam. — Staat und Recht. Von Dr. Koller, Solothurn. — Vorbereitungen über das Kartellwesen vom 14. November 1902. Jostars-Gesetz vom 25. Dezember 1902. Stizzen und Notizen. Aus den Gesellschäften. Mitteilungen.

Briefkasten der Redaktion.

Veritas. Für Ihre Nachrichten besten Dank; wir werden sie bei baldiger Gelegenheit benutzen; weiteres dankens willkommen.

2. 23. 100. 1. Die Bilder erhalten Sie von der Vorwärts-Buchhandlung, Berlin. 2. Wird später beantwortet werden.

2. 2. 101. Erfragen Sie Herrn B. Büchholz, Charlottenburg, Schillerstr. 5 bei Reine, um Auskunft. — **B. B.** Erfragen Sie deswegen im Gewerkschaftshause nach. — **10. M. Wilson.** Sie erfahren das am besten durch den Vorstehenden der Arbeiter-Bildungsschule, Hermann Zamm, Berlin SW. 42, Rüdernstr. 101, IV. — **S. Th. 23.** Kann man so nicht beistellen. Sprechen Sie gelegentlich bei uns auf der Redaktion vor. — **M. R. 65.** Nähere Adresse wissen wir leider nicht mehr. — **C. R., Kottbus.** 1. Nein. 2. A. Bernstein, Naturwissenschaftliche Volkshöhe. 3. Ein härteres Handbuch ist bereits erschienen, ein kleineres wird noch rechtzeitig vor der Zahl folgen. — **G. Th. 5.** 1. Man schlägt geschälte Seife, welche in laufendem Regenwasser aufgelöst ist, schaumig. Darin schwenkt man die Federn hin und her, bis sie rein sind, und hängt sie in der Nähe eines Ofens zum Trocknen auf. 2. Geschwilt werden die Federn mit einer Pinzette, welche in jedem Stahlwarengeschäft zu haben ist. — **G. Wieg.** Bitten den Inhalt Ihrer Anfrage zu wiederholen. — **G. M. S.** Benutzen Sie zu dem Zweck die socialdemokratischen Parteitag-Protokolle von 1899, 1900, 1901 und 1902. Preis etwas über 2 M. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Darin finden Sie die offiziellen Rechenschaftsberichte der Fraktion sowie die Meinungen der Partei über die parlamentarische Thätigkeit in der 10. Legislaturperiode. — **S. G. Ja.**

Witterungsübersicht vom 4. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemüde	766	Stil	—	Nebel	4	Daparanda	753	WS	2	Heiter	-22
Hamburg	769	WS	3	bedekt	5	Petersburg	756	WS	1	wolkenl.	-10
Berlin	769	WS	2	Regen	6	York	769	WS	3	bedekt	9
Frankf./M.	774	WS	2	bedekt	3	Abereen	—	—	—	—	—
München	775	B	4	bedekt	-1	Paris	776	WS	2	bedekt	5
Wien	771	B	5	Regen	1						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Februar 1903.

Wid, jedoch vorherrschend wolfig mit leichten Regenschauern und näßigen Nebelwischen Waden. Berliner Wetterbureau.